Südosteuropäische

HEFTE

• Berlin • 2012 • Jg. 1 • Nr. 2 •

Impressum

Herausgeber:	Đorđe Tomić, Robert Lučić
Redaktion:	Dr Marija Vulesica, Krunoslav Stojaković, Roland Zschächner
Online-Ausgabe:	http://www.suedosteuropaeische-hefte.org/ Südosteuropäische Hefte
ISSN	2194-3710
Kontakt:	redaktion@ suedosteuropaeische-hefte.org tomic@suedosteuropaeische-hefte.org lucic@suedosteuropaeische-hefte.org
Adresse:	Südosteuropäische Hefte z.H. Đorđe Tomić / Robert Lučić Humboldt-Universität zu Berlin Institut für Geschichtswissenschaften Lehrstuhl für Südosteuropäische Geschichte Mohrenstraße 40/41 D-10117 Berlin

Berlin 2012

Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge stellen ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren dar. Die Zeitschrift Südosteuropäische Hefte erscheint mit freundlicher Unterstützung des Lehrstuhls für Südosteuropäische Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin von Prof. Dr. Hannes Grandits.

Sämtliche Inhalte der Online-Zeitschrift *Südosteuropäische Hefte* stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Beruht auf einem Inhalt unter www.suedosteuropaeische-hefte.org.

Inhaltsverzeichnis

Editorial 9

Aus der Südosteuropaforschung

Hannes Grandits
Südosteuropäische Geschichte als global verflochtene Regionalwissenschaft. Aktuelle Perspektiven des Berliner Wissenschaftsstandortes 11

Stefan Troebst
„Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin". Mathias Bernath in Berlin und München 19

Marija Vulesica
„Meine Erinnerungen sind so schrecklich." Zum Tode der kroatischen Historikerin und schweigsamen Zeitzeugin Prof. Dr. Mirjana Gross 24

Beiträge

Jacob Venuß
Wahlsystemwandel in Südosteuropa. Zur Stabilität von Wahlsystemen im postsozialistischen Raum 30

Tilmann Feltes
Jugend und Demokratie. Die Förderung der Partizipation Jugendlicher durch die internationale Gemeinschaft im Kosovo 45

Andreas Guidi
„Traditionen im Transit". Deutung der lokalen Geschichte und Kategorisierungsprozesse am Beispiel von kulturpolitischen Institutionen im serbischen Sandžak 58

Eckehard Pistrick
Spatial Detachment – Emotional Detachment. Delocalizing and Instrumentalizing Local Musical Practice in the Communist Regimes of Southeastern Europe 77

Essays und Berichte

Heike Karge
Sozialfürsorge und Gesundheit in Ost- und Südosteuropa im langen 20. Jahrhundert 89

Philipp Tybus
Krieg(e) in Jugoslawien – Herausforderung für eine europäische Friedenskultur. Internationale Tagung: 29. November – 1. Dezember 2011, Alpen-Adria Universität Klagenfurt 95

Rezensionen

Nataša Mišković
Calic, Marie-Janine (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), 415 Seiten, ISBN: 978-3-406-60645-8. 100

Stefanie Rämmler
Gromes, Thorsten (2012): Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen. Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Makedonien nach den Bürgerkriegen. Baden Baden: Nomos (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 17), 256 Seiten, ISBN: 978-3-832-97330-8. 104

Đorđe Tomić
Haselsteiner, Horst; Wastl-Walter, Doris (Hg.) (2011): Mosaik Europas. Die Vojvodina. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag, 217 S. ISBN 978-3-631-59123-9..... 107

Neuerscheinungen 111

Autor_innen..... 115

Editorial

Nach der ersten Ausgabe der *Südosteuropäischen Hefte* im Mai 2012 haben wir viele positive Rückmeldungen erhalten. Bestärkt in unserer Idee, eine Online-Zeitschrift für junge Südosteuropaforscher_innen herauszugeben, erscheint die zweite Ausgabe erneut mit dem Anspruch, aktuelle Entwicklungen der deutschsprachigen Südosteuropaforschung abzubilden. Zudem haben wir beschlossen, die Zeitschrift strukturell und inhaltlich zu erweitern.

Die erste Neuerung betrifft die neu hinzugekommene Rubrik *Neues aus der Südosteuropaforschung*. Ziel ist es, Reflexionen zur Südosteuropaforschung als Disziplin anzuregen und zu veröffentlichen. So analysiert Hannes Grandits in dieser Ausgabe die Entwicklungen innerhalb des Fachs der letzten zwanzig Jahre und zeigt Perspektiven der Berliner Forschungslandschaft auf. Stefan Troebst und Marija Vulesica widmen sich zwei namhaften Forscherpersönlichkeiten: Mathias Bernath und Mirjana Gross. Die Rubrik *Beiträge* umfasst neben zwei politikwissenschaftlichen Aufsätzen von Jacob Venuß und Tilmann Feltes, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit Fragen der politischen Partizipation in Südosteuropa auseinandersetzen, Andreas Guidis Artikel über Identifikationsprozesse im südserbischen Sandžak sowie Eckehard Pistricks Text über das Verhältnis von traditioneller Musik und Räumlichkeit im Balkan. Unter *Essays und Berichte* präsentiert Heike Karge das neue Forschungsnetzwerk „Sozialfürsorge in Ost- und Südosteuropa“ und Philipp Tybus fasst Ergebnisse der internationalen Tagung zu den Jugoslawienkriegen (Klagenfurt 2011) zusammen.

Die inhaltliche Erweiterung der *Südosteuropäischen Hefte* ab der kommenden Ausgabe betrifft die Rubrik *Beiträge*, die unter einem bestimmten thematischen Schwerpunkt stehen wird. Damit wollen wir eigene Akzente setzen und neue Diskussionen anregen. Der Themenschwerpunkt der nächsten Ausgabe erscheint in Kürze als *Call-for-Articles* auf unserer Homepage.

Aus der Südosteuropaforschung

Hannes Grandits

Südosteuropäische Geschichte als global verflochtene Regionalwissenschaft

Aktuelle Perspektiven des Berliner Wissenschaftsstandortes

Grandits, Hannes (2012): Südosteuropäische Geschichte als global verflochtene Regionalwissenschaft. Aktuelle Perspektiven des Berliner Wissenschaftsstandortes. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 11–18.

Einleitung

„Der Bedarf an fundiertem Wissen über andere Regionen der Welt wächst stetig. Angesichts von Globalisierungsprozessen und Wanderungsbewegungen gewinnen Kenntnisse lokaler und regionaler sowie transnationaler und transkultureller Gegebenheiten und Beziehungen eine immer größere Bedeutung. Die Nachfrage nach geistes- und sozialwissenschaftlicher Expertise durch Politik, Kultur und Wirtschaft reicht dabei über die kurzfristige und punktuelle Behandlung von Themen, Regionen und Verflechtungen hinaus." Mit diesen Sätzen leitete etwa das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unlängst eine Beschreibung der Förderrichtlinien zur Fortführung des 2008 eingerichteten Förderschwerpunktes Stärkung und Weiterentwicklung der Regionalstudien (*area studies*) ein. Von der vor zwei Jahrzehnten losgebrochenen Krise der „*area studies*" scheint, so lautet meine Einschätzung, gegenwärtig keine Rede mehr zu sein. Wenn man sich die Vielzahl von Initiativen vor Augen führt, in denen regionalwissenschaftliche Ansätze ins Zentrum der wissenschaftlichen Praxis und Vernetzung gerückt sind, scheint – und das gilt vielleicht für den Universitätsstandort Berlin ganz besonders – eher das Gegenteil der Fall zu sein. Man könnte hier einige Beispiele nennen. So wird etwa vom Berliner Senat das „Forum transregionale Studien" gefördert, in dem eine Vielzahl Berliner regionalwissenschaftlicher Institutionen kooperiert. Am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin sind mit dem „Master für Moderne Europäische Geschichte" und dem internationalen Masterstudiengang „European History" (Joint Degree mit mehreren europäischen Partneruniversitäten) in diesem Wintersemester 2012/13 zwei neue Masterstudiengänge gestartet, die dezidiert „Europa als Forschungsfeld" in seinen „regionalgeschichtlichen wie auch globalgeschichtlichen Dynamiken" in den Mittelpunkt stellen. In Kooperation von Freier Universität und Humboldt-Universität sowie weiteren außeruniversitären Zentren ist ein Masterstudiengang „Global History" in diesem Wintersemester 2012/13 gestartet, in welchem insgesamt mehr als 15 regionalwissenschaftlich ausgerichtete Berliner Lehrstühle wie auch Forschungszentren miteinander in einem Programm zusammenarbeiten. Je nach Themenausrichtung kooperieren bei allen hier erwähnten Initiativen Einrichtungen mit einer innereuropäischen regionalwissenschaftlichen Ausrichtung genauso miteinander wie Einrichtungen mit außereuropäischen Schwerpunktsetzungen. Auch bei dem eingangs erwähnten Förderschwerpunkt des BMBF zur Stärkung der Regionalstudien gibt es neben Netzwerken und Zentren, die etwa zu China oder Lateinamerika arbeiten, auch Netzwerke und Zentren, in denen regionalwissenschaftliche Herangehensweisen innerhalb Europas ganz zentral sind, wie etwa in dem Netzwerk „Phantomgrenzen in Ostmittel- bzw. Südosteuropa", in dem Zentrum für „Mittelmeerstudien" oder in dem Netzwerk, das über den „Wandel im Postsozialismus (KomPost)" arbeitet.

Was hat dies alles mit der Verortung von Südosteuropäischer Geschichte zu tun? Recht viel. In vielerlei Hinsicht sind hier Tendenzen skizziert, die ein wenig anschaulich machen, in welchen neu gefassten Bezügen in der Berliner Wissenschaftslandschaft auch die Wissensproduktion über den südosteuropäischen Raum mittlerweile – nach langen Jahren einer „Transition" (wie diese von Holm Sundhaussen in Heft 1 so prägnant beschrieben wurde) – in zunehmendem Maße eingeordnet wird. Es macht ebenfalls deutlich, dass sich auch die Südosteuropaforschung (in Fremd- wie Eigenverständnis hinsichtlich ihrer Aufgaben und Ziele) gerade am Ausgang eines umfassenden Umorientierungsprozesses befindet, der mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa zwangsläufig seinen Anfang nahm.

In diesem kurzen Essay möchte ich ein wenig aus meiner eigenen Perspektive auf die gegenwärtigen Resultate dieses Umorientierungsprozesses eingehen. Dabei möchte ich zuerst in einem ersten Schrittdie Logiken in Erinnerung rufen, die sich mehr oder weniger unweigerlich aus dem Wegfall der sozialistischen Herrschaftsregime (und auf ihre wissenschaftliche Ein- und Umordnung nach dem Ende des Systemgegensatzes des Kalten Krieges) ergeben haben. Danach möchte ich drei „Paradigmenveränderungen" ansprechen, die ich im Bereich der Erforschung südosteuropäischer oder osteuropäischer Geschichte zu erkenne glaube, bevor ich mit einem kleinen Fazit und Ausblick ende.

Die post-sozialistische(n) Transition(en) und die Südosteuropaforschung

Der Zusammenbruch der sozialistischen Herrschafts- und Ordnungswelten und alle Veränderungen, die dadurch in Gang kamen, stellten auch die wissenschaftliche Südosteuropaforschung vor große Herausforderungen. Sie war nicht nur gefordert, Erklärungen für die tieferen Ursachen für Persistenz und dann Untergang der jeweiligen sozialistischen Modelle in Südosteuropa zu geben. Auch erwarteten viele nun sehr differenzierte Stellungnahmen und Antworten auf zwei Fragen, die von Katherine Verdery einmal treffend wie folgt gestellt wurden: *„What was socialism and what comes next?"* Es zeigte sich, dass diese relativ einfach klingenden Fragen alles andere als einfach zu beantworten und auf jeden Fall komplizierter waren, als ursprünglich gedacht.

Ein bereits oberflächlicher Blick auf die unterschiedlichen nationalen Kommunismusausprägungen – alleine schon innerhalb des südosteuropäischen Raumes – macht gewahr, dass von einer Uniformität in der sozialistischen Welt selbst nur eingeschränkt gesprochen werden kann. Vergleicht man etwa nur das zuletzt völlig isolationistische Regime Hoxha-Albaniens, wo einst eine Politik strikt geschlossener staatlicher Grenzen und enormer auch innerer Mobilitätseinschränkungen existierte, mit dem benachbarten sozialistischen Jugoslawien, wo ein völlig anders gelagertes Verständnis von sozialistischer Herrschaft es hunderttausenden seiner Bürgerinnen und Bürger ermöglichte, im „kapitalistischen" Europa zu arbeiten bzw. dorthin etwa auch zum Shopping zu reisen, so bekommt man schnell einen Eindruck von der großen Bandbreite der Unterschiede, die existieren konnten. Ähnliches gilt etwa auch für die von den Einparteienregimen in den jeweiligen Ländern zur Akzeptanzsteigerung des alleinigen Herrschaftsanspruches letztlich praktizierten politischen Strategien. Während etwa das Kádár-Regime in Ungarn seine Legitimierung zunehmend auf sogenannte

Verteilungsmethoden (i.e. die Gewährung von steigenden Wohlfahrtsleistungen und größeren Konsummöglichkeiten) basierte, setzte das benachbarte rumänische Einparteiensystem unter Ceauşescu auf einen anderen Ansatz. Seit den ausgehenden 1970er Jahren begann es auf eine Austeritätspolitik zur Erreichung von Schuldenfreiheit zu setzen und verband seinen Herrschaftsanspruch wieder mit sehr strikten ideologisch-symbolischen Diskursen, in denen „reine" kommunistische Werte mit einer klaren rumänisch-nationalistischen Rhetorik kombiniert wurden.

All diese sozialistischen Einparteienregime kollabierten ab 1989 bzw. in den frühen 1990er Jahren. Prozesse eines rapiden Wandels begannen parallel zu diesem Systemzusammenbruch in allen Sphären des politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen oder kulturellen Lebens wirkmächtig zu werden. Die Situation des Umbruchs machte sich auch für die Forschung in vielen südosteuropäischen Ländern sehr eindringlich bemerkbar. In den Jahrzehnten vor 1989 war es üblicherweise nicht einfach, zum Teil sogar äußerst kompliziert, empirisch in den sozialistischen Ländern zu forschen. Alles Mögliche – vom Zugang zu Archivquellen bis zum freien Reisen im Land – unterlag bis dahin in der Regel mehr oder weniger großen Restriktionen für „auswärtige" Forscher_innen. Gleiches galt (vor allem auch politisch oder ideologisch gesehen) auch für die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern selbst. Auch hierbei gab es Unterschiede von Land zu Land. Nicht alle Länder waren so geschlossen und restriktiv wie zum Beispiel Albanien, wo so gut wie keine freie empirische Arbeit vor der Wende möglich war. Aber Restriktionen bestanden in unterschiedlichen Ausmaßen überall.

In den 1990er Jahren sollte sich dies nun völlig anders darstellen. Unerwarteterweise konnte man nun recht frei in alle Länder reisen. Selbst bis dahin abgelegenste Gebiete, wie zum Beispiel das Hochland des Dukagjin oder die Gebirge im albanisch-griechischen Grenzgebiet, waren nun prinzipiell erreichbar, wollte man sich über die vor Ort in zum Teil atemberaubendem Tempo vonstattengehenden Umgestaltungen im Alltag der Menschen selbst ein Bild machen. In Konsequenz daraus setzte ein starker empirischer Schwung ein, der auch die bis dahin üblichen Herangehensweisen im Studium und in der Vermittlung südosteuropäischer Gegenwart und Geschichte nicht unverändert ließ. Die direkte Involvierung von Forscher_innen in alle möglichen Felder und Problemkontexte *in situ* war prinzipiell nun durchaus möglich, wenn diese auch in nicht wenigen Kontexten – etwa angesichts der jugoslawischen Zerfallskriege– vor tragisch verlaufenden gesellschaftlichen Dynamiken stattfand. Durch die direkte Erfahrung verschiedenster, oft sich sehr schnell ändernder gesellschaftlicher Gegebenheiten wurde es mit der Zeit sehr offenbar, dass die „Transition" vom „Sozialismus" zur „Demokratie" weniger eindeutig und normativ verlaufen sollte, als dies anfangs erwartet worden war. Zudem waren dies Prozesse, die in ihrem Verlauf oft alles andere als uniform waren.

Drei paradigmatische Veränderungen

Diese und weitere Einsichten sollten mit der Zeit dazu führen, dass – getrieben durch die so rasant verlaufenden Entwicklungen in der Region selbst – auch paradigmatische Veränderungen im wissenschaftlichen Zugang zu Südosteuropa mehr und mehr voranschritten. Ich möchte drei dieser paradigmatischen Veränderungen kurz ansprechen, die m.E. zunehmend auch strukturierend auf die wissenschaftliche Arbeit über Südosteuropa in den Jahren der voranschreitenden post-sozialistischen „Transition" wirkten.

Von alten und neuen *mental maps* zu Südosteuropa

Bis 1989 war eine bipolare Unterscheidung zwischen einem sozialistischen „Osten" und einem kapitalistischen „Westen" ein grundlegendes und naheliegendes Merkmal des wissenschaftlichen Betriebs. Das betraf sowohl die Auseinandersetzung mit der jeweiligen südosteuropäischen gesellschaftlichen Wirklichkeit während der sozialistischen Zeit, aber in vielerlei Hinsicht auch den Umgang mit den jeweiligen historischen Gewordenheiten ebendieser Gegenwarten. In den 1990er Jahren wurde jedoch offenbar, dass die meisten Länder im Osten und auch Südosten Europas mit enormer Geschwindigkeit immer weniger sozialistisch wurden. Historiker_innen und auch Wissenschafter_innen aus anderen Disziplinen begannen zunehmend auch die vorsozialistische Vergangenheit der sich rapide transformierenden Gesellschaften stärker ins Kalkül zu ziehen und auch darauf zu blicken, wie die historischen Bedingtheiten aus der Zeit vor dem Sozialismus ebenfalls sehr stark die Art und Weise der postsozialistischen „Transitionen" mit beeinflussten. Andere wiederum betonten die nach wie vor entscheidende Prägekraft sozialistischer Modernität auch in den Prozessen der postsozialistischen politischen oder gesellschaftlichen Beziehungen.

Wie wir alle wissen, sind innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte mehrere sozialistische Länder Südosteuropas mittlerweile Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geworden und andere könnten in naher oder mittlerer Zukunft nachfolgen. Eine der Konsequenzen, die mit den Prozessen der sogenannten „Europäischen Integration" einherging, war das Faktum, dass historische und andere Bezugsetzungen im Umgang mit der Region zunehmend weniger bipolar aufgebaut waren. Die dominanten im Ost-West-Gegensatz eingebetteten und durch ihn reifizierten „*mental maps*" des Kalten Krieges blieben von dem Verschwinden der sozialistischen Regime nicht unberührt. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den angesprochenen Dynamiken der EU-Erweiterung vollzogen sich auch in den Mechanismen eines europäischen „*mental mappings*" neue Formen und Bezüge. Das heißt zwar nicht, dass das neue „*mental mapping*" bezüglich eines europäischen Ostens oder Südostens nun völlig frei von bipolaren Elementen wurde. Aber alles wurde zumindest komplexer. Neue konzeptionelle Bezüge tauchten in der politischen Praxis (man könnte hier etwa die Entstehung eines sogenannten „Westlichen Balkans" nennen) genauso auf, wie auch regionale Strukturierungen entlang alternativer geographischer Faktoren (wie etwa jene des Donauraums oder der Balkan-Kleinasienbezug) eine neue Plausibilität erhielten. Vor allem bekamen neue Orientierungen entlang historischer Vermächtnisse oder damit zusammenhängender kultureller Prägungen eine neue Überzeugungskraft. Man braucht hier etwa mit Blick auf Südosteuropa nur an die Jahrhunderte währenden Herrschafts- und Gesellschaftssysteme des Osmanischen oder Habsburgerreiches zu verweisen oder an

Bezüge, die eine „Orthodoxe" Welt einer „Westlichen" gegenübersetzen. Auf jeden Fall kann man festhalten, dass der früher recht uniforme Bezugsrahmen einer „sozialistischen Weltgegend" durch neue Formen des „*mapping*" in den Jahren der postsozialistischen Transition erweitert, verdrängt oder auch ersetzt wurde.

Das neue Gewicht der „*long durée*"

Gerade eine solche als immer wichtiger erachtete erweiterte Temporalität zur Erklärung der Region Südosteuropa oder ihrer Spezifika relativierten nun den bis dahin so zentralen Bezugsrahmen der sozialistischen (dann auch postsozialistischen) Gegenwarten. Zwar war es ohne Zweifel insbesondere der Modernisierungsanlauf unter sozialistischen Vorzeichen, der beträchtliche Teile Südosteuropas von rural-landwirtschaftlichen in industrielle und urbanisierte Gesellschaften verwandelte. Aber Charakteristika der „*long durée*" in den sozialen, ökonomischen oder kulturellen Strukturen, die vor den sozialistischen Jahrzehnten entscheidend waren, schienen auf einmal wieder auf stark gestiegenes Interesse zu stoßen. In vielerlei Hinsicht erhielten die vorsozialistische Vergangenheit bzw. die erweiterten Zeitenläufe auf einmal ein weit größeres Gewicht bei der Einordnung und Erklärung auch der heutigen Verhältnisse in Südosteuropa.

Das gilt es, nicht nur auf die wissenschaftliche Welt beschränkt zu sehen. Ganz sicher wurde etwa im Bereich der politischen Identitätspolitiken die vorsozialistische Vergangenheit nun viel wichtiger als die eben vergangenen Jahrzehnte der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dabei konnte die Periode, die vielfach als Zeit einer „nationalen Wiedergeburt" im 19. bzw. frühen 20. Jahrhundert kanonisiert wurde, genauso wie viel weiter zurückliegende Epochen in den Mittelpunkt rücken, um etwa die jeweils eigenen charakteristischsten „nationalen Traditionen" zu benennen bzw. neu zu erfinden. Gerade zur Selbst- wie Fremdlegitimierung von Abgrenzungen auf nationaler Basis erhielten in den verschiedenen nationalistischen politischen Diskursen ganz besonders auch Bezüge bzw. symbolische Konstellationen einer weiter zurückreichenden Vergangenheit Konjunktur.

In manchen Ländern, wie etwa in Bosnien-Herzegowina, war der Bezug etwa auf die sozialistische Zeit oft nur noch sehr nebenrangig, um die häufig in sehr „gruppistischen" (primordialen) Diskursen beschriebenen historischen Gegensätze und historisch gewachsenen Interessenskonstellationen der muslimischen, serbischen oder kroatischen Bevölkerung zu erklären. Von einer solchen Bedeutungsverschiebung blieb die historiographische Geschichtsschreibung im Land selbst (aber auch darüber hinaus) natürlich nicht unbeeinflusst. „Nationale" Erklärungsansätze waren gefragt und wurden von manchen Historikern auch im Überfluss geliefert. Oftmals sehr teleologisch verfasste Befunde über die lange Wirkung einer (in der Regel recht national „erschriebenen") Vergangenheit waren die eine Folge einer solchen paradigmatischen Aufwertung einer weiter zurück reichenden Geschichte zur Erklärung auch der Gegenwart.

Allerdings war dies auch keine zwangsläufige Folge davon. Denn das gesteigerte Interesse an früheren Epochen konnte ganz im Gegenteil auch zu einer stark pluralisierten, akteursorientierten und (historisch) dynamisierten Einordnung vergangener Geschichte führen. Ganz besonders scheinen auch neue Bezugnahmen auf „alte" oder teilweise Jahrhunderte lang geltende überregionale bzw. globalere historische Verortungen (wie etwa

in Bosnien auf den osmanischen Ordnungsraum) eine immer größere Rolle zu spielen. Letzteres hatte einen durchaus sehr öffnenden Effekt in der Überwindung lange etablierter und national meist sehr eng gefasster Raum- und Geschichtsvorstellungen.

Konjunktur transstaatlicher und globaler Blickwinkel

Mit der sukzessiven Öffnung der Grenzen für die Menschen aus den zu sozialistischen Zeiten mit mehr oder weniger restriktiven Grenzregimen ausgestatteten Staaten Südosteuropas änderten sich für viele die geographischen Bezüge der Arbeits- und Lebensorientierung. In vielen postsozialistischen Staaten Südosteuropas „europäisierten" bzw. globalisierten sich vielfach Arbeitsbiographien auch im Hinblick auf transstaatliche Bezüge von Erwerbstätigkeit und sozialer Sicherung. In manchen Staaten Südosteuropa lebt heute bis zu einem Viertel oder mehr der Bevölkerung von migrantischer Arbeit im Ausland bzw. den Rücksendungen von eben dort. Das trifft durchaus auch für den postjugoslawischen Raum zu, wo als Folge der Zerfallskriege der 1990er Jahre allerdings über mehr als eineinhalb Jahrzehnte für die meisten jugoslawischen Nachfolgestaaten auf einmal auf europäischer Ebene sehr strikte Visa-Regime eingeführt wurden. Angesichts der sehr offenen Orientierung des sozialistischen Jugoslawien innerhalb der Blockfreien-Bewegung und innerhalb europäischer „Gastarbeiter"-Systeme war dies natürlich eine immense und so nicht gewohnte Einschränkung freier Mobilität.

Nichtsdestoweniger lässt sich festhalten, dass sehr viele Menschen in Südosteuropa nach dem Ende des Ost-West-Systemgegensatzes einen starken Einbindungsschub in globale – nun wieder kapitalistische – Bezüge erfuhren. Das verlief, wie schon angesprochen, zum einen über die Verstärkung transnationaler Arbeits- und Migrationsausrichtungen. Zum anderen spielte die ökonomische Öffnung der postsozialistischen südosteuropäischen Länder für ausländische „Investoren" eine gleichfalls entscheidende Rolle. Beides hat das Funktionieren (und die Besitzverhältnisse) von Wirtschaft und Gesellschaft stark verändert.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass sich auch die Forschung auf die Untersuchung der Wirkung globaler Faktoren in den gesellschaftlichen Dynamiken der südosteuropäischen Länder ausgerichtet hat. Das gilt zunehmend nicht nur für jene Disziplinen mit soziologischen, wirtschaftswissenschaftlichen oder ethnologischen Ansätzen sondern zunehmend auch für historisch gefasste Herangehensweisen. Ältere Traditionen in dieser Hinsicht fortführend wurde die Reflexion über globale Prozesse in der Auseinandersetzung mit den historischen Gewordenheiten der jeweiligen lokalen, regionalen oder überregionalen Gegebenheiten im untersuchten südosteuropäischen Raum immer systematischere Signifikanz zuteil. Das betrifft insbesondere ein viel stärkeres Interesse an unterschiedlich miteinander verschränkten Raumbezügen, in denen historische Akteure in unterschiedlichen Perioden der Vergangenheit agieren und interagieren konnten.

Allerdings gilt es jedoch festzuhalten, dass das Interesse „am Globalen" erst zunehmend auch mit methodisch oder theoretisch durchdachten Konzepten gepaart ist. Jenseits des schieren Interesses und des gutgemeinten „Lippenbekenntnisses" wartet hier noch einiges an Herausforderung für unser Fach.

Fazit und Ausblick

Gesellschaftliche Identitätsstiftungen und Sinndeutungen sozialer Ordnungen waren in Europa (und darüber hinaus) sehr lange Zeit zutiefst in bipolare Weltsichten von „Ost" und „West" oder – für die historische Beschäftigung mit Südosteuropa einstmals (und seit 1989 wieder verstärkt) fast noch prägender – von „Okzident" und „Orient" verstrickt. Dabei wurde der „Südosten/Osten" Europas in der historischen Wissensproduktion stark über real existierende wie auch imaginierte „Andersheit" konstituiert. Wendet man den Blick um, so wird gleichzeitig auch offenbar, wie stark die Vorstellung eines „Orients" oder das Existieren eines „Ostens" implizit auch Bedeutung für die Formierung eines „Westens" hatte. In der Auseinandersetzung mit der Geschichte Südosteuropas – wie sie meines Erachtens betrieben werden soll – muss es somit nicht nur um die historische Entwicklung eines „anderen Europa" gehen, sondern auch um das Ineinandergreifen inneuropäischer Denk- und Beziehungsmuster.

Gerade Herangehensweisen solcher „*entangled histories*" eröffnen für die südost- oder mitteleuropäische Geschichte als Fach mit einer regionalgeschichtlichen Expertise in der gegenwärtigen wissenschaftlichen Landschaft besondere Chancen und Herausforderungen. Die Spezialkenntnisse des Faches werden unabdingbar notwendig bleiben, um die spezifischen Ausprägungen der historischen Entwicklungen in diesem Teil Europas zu verstehen. Diese waren und sind in der Regel sehr komplexer Natur und ohne eine tiefere Vertrautheit mit den historischen Entwicklungen im konkreten regionalen Bezug nur schwer einzuordnen. Aber eben diese Entwicklungen waren und werden mehr denn je auch beeinflusst durch größere europäische wie globale Prozesse und Beziehungen. Deswegen sind Perspektivensetzungen und Kooperationen, die über die engere regionalgeschichtliche Ausrichtung hinausgehen, so zentral. Es gilt diese Verflechtung sowohl räumlich wie auch ökonomisch, politisch oder kulturell besser verstehen zu lernen. In dieser Kombination des Studiums „lokaler und regionaler sowie transnationaler und transkultureller Gegebenheiten und Beziehungen" (um das oben angeführte Einleitungsstatement nochmals zu zitieren) liegt m. E. sehr viel an Potential, um über die Befassung mit der Geschichte Südosteuropas gleichzeitig auch sehr viel über europäische oder auch darüber hinaus reichende Geschichtsprozesse und -verläufe zu lernen.

Die Stadt Berlin (die als sehr internationale Stadt nicht zuletzt auch Heimatort von hunderttausenden südosteuropastämmigen Menschen aus dem erweiterten südosteuropäischen Raum – insbesondere, aber bei weitem nicht nur, aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei – ist) wurde seit den 1980er und spätestens seit den 1990er Jahren, als die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die beginnende postsozialistische Transition Südost- und Ostmittel- und Osteuropas die europäische Öffentlichkeit und Politik intensiv beschäftigten, zu einem der interessantesten universitären Standorte der historischen Südosteuropaforschung in Europa. Sowohl viele junge Student_innen als auch Nachwuchsforscherinnen und junge Forscher wählten bewusst Berlin, um sich hier in einem für ihr Fach besonders engagierten universitären Rahmen mit südost- und osteuropäischer Geschichte zu beschäftigen. Trotz dieser unumstrittenen Attraktivität und auch der Tradition der Südosteuropastudien in Berlin (hier sei nochmals auf den Beitrag in Heft 1 verwiesen) schien eine kontinuierliche Weiterführung dieser Sachverständigkeit an der Freien Universität Berlin nach der Emeritierung von Prof. Sundhaussen in Frage gestellt. Durch die

im Sommersemester 2010 erfolgte Einrichtung der Professur für Südosteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität (sowie auch durch die Nachbesetzung bzw. Neueinrichtung von auf Südosteuropa ausgerichteter Lehrstühle etwa im Bereich der Südslawistik an selbiger Universität) ist es gesichert, dass am Standort Berlin an bestehende Südosteuropaprofilierung angeknüpft und diese fortgeführt werden kann.

Aus dieser Konstellation ergibt sich die Herausforderung von Kontinuitätswahrung und Neuausrichtung. In Kontinuität gilt es, gewachsene und anerkannte wissenschaftliche Fachkompetenzen über bewährte Strukturen fortzuführen. Parallel dazu ist es zentral, Forschung und Lehre für innovative Ansätze offen zu halten und deren weitere Entwicklung nachdrücklich zu fördern. Die Innovationskraft eines Forschungsstandorts ist unabdingbar an geglückte Zusammenarbeit mit ausgezeichnetem wissenschaftlichem Nachwuchs gebunden. Daher ist es mein absolut zentrales Ziel, den Lehrstuhl für Südosteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu einem attraktiven Standort für die Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus dem In- und Ausland in meinem Fach zu machen. Dass es hierbei ein hervorragendes Potential für eine interessante Zukunft gibt, das lässt sich u.a. bereits auch am Entstehen der Südosteuropäischen Hefte, die als Unternehmung von Nachwuchsforschern_innen dynamisch gestartet sind, deutlich vernehmbar erkennen.

Stefan Troebst

„Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin“[1]

Mathias Bernath in Berlin und München

Mit „Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin“ betitelt war Mathias Bernaths Habilitationsvortrag an der Freien Universität Berlin im Jahr 1969, der zwei Jahre später im Druck erschien.[2] Er begründete damit die historische Teildisziplin Südosteuropäische Geschichte – *neben* und gleichwertig *mit* dem bereits seit der Jahrhundertwende etablierten Teilfach Osteuropäische Geschichte. Und in seiner Privatdozenten-Antrittsvorlesung von 1971 über die Makedonische Frage in der europäischen Politik[3] sowie in seiner im Jahr darauf veröffentlichten Habilitationsschrift über *Habsburg und die Anfänge der rumänischen Nationsbildung*[4] machte er deutlich, dass er den Schwerpunkt der jungen Subdisziplin in der komparativen Nationalismusforschung sah. Gleichsam folgerichtig wurde er auf die neue FU-Professur für Südosteuropäische Geschichte berufen – damals die einzige im deutschen Sprachraum. Heute ist das Fach Südosteuropäische Geschichte an etlichen bundesdeutschen und österreichischen Universitäten vertreten, in Regensburg ebenso wie in Graz und Bochum, aber auch in Leipzig, Wien, München und neuerdings auch an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Nach Berlin war Bernath, ein aus Şagul/Segenthau im Temeschwarer Banat gebürtige Abkömmling lothringischer Kolonisten, der 1939 am Arader Lyzeum „Moise Nicoară“ Abitur gemacht hatte, erstmals 1942, im Alter von 22 Jahren, zum Studium der Geschichte und Romanistik gekommen. In einem Lager für französische DPs 1945 in Südwürttemberg gestrandet, blieb er in der französischen Besatzungszone und nahm ein Studium der Geschichte an der Universität Mainz auf. Nach einer Promotion dort 1951 über Hessen-Nassau unter Napoleon und einer Berufstätigkeit für *Agence France Press* in der jungen Bundeshauptstadt Bonn holte der Berliner Altrusslandhistoriker Werner Philipp Bernath 1953 an die neue FU, wo er sich zunächst als Forschungsstipendiat, dann als Assistent der Geschichte des Donau-Balkan-Raums zuwandte.

Der frühe Tod des Münchner Universalhistorikers und Direktors des Südost-Instituts, Fritz Valjavec, war dann der Grund dafür, dass der Berliner Assistent, obwohl nicht habilitiert, 1960 zu Valjavec’ Nachfolger auf dem Direktorensessel ernannt wurde. Der damalige bayerische Kultusminister Theodor Maunz gab Bernath bei seinem Dienstantritt die nicht eben aufmunternde Einschätzung mit, er befände sich nunmehr auf einem „Schleudersitz“. Während Bernath jedoch sein Direktorenamt in Sichtweite der Bavariastatue

[1] Vortrag anlässlich des Festakts zum 80-jährigen Bestehen des Südost-Instituts in Regensburg (2. Dezember 2010).

[2] Bernath, Mathias (1973): Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 20, S. 135–144.

[3] Bernath, Mathias (1970): Das mazedonische Problem in der Sicht der komparativen Nationalismusforschung. In: Südost-Forschungen 29, S. 237–248.

[4] Bernath, Mathias (1973): Habsburg und die Anfänge der rumänischen Nationsbildung. Leiden: Brill (Studien zur Geschichte Osteuropas, 15).

Troebst, Stefan (2012): „Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin“. Mathias Bernath in Berlin und München. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 19–23.

auf der Theresienwiese lange 30 Jahre hindurch unangefochten inne hatte, erwies sich vielmehr der Münchner Ministersessel für das CSU-Mitglied Maunz als Schleudersitz. Denn 1964 wurden Veröffentlichungen aus seiner Feder publik, die er als Juraprofessor sowie NSdAP- und SA-Mitglied verfasst hatte und darin vehement für „völkische Ordnung“ und „Führerprinzip“ eingetreten war.

Die Berufung auf die Berliner Professur bedeutete für Bernath den Beginn eines anstrengenden preußisch-bayerischen Spagats, versah er doch beide Funktionen – Institutsdirektor in der Isarvorstadt und Professor in Dahlem – von 1971 bis 1986 parallel. Seine Leidenschaft galt dabei ganz offenkundig der Berliner Lehre, welcher er einen Südosteuropa-Begriff zugrunde legte, der Habsburg und Venedig, Russland und das Osmanische Reich sowie die gesamte mittelmeerische Welt einschloss. Neben seinen vier Muttersprachen Deutsch, Rumänisch, Ungarisch und Serbisch kamen ihm dabei seine perfekten Französisch- und ausgezeichneten Russisch-Kenntnisse zugute – zusätzlich zur Beherrschung des Italienischen und Englischen. In München hingegen lag sein Arbeitsschwerpunkt in der Erstellung von Grundlagen- und Nachschlagewerken. Zu nennen sind exemplarisch das *Biographische Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*[5] und die *Historische Bücherkunde Südosteuropas*[6] – zwei Kompendien, deren wissenschaftlicher Wert noch auf Jahrzehnte hinaus messbar sein wird. Unter Bernaths Ägide wurde überdies die Zeitschrift *Südosteuropa* begründet, die bis heute ein Flaggschiff des Instituts ist. Und ihm ist die Öffnung der hauseigenen Buchreihe *Südosteuropäische Arbeiten* für neue Themen und Autoren zu verdanken – Namen wie Barbara Jelavich, Ekrem Bey Vlora und Armin Heinen stechen hier heraus.

Zwar lautet der Untertitel meines Vortrags „Mathias Bernath in Berlin und München“, aber ich will doch erwähnen, dass er auch in Leipzig zumindest im Geiste lebhaft präsent ist. Dies trifft nicht nur auf die Gegenwart zu, sondern auch auf die Vergangenheit, hier auf diejenige der versunkenen DDR und der mittlerweile rückbenannten Karl-Marx-Universität Leipzig, meiner eigenen Alma Mater. So verband Bernath ein kollegiales Verhältnis, wenn nicht gar eine post-kakanische Geistesverwandtschaft mit dem aus Slowenien stammenden Leipziger Balkan-, Revolutions- und Globalhistoriker Walter Markov. Bernath hatte den wegen „Titoismus“ aus der SED ausgeschlossenen Markov 1960 beim XI. Internationalen Historikerkongress in Stockholm kennen gelernt, mit ihm öffentlich die Klingen gekreuzt und seiner eigenen Auskunft nach „Geschmack an ihm gefunden.“[7] Bernath referierte bei dieser Gelegenheit über die Politik Josephs II. gegenüber den Siebenbürger Rumänen, während Markov in Stockholm eine Parallele zwischen Josephinismus und Jakobinertum zog. Auf Markov ging auch eine Passage im ausführlichen Kongressbericht im Ostberliner *Jahrbuch für die Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas* zurück, in dem Bernath als Urheber einer „auf Grund von bisher nicht ausgewerteten Materialien des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs sachlich gut fundierte[n] Spezialuntersuchung“ ein

[5] (1974-1981). 4 Bde. München: Oldenbourg.

[6] (1978-2002). 2 Bde. in 4 Halbbändenden (Teilen). München: Oldenbourg.

[7] Dazu sowie zum Folgenden siehe: Troebst, Stefan (2011): Walter Markov und die Erforschung der „Balkandiplomatie“. In: Middell, Matthias (Hg.): „Lust am Krimi“. Beiträge zu Werk und Wirkung Walter Markovs. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 49–63, hier S. 51.

„distinguiertes und sprachkundiges Auftreten“ attestiert wurde.[8] Das ist insofern bemerkenswert, als das Südost-Institut, dessen frisch gebackener Direktor Bernath ja mittlerweile war, in DDR-Perspektive als eine der „Kommandozentralen der imperialistischen westdeutschen Ostforschung“ galt. Zugleich korreliert dies mit dem undogmatischen und weltoffenen Wissenschaftsverständnis des exkommunizierten Altkommunisten Markov, der gleich Bernath die Gabe der Ironie besaß.[9] Als etwa Walter Ulbricht Markov 1959 bedeutete, ein Gesuch seinerseits auf Wiederaufnahme in die SED würde positiv beschieden werden, ließ der ehemalige KPD-Aktivist, der im Dritten Reich zehn Jahre im Zuchthaus abgesessen hatte, sarkastisch wissen: „Dazu fühle ich mich nicht reif genug.“

Im unsicheren Umgang der DDR mit dem Polyhistor und Wissenschaftsadministrator Bernath steckt zugleich ein Verweis darauf, dass dieser sich ideologischen Kategorien entzog und weiterhin entzieht, und dies, gleich Markov, sowohl durch Ironie als auch – in den Worten von Bernaths Lehrer Werner Philipp – durch einen „Schutzschleier josephinischer Konventionalität“.[10] So kann es nur auf den ersten Blick erstaunen, wenn sich in einem von einer Studentengruppe moskautreuer Observanz an der damals hoch ideologisierten Westberliner FU im Wintersemester 1978/79 zusammengestellten Professoren-Pandämonium mit dem Titel *Rotes Heft. Kommentare zu den Lehrveranstaltungen und Dozentenporträts* die folgende Charakterisierung befindet: „Herr Bernath ist ein vielwissender, dabei charmanter älterer Herr, mitten aus dem Balkan stammend, welcher innerhalb der Seminare strengstens auf Qualität der Beiträge und Referate achtet. Allsemesterlich sammelt sich ein buntes Trüppchen um ihn die er freundlich empfängt, unterrichtet, manchmal auch begeistert und bestens in seinen Sprechstunden berät.“[11] Diese Bewertung kontrastiert hart mit den gestrengen studentischen Urteilen des *Roten Heftes* zu den meisten anderen Hochschullehren, die als „Charaktermasken“, „Reaktionäre“ und „Lakaien des Monopolkapitals“ abqualifiziert wurden. Ich selbst hatte übrigens das Privileg, damals ebenfalls bei Bernath zu studieren und kann gleichsam jedes Wort unterstreichen – auch wenn ich es, wohl gemerkt, nicht selbst geschrieben habe. Dazu hatte die Bernathsche Ideologieresistenz bereits zu stark abgefärbt.

Mathias Bernath, der heute in Dießen am Ammersee lebt, war in München und Berlin eine Verkörperung des multikulturellen Südosteuropa in München und Berlin und ist zugleich eine beindruckende Wissenschaftlerpersönlichkeit. Er hat Südosteuropa als historisches Forschungsfeld abgesteckt und etabliert *und* er hat die bundesdeutsche

[8] Anderle, Alfred; Donnert, Erich; Wolfgramm, Eberhard (1961): Die Geschichte Osteuropas auf dem XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5, S. 249–273, hier S. 257.

[9] Vgl. dazu bereits Markovs Leipziger Habilitationsschrift aus dem Jahr 1947: Markov, Walter (1999): Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse. Mit einer Einführung von Günther Schödl und einem Dokumentenanhang herausgegeben von Fritz Klein und Irene Markov. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag. Vgl. auch Markov, Walter (1979): Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen. Herausgegeben und eingeleitet von Manfred Kossok. Berlin (Ost): Aufbau-Verlag; und Markov, Walter (2009): Wie viele Leben lebt der Mensch. Eine Autobiographie aus dem Nachlaß. Leipzig: Faber & Faber.

[10] Philipp, Werner (1990): Mathias Bernath zum siebzigsten Geburtstag. In: Nehring, Karl (Hg.): Südost-Institut München 1930-1990. München, S. 9–11, hier S. 10.

[11] Hier zitiert nach Troebst, Stefan (1990): Mathias Bernath zum 70. Geburtstag. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 38, S. 630–632, hier S. 630.

Südosteuropaforschung nach Südosteuropa hin geöffnet. Das ist, um ein Bernathsches Understatement zu gebrauchen, nicht wenig.

Literaturverzeichnis

Anderle, Alfred; Donnert, Erich; Wolfgramm, Eberhard (1961): Die Geschichte Osteuropas auf dem XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5, S. 249–273.

Bernath, Mathias (1970): Das mazedonische Problem in der Sicht der komparativen Nationalismusforschung. In: Südost-Forschungen 29, S. 237–248.

Bernath, Mathias (1973): Habsburg und die Anfänge der rumänischen Nationsbildung. Leiden: Brill (Studien zur Geschichte Osteuropas, 15).

Bernath, Mathias (1973): Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 20, S. 135–144.

Bernath, Mathias (Hg.) (1974): A - F. [Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas]. München: Oldenbourg (Südosteuropäische Arbeiten. Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 1).

Bernath, Mathias (Hg.) (1976): G - K. [Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas]. München: Oldenbourg (Südosteuropäische Arbeiten. Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 2).

Bernath, Mathias (Hg.) (1978): Historische Bücherkunde Südosteuropa. Mittelalter. Byzanz, Bulgarien, Serbien, Albaner, Slowenen, Ungarn, Kroatien, Ragusa, Bosnien, Rumänien. Teilband 1. München: Oldenbourg (Historische Bücherkunde Südosteuropa, I/1).

Bernath, Mathias (Hg.) (1979): L - R. [Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas]. München: Oldenbourg (3).

Bernath, Mathias (Hg.) (1980): Historische Bücherkunde Südosteuropa. Mittelalter. Byzanz, Bulgarien, Serbien, Albaner, Slowenen, Ungarn, Kroatien, Ragusa, Bosnien, Rumänien. Teilband 2. München: Oldenbourg (Historische Bücherkunde Südosteuropa, I/2).

Bernath, Mathias (Hg.) (1981): R - Z. [Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas]. München: Oldenbourg (Südosteuropäische Arbeiten. Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 4).

Bernath, Mathias (Hg.) (1988): Historische Bücherkunde Südosteuropa. Neuzeit. (15. Jh.-1918/23). Teil 1: Osmanisches Reich, Makedonien, Albanien. München: Oldenbourg (Historische Bücherkunde Südosteuropa, II/1).

Bernath, Mathias; Stoy, Manfred (2002): Historische Bücherkunde Südosteuropa. Band II. Neuzeit. Teil 2: Rumänien 1521-1918. München: Oldenbourg (Historische Bücherkunde Südosteuropa, II/2).

Markov, Walter (1979): Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen. Herausgegeben und eingeleitet von Manfred Kossok. Berlin (Ost): Aufbau-Verlag.

Markov, Walter (1999): Grundzüge der Balkandiplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse. Mit einer Einführung von Günther Schödl und einem Dokumentenanhang herausgegeben von Fritz Klein und Irene Markov. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Markov, Walter (2009): Wie viele Leben lebt der Mensch. Eine Autobiographie aus dem Nachlaß. Leipzig: Faber & Faber.

Philipp, Werner (1990): Mathias Bernath zum siebzigsten Geburtstag. In: Nehring, Karl (Hg.): Südost-Institut München 1930-1990. München: Südost-Institut, S. 9–11.

Troebst, Stefan (1990): Mathias Bernath zum 70. Geburtstag. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 38, S. 630–632.

Troebst, Stefan (2011): Walter Markov und die Erforschung der „Balkandiplomatie“. In: Middell, Matthias (Hg.): „Lust am Krimi“. Beiträge zu Werk und Wirkung Walter Markovs. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 49–63.

Marija Vulesica

„Meine Erinnerungen sind so schrecklich.“

Zum Tode der kroatischen Historikerin und schweigsamen Zeitzeugin Prof. Dr. Mirjana Gross

Vulesica, Marija (2012): „Meine Erinnerungen sind so schrecklich.“ Zum Tode der kroatischen Historikerin und schweigsamen Zeitzeugin Prof. Dr. Mirjana Gross. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 24–28.

Am 23. Juli 2012 starb in Zagreb die bekannte und verdienstvolle kroatische Historikerin Mirjana Gross im Alter von 90 Jahren. In den Tagen und Wochen nach ihrem Tod erschienen in kroatischen Zeitungen und Zeitschriften mehrere Nachrufe, in denen sie als die „erste Dame der kroatischen Historiographie“, als „größte kroatische Historikerin“, als „Lehrerin der Generationen“ und als Frau, die ihr Leben der Geschichtswissenschaft gewidmet habe, bezeichnet wurde. Unter ihren Schülerinnen und Schülern, die tatsächlich mehreren Generationen angehörten, und auch innerhalb eines Teils der Öffentlichkeit machten sich Betroffenheit und Trauer bemerkbar. Bei der Trauerfeier, die drei Tage später am Zagreber Friedhof Mirogoj stattfand, bemerkten allerdings einige der Trauergäste, dass sich diese Betroffenheit nicht in der Größe der Trauergemeinde manifestiert hatte. Eine Frau und Wissenschaftlerin ihres Ranges hätten Hunderte von Menschen gekannt, gekommen, um Abschied zu nehmen, waren allerdings nur sehr wenige. Es sei heiß gewesen an diesem Zagreber Julitag, die meisten Großstädter bereits in der Sommerfrische. Vielen sei dies wichtiger als die Ehrerweisung gegenüber der großen Wissenschaftlerin, hieß es enttäuscht und verbittert seitens einiger Trauergäste.[1]

Nachrufe und Trauerbekunden einerseits, ein kurzes Erinnern andererseits entsprachen aber möglicherweise ziemlich genau dem Leben und Wirken von Mirjana Gross. So erstaunt es kaum, dass in den Nachrufen in erster Linie ihre historiografischen Arbeiten, Bücher und Artikel genannt und betont, ihr Wesen, ihre persönlichen Erfahrungen und politischen Einschätzungen aber kaum erörtert werden. Auch dies ist kein Zufall. Mirjana Gross gab sich als Gelehrte auffällig unauffällig.

Gross wurde am 22. Mai 1922 in Zagreb geboren. Über ihre Familie und ihre jüdische Herkunft ist wenig bekannt. Ihr Vater Mavro (Mauro) Gross wurde 1883 in Bjelovar geboren und machte als Händler in Zagreb Karriere. Über ihre Mutter Ella weiß man noch weniger. In welchen Verhältnissen ihre Familie vor dem Krieg lebte und welcher politischen Orientierung die Eltern folgten, darüber gibt es nur Mutmaßungen. 1940, in dem Jahr, in dem die jugoslawische Regierung ihre antisemitischen Gesetze verabschiedet hatte, die unter anderem auch die Zugangsbeschränkung für jüdische Studenten zu den Hochschulen vorsahen, gelang es Mirjana dennoch, ein Medizinstudium aufzunehmen. Nach der Zerschlagung Jugoslawiens und der Proklamation des faschistischen Unabhängigen Staates Kroatien im April 1941 begann dieser mit der völligen Entrechtung, Verfolgung und sehr bald auch mit der Vernichtung von Juden, Serben und politischen Oppositionellen. Gross´ Familie war es allem Anschein zunächst gelungen, sich weiterhin in Zagreb aufzuhalten, bis sie im Frühjahr 1943 Zuflucht in dem Dorf Drenje Brdovečko nordwestlich von Zagreb fanden. Die kroatische Bauernfamilie Topol versteckte Mirjana und ihre Eltern, drei weitere Juden und einige Mitglieder des SKOJ (*Savez komunističke omladine Jugoslavije*/ Bund der

[1] Diese Einschätzung wurde mir gegenüber persönlich geäußert.

kommunistischen Jugend Jugoslawiens) auf ihrem Gut. Offensichtlich hatte Mirjana als junge Frau und Studentin den Sohn der Familie, Stanko Topol, kennengelernt, der wiederum im Widerstand war und enge Kontakte zu den Partisanen hatte.[2] Sie und ihre Eltern blieben bis Oktober 1943 dort. Dann allerding wurden sie entdeckt und ins KZ Buchenwald deportiert. Mirjanas Vater Mavro starb hier am 14. April 1944.[3] Sie und ihre Mutter wurden einige Monate später ins KZ Ravensbrück überstellt. Ob sie als Jüdinnen oder als politische Häftlinge dorthin gebracht wurden, ist unklar. Die meisten Transporte von Juden, die 1942 und 1943 die jugoslawischen Territorien verließen, gingen nach Auschwitz oder Treblinka. Von den rund 2800 Frauen, die vor dem Krieg eine jugoslawische Staatsbürgerschaft besessen hatten und im Konzentrationslager Ravensbrück gefangen gehalten wurden, waren nur etwa 40 Jüdinnen.[4] Möglicherweise galten die Gross´ durch ihre Verbindung mit dem Widerstandskämpfer Topol selbst als Kommunisten, möglicherweise waren sie vor dem Krieg tatsächlich als Kommunisten oder zumindest als deren Sympathisanten aufgefallen. Möglicherweise war aber deren Deportation nach Buchenwald und Ravensbrück nur den allmählich chaotischer werdenden Umständen im besetzten Europa und den stetig steigenden Transporten und Häftlingszahlen geschuldet. Viele Mutmaßungen ranken sich um Gross´ Erlebnisse während des Krieges und der Lagerhaft. Zu Lebzeiten hat sie diese nie aufgelöst. Sie sprach lediglich über ihre schwere Tuberkulose-Erkrankung, die sie sich im Lager zugezogen hatte. Nach der Befreiung im April 1945 kehrten sie und ihre Mutter nach Zagreb zurück und Mirjana entschied sich, Geschichte zu studieren. „Ich war dann krank, aber trotzdem wollte ich leben und studierte Geschichte. Die Prüfungen bestand ich während des langen Aufenthalts im Sanatorium. (...) Genau genommen, habe ich im Sanatorium fertig studiert. (...) Es war eine schwere Zeit, es lebte sich schwer. Und die Erinnerungen waren schrecklich."[5] Zu den traumatischen Erfahrungen der letzten Jahre, den schrecklichen Erinnerungen und dem Verlust ihres Vaters kam ein weiterer Schicksalsschlag dazu: Der ehemalige Jugendfreund und Helfer Stanko Topol, mit dem Mirjana nach dem Krieg verlobt war, starb 1948 bei einem Unfall. Mirjana Gross blieb zeit ihres Lebens unverheiratet und ohne eine nähere Verwandtschaft.

Ihr Arbeitseifer und Lernwille halfen ihr dennoch, ihre Krankheit zu überstehen, die Schicksalsschläge zu verdrängen und das Studium der Geschichtswissenschaften 1951 abzuschließen. Sie arbeitete anschließend als Assistentin an der Philosophischen Fakultät Zagreb, 1958 wurde sie promoviert. Gross gehörte der ersten Frauengeneration an, die sich überhaupt hauptberuflich mit den Geschichtswissenschaften zu beschäftigen begann und die in Jugoslawien als Historikerinnen Karriere machten. „Bis zu meiner Generation schrieben ausschließlich Männer über die Geschichte", erklärte sie 1996 in einem Aufsatz und

[2] Devčić, Karmela (2012): Grossovi. Bježali su od ustaša, oca su ubili nacisti, a Mirjana je preživjela logor [Die Familie Gross: Sie flohen vor der Ustaša, die Nazis töteten den Vater, Mirjana überlebte das Lager]. In: Jutarnji list, 27.7.2012.

[3] Siehe: Totenbuch – Konzentrationslager Buchenwald. Die Toten 1937-1945. Mauro Gross. Online verfügbar unter: http://totenbuch.buchenwald.de/names/details/page/73/letter/g/person/16778/ref/names, zuletzt geprüft am 09.11.2012.

[4] Kavčic, Silvija (2007): Überleben und Erinnern. Slowenische Häftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, Berlin: Metropol-Verlag, S. 32.

[5] Zitiert nach: Schölzel, Christian (2008): Vom Schweigen und Erinnern. Kroatien und die Zwangsarbeit. In: Von Plato, Alexander et al. (Hg.): Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich. Wien; Köln; Weimar: Böhlau, S.137–150, hier S. 144.

kritisierte die immer noch andauernde Fokussierung auf Männer als Akteure der Geschichte.[6]

In den 1950er Jahren begann die erfolgreiche und äußerst produktive wissenschaftliche Tätigkeit von Mirjana Gross. Ihre Forschungsschwerpunkte legte sie auf die kroatische Geschichte des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Auch heute noch ist jedwede historische Auseinandersetzung mit der politischen und ökonomischen Geschichte der kroatischen Kronländer, mit der dortigen Entwicklung der Sozialdemokratie, mit der Ideologie und Genese der Rechtspartei, mit der Ideologie des Jugoslawismus oder mit der kroatischen Gesellschafts- und Kulturgeschichte ohne ihre Arbeiten und Ergebnisse undenkbar. Viele ihrer Forschungsergebnisse aus den 1950ern, 1960ern und den 1970er Jahren besitzen immer noch wissenschaftliche Gültigkeit. Das spricht einerseits für die Qualität ihrer Arbeiten, offenbart aber auch andererseits zahlreiche Defizite der kroatischen Historiografie.

1982 ging Gross in den Ruhestand, um sich angeblich von der Partei zu distanzieren und um „in Ruhe arbeiten zu können."[7] Wie ihr Verhältnis zur Kommunistischen Partei Jugoslawiens tatsächlich ausgesehen hatte, ist weitgehend unbekannt. Auch wenn der kroatische Historiker Artuković ihre „frühe Emanzipation" und den Kampf gegen „den dogmatischen Marxismus innerhalb der Historiografie"[8] betonte, sind öffentliche politische Äußerungen dieser Art von Mirjana Gross nicht überliefert. Ihre Zurückhaltung gegenüber den politischen Entwicklungen und Ereignissen in Jugoslawien vor und in Kroatien nach 1990 ist bekannt. Die wenigen Interviews, die sie überhaupt gegeben hatte, durften zum Beispiel nie aufgezeichnet werden.[9] Einzig beim letzten Interview, das sie dem Globus-Journalisten Darko Hudelist Anfang Mai 2012 gab, lief das Diktiergerät mit. Als sie dann dabei war, über die „De-Tuđmanisierung" der kroatischen Gesellschaft und Politik sowie über die Vorteile eines EU-Beitritts Kroatiens zu sprechen, brach sie das Interview plötzlich ab, nannte ihre Bemerkung „eine Dummheit" und erklärte schließlich: „Mein ganzes Leben kämpfe ich dagegen, dass sich inkompetente Leute in der Öffentlichkeit über Dinge äußern, für die sie nicht qualifiziert genug sind. Und jetzt tue ich genau das Gleiche."[10]

Die Bedeutung Mirjana Gross´ für die Wissenschaft, für ihre Zeitgenossen und die Politik lag nicht nur in dem, was sie gesagt und geschrieben, sondern mindestens genauso in dem, was sie nicht gesagt hatte. Keine Konfrontationen mit dem Regime – weder mit dem jugoslawischen noch kroatischen – keine Kritik an der Instrumentalisierung von Historikerinnen und Historikern, von Geschichte und Erinnerungskultur vor und nach 1990. Gegenüber ihren Studenten war sie distanziert, gegenüber der Öffentlichkeit scheu, zurückhaltend, vorsichtig und vermutlich auch ängstlich. Vielleicht wurde sie gerade deshalb bereits zu Wirk- und Lebzeiten verehrt, respektiert und bewundert, weil sie sich nie eingemischt hatte. Weil sie zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Prozessen

[6] Gross, Mirjana (1996): Plaidoyer za profesionalnu historiografiju [Ein Plädoyer für eine professionelle Historiografie]. In: Radovi 29, S. 7–10, hier S. 10.

[7] Artuković, Mato (2012): In memoriam: Mirjana Mirjam Gross. Jedan život za povijesnu znanost [Ein Leben für die Geschichtswissenschaft]. In: Scrinia Slavonica 12, S. 371–376, hier S. 371.

[8] Ebd.

[9] Hudelist, Darko (2012): Moj posljednji susret i razgovor s najvećom hrvatskom povjesničarkom, u Drenju Brdovečkom, 1. svibnja 2012. godine [Meine letzte Begegnung und mein letztes Gespräch mit der größten kroatischen Historikerin in Drenje Brdovečko, am 1. Mai 2012]. In: Globus, 24.08.2012.

[10] Ebd.

geschwiegen hatte. Wie muss es einer Frau mit ihrer Geschichte und vor allem ihrer Kenntnis der Geschichte gegangen sein, als nach 1990 *Ustaša*-Symboliken und Parolen auftauchten und in weiten Teilen der Gesellschaft und Politik der Unabhängige Staat Kroatien und seine Akteure glorifiziert wurden?

Gross jüdische Herkunft und Erfahrung bekamen erst ab Mitte der 1980er Jahre – nach ihrer Pensionierung – für sie eine wissenschaftliche Relevanz. In drei Aufsätzen (1987, 1988, 1998) und in ihrem Buch über die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft (1992) ging sie erstmals auf die Geschichte und Bedeutung der kroatischen Juden ein. Insbesondere ihr Aufsatz aus dem Jahre 1998 über die „Gleichberechtigung ohne Gleichwertigkeit" war eine scharfe Analyse der jüdischen Geschichte in Kroatien und der jüdisch-kroatischen Beziehungsgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg.[11]

Mirjana Gross hat ein umfangreiches und wichtiges wissenschaftliches Werk hinterlassen. Als Zeitzeugin des 20. Jahrhunderts, als eine Frau, die selbst so viel Geschichte erfahren hatte, hat sie aber geschwiegen. Aus Angst. Aus Schmerz. In ihrem letzten Interview hat sie dies im Ansatz erklärt: „Ich sagte Ihnen bereits, meine Erinnerungen sind so schrecklich, dass ich sehr wahrscheinlich seelisch krank geworden wäre, wenn ich ständig an sie gedacht hätte. Um sie so stark wie möglich zu verdrängen, habe ich den Weg des äußerst intensiven Arbeitens gewählt. Sobald ich mich aber ein wenig von der Arbeit entfernte und einigermaßen entspannte, kamen die Erinnerungen sofort zurück. Ich sah die Bilder meiner Familie, die von der Ustaša und den Nazis ermordet wurde."[12]

Gross hat solange gearbeitet, wie sie zu Fuß zum Kroatischen Staatsarchiv und zur Bibliothek gehen konnte. Im Frühjahr 2011 war sie schwer gestürzt und von da an auf Hilfe angewiesen. Sie verließ ihre Wohnung und suchte erneut Zuflucht bei der Familie Topol in Drenje Brdovečko. Diesmal kümmerte sich Stanko Topol, der Neffe ihres 1948 verunglückten und nach ihm benannten Verlobten, um sie. Die Bauernfamilie Topol war die einzige, die sie je hatte. Auf dem Bauerngut, wo sie die letzten Monate mit ihrer Familie im Versteck verbracht hatte, starb sie schließlich im Juli 2012. Ob sie Tagebuch geführt oder ihre Erinnerungen zu Papier gebracht hat, ist offen. Vielleicht. Wahrscheinlich ist es nicht.

[11] Gross, Mirjana (1998): Ravnopravnost bez jednakovrijednosti [Gleichberechtigung ohne Gleichwertigkeit]. In: Ognjen Kraus (Hg.): Dva stoljeća povijesti i kulture Židova u Zagrebu i Hrvatskoj [Zwei Jahrhunderte der Geschichte und Kultur der Juden in Zagreb und Kroatien]. Zagreb: Židovska općina Zagreb, S. 106–126.

[12] Hudelist.

Literatur

Artuković, Mato (2012): In memoriam: Mirjana Mirjam Gross. Jedan život za povijesnu znanost [Ein Leben für die Geschichtswissenschaft]. In: Scrinia Slavonica 12, S. 371–376.

Gross, Mirjana (1996): Plaidoyer za profesionalnu historiografiju [Ein Plädoyer für eine professionelle Historiografie]. In: Radovi 29, S. 7–10.

Gross, Mirjana (1998): Ravnopravnost bez jednakovrijednosti [Gleichberechtigung ohne Gleichwertigkeit]. In: Ognjen Kraus (Hg.): Dva stoljeća povijesti i kulture Židova u Zagrebu i Hrvatskoj [Zwei Jahrhunderte der Geschichte und Kultur der Juden in Zagreb und Kroatien]. Zagreb: Židovska općina Zagreb, S. 106–126.

Kavčić, Silvija (2007): Überleben und Erinnern. Slowenische Häftlinge im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, Berlin: Metropol-Verlag.

Totenbuch – Konzentrationslager Buchenwald. Die Toten 1937-1945. Mauro Gross. Online verfügbar unter: http://totenbuch.buchenwald.de/names/details/page/73/letter/g/person/16778/ref/names, zuletzt geprüft am 09.11.2012.

Schölzel, Christian (2008): Vom Schweigen und Erinnern. Kroatien und die Zwangsarbeit. In: Von Plato, Alexander et al. (Hg.): Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich. Wien; Köln; Weimar: Böhlau, S. 137–150.

Zeitungen

Devčić, Karmela (2012): Grossovi. Bježali su od ustaša, oca su ubili nacisti, a Mirjana je preživjela logor [Die Familie Gross: Sie flohen vor der Ustaša, die Nazis töteten den Vater, Mirjana überlebte das Lager]. In: Jutarnji list, 27.07.2012.

Hudelist, Darko (2012): Moj posljednji susret i razgovor s najvećom hrvatskom povjesničarkom, u Drenju Brdovečkom, 1. svibnja 2012. godine [Meine letzte Begegnung und mein letztes Gespräch mit der größten kroatischen Historikerin in Drenje Brdovečko, am 1. Mai 2012]. In: Globus, 24.08.2012.

Beiträge

Jacob Venuß

Wahlsystemwandel in Südosteuropa

Zur Stabilität von Wahlsystemen im postsozialistischen Raum

Abstract

Electoral systems are one of the most fundamental elements in modern democratic systems. Based on observations in Western democracies since World War II they are commonly regarded as very stable institutional structures. Thus the study of electoral systems is affected by the neo-institutionalist paradigm of stability which assumes that changes in the electoral system can only be observed in "extraordinary historical situations". But the developments in electoral systems in Central and Eastern European countries in the past 20 years reveal a very different picture. These countries went through a number of changes in their respective electoral systems in varying degrees and do not fit into the described paradigm of stability.

The article[1] focuses on the question why the degree of electoral system stability is in some countries higher than in others. At the center of the analysis is the investigation of the respective electoral systems of five succession states of former Yugoslavia (Serbia, Croatia, Slovenia, Macedonia and Montenegro) which are checked against theoretical hypotheses about the reasons for stability or respectively instability. The most similar case design methodology is applied to this analysis, which belongs to the scientific field of area studies. On the one hand the study develops and tests four hypothesis based on rational theoretical concepts of political science which understand institutional change as driven by self-interests of the political actors (parties). On the other hand it assembles empirical data of the Balkan region to generate specific regional results in regard to electoral system stability and tries to close an obvious gap in the scientific research in this field of political science.

The main theoretical findings of the analysis presented in this article are that electoral system changes are tightly connected to the question of who benefits from the new electoral systems and that these changes are thusly consciously enforced by self-interest of the political actors.

Die demokratischen Systemwechsel von 1989 führten in den sozialistischen Staaten des östlichen Europas zu tiefgreifenden Veränderungen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen. Durch das Wirken interner und externer Faktoren brachen die sozialistischen Systeme Ende der 1980er Jahre zusammen und neue demokratische Strukturen wurden aufgebaut. Zentral war hierbei die Schaffung demokratischer Institutionen, die als „Spielregeln" der Gesellschaft die Handlungsspielräume der politischen Akteure abstecken und somit Erwartungssicherheit im politischen Prozess ermöglichen sollten. Im Rahmen dieses *institutional building* wurden zur Durchführung der ersten freien Parlamentswahlen in den ehemaligen sozialistischen Staaten demokratische Wahlsysteme eingeführt.

Beobachtet man die institutionelle Entwicklung der jungen Demokratien Osteuropas, so wird deutlich, dass die demokratischen Wahlsysteme nach ihrer erstmaligen Einführung 1989/91 ungewöhnlich häufig das Ziel von Reformbemühungen waren. Harfst konnte zeigen, dass es zwischen 1989 und 2003 in elf mittelosteuropäischen Staaten zu 24 erfolgreichen Veränderungen der Wahlsysteme kam.[2] Allerdings sind, und dies gilt es zu beachten, nicht alle Länder gleichermaßen einem Wahlsystemwandel unterworfen:

[1] The article is based on the author's master thesis: Venuß, Jacob (2012): Wahlsystemwandel in Südosteuropa. Zur Stabilität von Wahlsystemen im postsozialistischen Raum. Berlin: Freie Universität Berlin.

[2] Harfst, Philipp (2007): Wahlsysteme in Mittelosteuropa. Strategisches Design einer politischen Institution. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Venuß, Jacob (2012): Wahlsystemwandel in Südosteuropa. Zur Stabilität von Wahlsystemen im postsozialistischen Raum. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 30–44.

Wahlsysteme weisen anscheinend unterschiedliche Stabilitätsgrade auf. Vor dem Hintergrund des von der Wahlsystemforschung vertretenen Standpunkts, dass Wahlsysteme stabile Institutionen seien und lediglich in *„extraordinary historical situations"*[3] einem Wandel unterliegen, wirft die Entwicklung der letzten 20 Jahre Fragen auf. Sie bietet damit eine hinreichende Relevanz, um das Stabilitätsparadigma der Wahlsystemforschung einer Überprüfung zu unterziehen. Um die Unterschiede in der Wahlsystementwicklung erklären zu können, soll das Eintreten und Ausbleiben von Wahlsystemwandel in den verschiedenen Staaten, also die landesspezifische Wahlsystemstabilität, in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt werden. Der vorliegende Aufsatz möchte somit folgender Frage nachgehen: *Warum weisen einige postsozialistische Staaten ein stabileres Wahlsystem auf als andere postsozialistische Staaten?*

In diesem Aufsatz wird die Stabilität von Wahlsystemen über einen Zeitraum von zwanzig Jahren in systematisch vergleichender Perspektive untersucht. Ausgangspunkt ist der Widerspruch zwischen der geschilderten aktuellen Entwicklung in Osteuropa und der neoinstitutionalistischen Annahme der Wahlsystemforschung, dass Wahlsysteme relativ stabile institutionelle Gebilde sind. Der vorliegende Aufsatz beruht auf einer komparativen Mehrländerstudie, der ein positivistisches Forschungskonzept zugrunde liegt. Dementsprechend werden aus theoretischen Annahmen Hypothesen zur Stabilität von Wahlsystemen hergeleitet und an empirischen Daten auf ihre Erklärungskraft überprüft.

Im Zentrum der Untersuchung stehen die Wahlsysteme von fünf Nachfolgestaaten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ):[4] Kroatien, Slowenien, Serbien, Mazedonien und Montenegro[5]. Ihre historische Verwandtschaft, geographische Nähe und ähnlichen politischen Erfahrungen im Rahmen der gemeinsamen SFRJ erlaubt die Prüfung allgemeiner Hypothesen zur Stabilität von Wahlsystemen im Rahmen eines *most similiar case*

[3] Nohlen, Dieter (1984): Changes and Choices in Electoral Systems. In: Choosing an Electoral System: Issues and Alternatives. New York: Praeger Publishers, S. 218.

[4] Mit dem Berliner Kongress (1878) erreichten die Fürstentümer (später Königreiche) Serbien und Montenegro ihre Unabhängigkeit. In den Gebieten des heutigen Kroatien, Mazedonien und Slowenien gelang dies erst mit dem Ende des Ersten Weltkrieges im Rahmen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen. Dieses Staatsgebilde, welches 1929 nach einer Verfassungsänderung in das Königreich Jugoslawien umbenannt wurde, stellt den Ausgangspunkt einer über 50 Jahre andauernden gemeinsamen Staatlichkeit der Untersuchungsstaaten dar. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde am 29.11.1945 die Föderative Volksrepublik Jugoslawien ausgerufen (*Federativna Narodna Republika Jugoslavija*), die sich aus den sechs Teilrepubliken Serbien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Slowenien zusammensetzte. Im Januar 1946 gab sie sich eine Verfassung nach sowjetischem Vorbild und wurde am 07.04.1963 in Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) umbenannt. Die SFRJ war ein föderales Staatsgebilde aus den sechs oben genannten Teilrepubliken und den beiden autonomen (serbischen) Provinzen Kosovo und Vojvodina. Die SFRJ hatte bis 1992 Bestand. Aufgrund von innerstaatlichen Differenzen nach dem Tode Josip Titos 1980 und der allgemeinen Aufbruchsstimmung in den sozialistischen Ländern zerfiel die SFRJ ab 1991 sukzessive in fünf unabhängige Staaten: Kroatien, Slowenien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und die Bundesrepublik Jugoslawien. Dieser Prozess war durch lang anhaltende, zum Teil kriegerische Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren geprägt. Die Bundesrepublik Jugoslawien benannte sich 2003 im Rahmen einer Verfassungsänderung in Serbien-Montenegro um, bevor sich Montenegro schließlich 2006 aus dem gemeinsamen Staat löste. Serbien als Rechtsnachfolger Serbien-Montenegros musste 2008 mit der Unabhängigkeit des Kosovo eine weitere Abspaltung hinnehmen.

[5] Nach den Abspaltungen der anderen Republiken gründeten Serbien und Montenegro 1992 die Bundesrepublik Jugoslawien (*Savezna Republika Jugoslavija*, SRJ), einen staatenbundähnlicher Zusammenschluss und gaben sich 1992 eine demokratische Verfassung. Dieser Staat wurde 2003 in Serbien-Montenegro (*Srbija i Crna Gora*) umgewandelt. Es handelte sich dabei jeweils um föderative Zusammenschlüsse, in denen beide Staaten unterschiedliche Wahlsysteme implementierten. Aus methodischen Gründen werden die Wahlsysteme auf föderaler Ebene in der Untersuchung vernachlässigt und nur die Republikwahlsysteme beider Staaten einbezogen.

design. Zudem wurden in den fünf Staaten ab 1990 freie und kompetitive Parlamentswahlen durchgeführt und 1991/92 demokratische Verfassungen verabschiedet. Damit erfüllen sie nach Schumpeter[6] das Minimalkriterium einer Demokratie.

Tabelle 1: Politische Entwicklung der fünf Untersuchungsstaaten

Staat	Unabhängigkeit	Verabschiedung der demokratischen Verfassung	Erste freie Parlamentswahlen/ Vorgründungswahlen
Kroatien	06/1991	12/1990	04/1990
Mazedonien	09/1991	11/1991	11/1990
Montenegro	06/2006	04/1992 (FRJ) 10/2007	12/1990
Serbien	06/2006	04/1992 (FRJ) 11/2006	12/1990
Slowenien	06/1991	12/1991	04/1990

Quelle: Ismayr 2010; Nohlen/Kasapovic 1996

Die Untersuchung, die im Bereich der *area studies* anzusiedeln ist, verfolgte zwei Ziele. Zum einen werden theoretisch fundierte Hypothesen zur Stabilität von Wahlsystemen entwickelt und systematisch überprüft. Zum anderen erfolgt eine erste Bestandsaufnahme der Wahlsystemstabilität in den jugoslawischen Nachfolgestaaten, aus der sich regionalspezifische Aussagen generieren lassen.

Die Untersuchung zur Entwicklung der Wahlsysteme in fünf verschiedenen Ländern über einen Zeitraum von 20 Jahren stellt hohe Anforderungen an die Datengenerierung. Die Arbeit stützt sich dabei maßgeblich auf die Informationen aus dem Werk *Die politischen Systeme Osteuropas* von Ismayr,[7] in dem unter der Rubrik *Wahlsystem* Daten und Beschreibungen zur Entwicklung der Wahlgesetzgebung aller osteuropäischen Staaten aufgeführt sind. Desweiteren stellt die OSZE auf Grundlage ihrer *election observation missions* detaillierte Berichte im Internet zur Verfügung.[8] Daten zum Wahlsystemwandel in Slowenien und Kroatien sind außerdem in der Studie *Wahlsystemwandel in Mittelosteuropa* von Harfst zu finden, in der die beiden Staaten als einzige ex-jugoslawische Staaten Berücksichtigung fanden.[9]

Wahlsysteme als institutionelle Regelkomplexe

Harfst zufolge sind Wahlsysteme „ganz besondere politische Institutionen; in einer Demokratie sind sie die Grundlage für die Verteilung und Legitimation von politischer Macht".[10] Die zentrale Bedeutung des Wahlsystems findet seinen Ausdruck auch in den

[6] Schumpeter, Joseph A. (1942): Capitalism, Socialism, and Democracy. London: George Allen & Unwin, S. 269.
[7] Ismayr, Wolfgang (Hg.) (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
[8] Organization for Security and Co-operation in Europe; Office for Democratic Institutions and Human Rights (Hg.): Elections. Online verfügbar unter http://www.osce.org/odihr/elections, letzter Zugriff am 17.11.2012.
[9] Harfst, S. 91ff.
[10] Harfst, S. 19.

minimalistischen Demokratiedefinitionen von Schumpeter,[11] Dahl[12] und Przeworski[13], die die Durchführung freier und kompetitiver Wahlen als fundamentales Konstitutionsmerkmal einer Demokratie ansehen. Der Wahlsystembegriff findet in politikwissenschaftlichen Publikationen unterschiedlich Verwendung, so dass sich weite und enge Definitionen von Wahlsystemen herausgebildet haben. Für die vorliegende Untersuchung wird in Anlehnung an Nohlen eine enge Definition bevorzugt, die unter einem kompetitiven Wahlsystem „den Modus, nach welchem die Wähler ihre Partei- und/oder Kandidatenpräferenzen in Stimmen ausdrücken und diese in Mandate übertragen werden“[14] versteht.

Zur Untersuchung von Stabilität und den Wandel von Wahlsystemen wird eine Typologie benötigt, die differenziert genug ist, um unterschiedliche Wahlsysteme abzubilden und deren Wandel sichtbar zu machen. Für eine vergleichende Untersuchung erscheint Lijpharts grobe Dreigliederung in Mehrheitswahlsystem, Verhältniswahlsystem und *intermediate system* (kombiniertes Wahlsystem) sinnvoll,[15] weil diese analytische Unterteilung zwischen groben Wahlsystemtypen differenziert ohne diese allzu detailliert darzustellen.

Einen theoretischen Rahmen zur politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Institutionen stellt der Neoinstitutionalismus zur Verfügung. Mit zunehmender Bedeutung von Institutionen für soziale und politische Prozesse erfreuen sich neoinstitutionalistische Erklärungsmuster in wirtschafts-, aber auch in sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen wachsender Beliebtheit und sind „zu einem disziplinen-, themen-, theorie- und methodenübergreifenden Trendthema geworden“[16]. Der vorliegende Aufsatz fußt auf dem historisch-ökonomischen Zweig des Neoinstitutionalismus und begreift formale und informelle Institutionen als vom Menschen geschaffene, relativ stabile Spielregeln der Gesellschaft.[17]

> „Institutionen können definiert werden als auf Dauer gestellte Regel-Komplexe, die das Handeln von Individuen so steuern, dass regelmäßige Interaktionsmuster entstehen und eine soziale Ordnung konstituieren.“[18]

Nach Tsebelis[19] hat die formale Institution Wahlsystem einen redistributiven Charakter und ist daher von effizienten Institutionen zu unterscheiden. Während effiziente Institutionen die Lage aller Individuen und sozialen Gruppen verbessern, stärken redistributive Institutionen die Stellung *einer* gesellschaftlichen Gruppe auf Kosten einer anderen. Diese Art von

[11] Schumpeter.
[12] Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven: Yale University Press.
[13] Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.
[14] Nohlen, Dieter (2007): Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. Opladen: Barbara Budrich Verlag, S. 61.
[15] Lijphart, Arend (1994): Electoral Systems and Party Systems. Oxford: Oxford University Press.
[16] Schmalz-Bruns, Rainer (1990): Neo-Institutionalismus. In: Thomas Ellwein u. a. (Hg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft (Bd. 4). Baden-Baden: Nomos, S. 316.
[17] Vgl. North, Douglass C. (1990): Institutions, Institutional change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge University Press.
[18] Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. In: Jürgen Friedrichs, Jürgen; Wolfgang Jagodzinski (Hg.): Soziale Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 126.
[19] Tsebelis, George (1990): Nested Games Rational Choice in Comparative Politics. Berkley: California University Press.

Institutionen verteilt politische Macht somit ungleich auf politische Akteure. Das Design redistributiver Institutionen ist daher immer ein Nullsummenspiel – was die einen gewinnen, verlieren die anderen. Zwischen politischen Parteien führt dies in der Praxis immer wieder zu Kontroversen über den Typ und die Ausgestaltung des jeweiligen Wahlsystems.

In Studien zur Wahlsystementwicklung der etablierten Demokratien Westeuropas[20] wurde festgestellt, dass seit dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 1990er Jahre Veränderungen des Wahlsystems weitgehend ausblieben. Das führte dazu, dass sich in der Wahlsystemforschung die neoinstitutionalistische Annahme durchsetzte,

> „dass einmal etablierte demokratische Wahlsysteme so lange stabil bleiben, wie ein politisches System nicht durch tiefgreifende Veränderungen in seinen Grundfesten erschüttert wird."[21]

Somit sind „[d]er Neoinstitutionalismus und die Wahlsystemforschung […] von einem Stabilitätsparadigma geprägt"[22]. Harfst weist aber darauf hin, dass Wahlsysteme eigentlich „relativ leicht veränderbare Bausteine eines politischen Systems"[23] sind und durch die von der ungleichen Verteilung betroffenen Akteure selbst strategisch gestaltet werden können. Dies kann dazu führen, dass politische Akteure in ein *game on institutional design* treten. Birch beschreibt die Situation folgendermaßen:

> *„Electoral rules have the unique characteristic that their subject and their object are the same, for under normal democratic conditions they are rules made by rule-makers about their own fitness to continue making rules."*[24]

Wahlsystemwandel in theoretischer Perspektive

Für die Erklärung von Wandel und Stabilität von Wahlsystemen werden u. a. Theorien zum Design sozialer Institutionen herangezogen. Goodin unterscheidet hierbei drei verschiedene Wege, *„in which social institutions (or human societies more generally) might arise and change over time."*[25] Demnach kann der Wandel sozialer Institutionen durch *intentionales strategisches Handeln* von Akteuren erklärt aber auch als *evolutionäre* oder eine *zufällige Entwicklung* verstanden werden.

Strategische Ansätze des Wahlsystemwandels verstehen Wahlsystemwandel als ein Produkt strategisch-handelnder rationaler Akteure und basieren auf verhandlungstheoretischen Arbeiten zum Design sozialer Institutionen. Es lassen sich zwei Erklärungslinien des strategischen Designs von Wahlsystemen unterscheiden, die jeweils unterschiedliche Interessenlagen der Akteure annehmen. Entweder wird ein enger, auf das

[20] Siehe z. B.: Nohlen (1984): Changes and Choices in Electoral Systems. In: Choosing an Electoral System: Issues and Alternatives. New York: Praeger Publishers, S. 217–224; Lijphart, Arend (1994): Electoral Systems and Party Systems. Oxford: Oxford University Press.
[21] Harfst, S. 20 f.
[22] Ebd., S. 305.
[23] Ebd., S. 107.
[24] Birch, Sarah u. a. (2002): Embodying Democracy. Electoral Systems Design in Post-Communist Europe. Basingstoke: Palgrave-Macmillan, S. 2.
[25] Goodin, Robert E. (1996): Institutions and their Design. In: Goodin, Robert E. (Hg.): The Theory of Institutional Design. Cambridge: Cambridge University Press, S. 24.

Eigeninteresse der Akteure fokussierter, Rationalitätsbegriff zugrunde gelegt oder ein weiter Rationalitätsbegriff, bei dem das Gemeinwohl die Präferenzen der Akteure bestimmt. Die zweite Möglichkeit zur Erklärung von institutionellem Wandel basiert auf der Annahme, dass Institutionen funktionelle Gebilde darstellen und zur Befriedigung bestimmter gesellschaftlicher Bedürfnisse geschaffen werden. Hierbei können durchaus mehrere miteinander konkurrierende Institutionen für die Befriedigung eines Bedürfnisses entstehen. Institutioneller Wandel geschieht aus der Perspektive evolutionärer Theorien durch spezielle Selektionsmechanismen. Der dritte Ansatz zur Erklärung von Wahlsystemwandel beruht auf dem Gedanken, dass Institutionen das Produkt besonderer, historisch-einmaliger Situationen sind. *„This covers the adaption of institutions for reason of accident, whim, error, or other circumstances that can be regarded as historically unique."*[26] Sie entstehen und ändern sich durch einmalige Zufälle oder Unfälle und sind nicht maßgeblich auf das Handeln sozialer Akteure oder evolutionärer Mechanismen zurückzuführen. *„What happens just happens"*[27], bezeichnet Goodin diese Art institutioneller Entwicklung. Benoit fügt unter der Sammelbezeichnung *„non-instrumental motivations"*[28] weitere Ansätze hinzu, die für die Erklärung von Stabilität und Wandel von Wahlsystemen von Bedeutung sein könnten. Erwähnt seien hier soziologische und ökonomische Ansätze sowie externe Einflüsse, die eine Rolle beim Wandel von Wahlsystemen spielen können.

Für die Untersuchung der Wahlsystemstabilität in dem vorliegenden Aufsatz wird auf einen strategischen eigenwohlorientierten Ansatz aus der Schule verhandlungstheoretischer Theoriekonzepte zum Wandel von Institutionen zurückgegriffen: der *office-seeking*-Ansatz. Dieser Ansatz versteht Wahlsysteme und deren Wandel als ein Produkt strategischen Handelns zweckrationaler Akteure. Politische Akteure orientieren sich dabei an ihrem Eigenwohl und versuchen das Wahlsystem gegenüber anderen institutionellen Alternativen durchzusetzen, das ihnen bei der nächsten Wahl mehr Sitzanteile im Parlament verspricht.

> *„Electoral systems result from the collective choice of political parties linking institutional alternatives to electoral self-interest in the form of maximizing seat shares. […] A change in electoral institutions will occur when a political party or coalition of political parties supports an alternative which will bring it more seats than the status quo electoral system, and also has the power to effect through fiat that institutional alternative. Electoral system will not change when no party or coalition of parties with the power to adopt an alternative electoral system can gain more seats by doing so."*[29]

Zwei Gründe waren für die Wahl eines strategischen eigenwohlorientierten Ansatzes ausschlaggebend. Zum einen stellt er ein geeignetes theoretisches Konzept für komparative Arbeiten dar, zum anderen entspricht ein solch akteurszentriertes Konzept dem verbreiteten Forschungsansatz bei der Auseinandersetzung mit Stabilität und Wandel von Wahlsystemen.

> „Wenn nun die unterschiedlichen Effekte verschiedener Wahlsysteme bekannt sind; wenn darüber hinaus im Akt des Wählens mit diesen Effekten strategisch umgegangen wird; und wenn drittens die Möglichkeit zur Veränderung von Wahlsystemen durch die Betroffenen selbst besteht, dann ist auch eine intentionale

[26] Benoit, Kenneth (2004): Models of Electoral System Change. In: Electoral Studies 23(3), S. 372.
[27] Goodin, S. 24.
[28] Benoit, S. 370.
[29] Ebd., S. 372f.

> Gestaltung der Institution Wahlsystem nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich."[30]

Untersuchungshypothesen

Die Operationalisierung der abhängigen Variable (Wahlsystemstabilität) wird über die Berechnung des Stabilitätsgrades von Wahlsystemen vorgenommen. Der Stabilitätsgrad eines Wahlsystems sagt aus, in welchem Maße ein Wahlsystem in einem bestimmten Zeitabschnitt dem Wandel unterworfen ist. Der Wahlsystemwandel beinhaltet in Anlehnung an Grotz[31] und Harfst[32] zwei unterschiedlich große Veränderungen des Wahlsystems: Wahlsystemwechsel und Wahlsystemreformen. Wahlsystem*wechsel* sind große Änderungen des Wahlsystems. Hierbei findet ein Wechsel zu einem anderen Wahlsystemtyp statt, zum Beispiel von einem Mehrheitswahlsystem zu einem kombinierten Wahlsystem. Wahlsystem*reformen* beschreiben hingegen kleine Veränderungen technischer Details innerhalb eines Wahlsystemtyps, zum Beispiel die Änderung der Wahlkreisgröße.

In Anlehnung an Cortell/Peterson[33] schlägt Grotz für die Untersuchung von Stabilität und Wandel von Wahlsystemen eine differenzierte Betrachtung von Ausgangssituation, Akteurskonstellation und institutionellen Verfahrenshürden vor.[34] An diesen methodischen Dreischritt will die vorliegende Untersuchung bei der Wahl der unabhängigen Variablen anknüpfen. Auf ihren Zusammenhang mit dem Stabilitätsgrad von Wahlsystemen werden daher folgende unabhängige Variablen überprüft: *das Wahlsystem der ersten demokratischen Wahlen* (UV I), *die Anzahl der Regierungswechsel* (UV II), *die durchschnittliche Anzahl von Regierungsparteien* (UV III) und *die Höhe des Mehrheitsquorums für Wahlsystemänderungen* (UV IV). Auf Grundlage des *office-seeking*-Ansatzes (und teilweise weiterer theoretischer Annahmen) ergeben sich aus dem Zusammenhang von unabhängigen Variablen und der Wahlsystemstabilität folgende Hypothesen, die es zu überprüfen gilt:

(1) Wenn bei den ersten demokratischen Wahlen eines Landes ein Mehrheitswahlsystem zur Anwendung kommt, so ist der Stabilitätsgrad des Wahlsystems in den Folgejahren niedrig.

(2) Je höher die Anzahl der Regierungswechsel in einem Land, desto niedriger ist der Stabilitätsgrad des Wahlsystems in einem Land.

(3) Je geringer die durchschnittliche Anzahl der Regierungsparteien in einem Land, desto niedriger ist der Stabilitätsgrad des Wahlsystems in einem Land.

(4) Je niedriger das parlamentarische Mehrheitsquorum für Wahlsystemänderungen in einem Land, desto niedriger ist der Stabilitätsgrad des Wahlsystems in einem Land.

---

[30] Harfst, S. 47.

[31] Grotz, Florian (2005): Die Entwicklung kompetitiver Wahlsysteme in Mittel- und Osteuropa. Postsozialistische Entstehungsbedingungen und fallspezifische Reformkontexte. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. S. 27-42.

[32] Harfst, S. 184 ff.

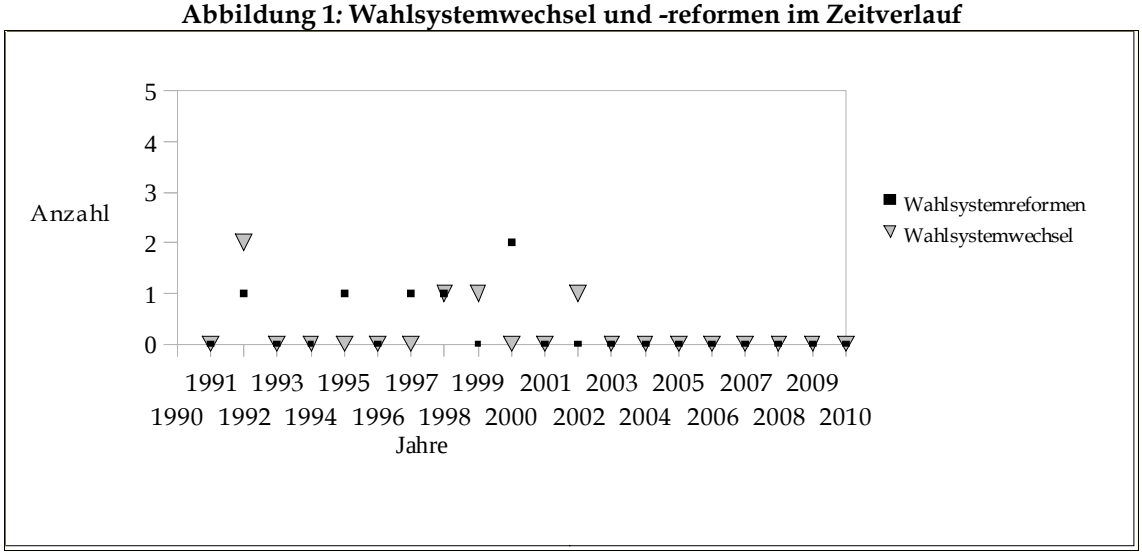
[33] Cortell, Andrew; Peterson, Susan (1999): Altered States. Explaining Domestic Institutional Change. In: British Journal of Political Science 29 (1), S. 177–203.

[34] Grotz, S. 39.

Stabilität und Wandel der Wahlsysteme in Südosteuropa

In der Untersuchung konnte festgestellt werden, dass es in den fünf Untersuchungsstaaten Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien zwischen 1991 und 2010 insgesamt elf Veränderungen der Wahlsysteme gegeben hat, was pro Land durchschnittlich 2,2 Wahlsystemveränderungen in 20 Jahren entspricht. In diesem Zeitraum ist es in allen untersuchten Staaten mindestens zu einer Veränderung des Wahlsystems gekommen. Es konnten hierbei zwei Arten von Wahlsystemwandel beobachtet werden: Wahlsystemreformen und Wahlsystemwechsel. Von den elf Wahlsystemwandeln entsprachen sechs (55%) einer Wahlsystemreform und fünf (45%) einem Wahlsystemwechsel. Durch den langen Untersuchungszeitraum von 20 Jahren konnten auch Aussagen zur Verteilung des Wahlsystemwandels im Zeitverlauf gemacht werden. Hierbei zeigt sich, dass es zwischen 1991 und 2000 zu 10 Wahlsystemveränderungen (sechs Wahlsystemreformen und vier Wahlsystemwechsel) gekommen ist. Im Zeitraum von 2001 bis 2010 fand hingegen nur ein einziger Wahlsystemwechsel statt (Abb. 1). Diese Entwicklung entspricht der Annahme von Nohlen, dass im Rahmen von Transitionsprozessen in hohem Maße mit Wahlsystemwechseln zu rechnen ist. Mit zunehmender Konsolidierung des politischen Systems nehmen die tiefgreifenden Veränderungen des Wahlsystems jedoch zugunsten kleinerer Wahlsystemreformen ab.

Abbildung 1: Wahlsystemwechsel und -reformen im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Darstellung, Daten aus Ismayr (2010)

Diese erste Bestandsaufnahme des Wahlsystemwandels in den jungen Demokratien Südosteuropas stellte die Grundlage für die Berechnung des Stabilitätsgrades der Wahlsysteme dar. Für eine vergleichende Darstellung wurden die Wahlsysteme anschließend nach ihrem jeweiligen Stabilitätsgrad in stabile, mittlere und instabile Wahlsysteme eingeteilt (Tab. 1).

Tabelle 2: Klassifikation nach Stabilitätsgrad des Wahlsystems in verschiedenen Zeiträumen

Klassifikation	Zeitraum 1991-2000	Zeitraum 2001-2010	Zeitraum 1991-2010
Stabiles Wahlsystem < 0,15	Montenegro (0,10)	Kroatien (0,0) Serbien (0,0) Slowenien (0,0) Montenegro (0,0)	Montenegro (0,05) Slowenien (0, 10)
Mittlerer Stabilitätsgrad ~ 0,25	Mazedonien (0,20) Slowenien (0,30)	Mazedonien (0,20)	Serbien (0,20) Mazedonien (0,20) Kroatien (0,25)
Instabiles Wahlsystem > 0,35	Serbien (0,40) Kroatien (0,50)	-	-

Quelle: Eigene Berechnung

Dabei konnte gezeigt werden, dass die Wahlsysteme der untersuchten Länder im Zeitraum zwischen 1991 und 2010 unterschiedlich stabil waren. Die Wahlsysteme Montenegros und Sloweniens wurden als stabil klassifiziert. Serbien, Mazedonien und Kroatien hingegen wiesen nur einen mittleren Stabilitätsgrad auf. Bei der Teilung des Untersuchungszeitraumes zeigte sich zwischen 1991 und 2000 länderübergreifend eine höhere Instabilität der Wahlsysteme als im zweiten Teilzeitraum von 2001 bis 2010. Auffallend instabil waren die Wahlsysteme von Kroatien und Serbien in den Jahren nach dem Systemwechsel (1991 bis 2000).

Einflüsse auf Stabilität und Wandel von Wahlsystemen

Im Hinblick auf die Untersuchungshypothesen zur Wahlsystemstabilität in den fünf Staaten sind folgende Erkenntnisse gewonnen worden.

(1) Es konnte gezeigt werden, dass die Stabilität von Wahlsystemen in den Ländern höher ist, in denen als Vorgründungswahlsystem ein Verhältniswahlsystem zur Anwendung kam. Insbesondere beim Blick auf die ersten zehn Jahre nach Einführung des demokratischen Wahlsystems 1990 zeigte sich, dass Mehrheitswahlsysteme bei den Vorgründungswahlen in der Folgezeit eher zu instabilen und Verhältniswahlsysteme bei den Vorgründungswahlen eher zu stabilen Wahlsystemen führten. Mehrheitswahlsysteme schienen somit nach 1990 in der Tat unter einem Veränderungsdruck gestanden zu haben. Anscheinend haben die meisten Parteien in einem Verhältniswahlsystem größere Chancen gesehen, Parlamentssitze zu gewinnen, bildeten daher entsprechende institutionelle Präferenzen heraus und setzten diese um. Beispielhaft stehen dafür die Entwicklungen in Kroatien, Serbien sowie Mazedonien. Dieses Ergebnis entspricht den Erwartungen der hergeleiteten Arbeitshypothese. Mit Nohlen kann abschließend festgehalten werden:

> „Der Trend weg von der absoluten Mehrheitswahl hin zu Verhältniswahlsystemen bzw. kombinierten Wahlsystemen setzte sich nach der Gründungswahl fort: Nur das autoritär regierte Weißrussland […] blieb davon ausgenommen“[35].

[35] Nohlen (2007), S. 233.

(2) Vor dem Hintergrund der Annahme, dass politische Akteure einen Einfluss auf die Gestaltung von Institutionen haben, wurden in einem zweiten Schritt spezifische Akteurskonstellationen in den jeweiligen Parlamenten auf ihren Zusammenhang mit der Stabilität der Wahlsysteme untersucht. Hierbei standen zum einen die Anzahl der Regierungswechsel und zum anderen die durchschnittliche Anzahl der Regierungsparteien im Fokus der Untersuchung. Die von Katz geäußerte Annahme, dass eine siegreiche Partei oder Parteienkoalition nach ihrem Machtantritt durchaus ein Interesse hat, das Wahlsystem ihres Wahlsieges umzugestalten,[36] war hierbei der Ausgangspunkt. Viele Regierungswechsel müssten demnach zu einem instabilen Wahlsystem führen. Die empirischen Befunde im Rahmen der vergleichenden Darstellung konnten jedoch nicht zeigen, dass eine höhere Anzahl von Regierungswechseln zu einem instabilen Wahlsystem führt. Allerdings wurden bei der Einzeluntersuchung Hinweise dafür gefunden, dass der Wahlsystemwechsel 2002 in Mazedonien und die Wahlsystemreform 2000 in Slowenien mit den vorhergehenden Regierungswechseln in Zusammenhang stehen könnten. Im Falle Serbiens führten Regierungswechsel hingegen eher zu einem stabileren Wahlsystem.

(3) Die zweite Hypothese, die einen Zusammenhang zwischen der Akteurskonstellation und der Wahlsystemstabilität formulierte, stellte sich als robuster heraus. Auf Grundlage des Vetospieler-Modells von Tsebelis[37] wurde vermutet, dass eine höhere Anzahl von Regierungsparteien zu einem stabileren Wahlsystem führt. Diese Annahme konnte für den gesamten Untersuchungszeitraum wie auch für die einzelnen Teilzeiträume bestätigt werden, allerdings unter der Einschränkung der Nichtberücksichtigung Montenegros, das scheinbar einen Sonderfall darstellt (z. B. keinen Regierungswechsel in 20 Jahren).[38] Die Erklärungskraft des Vetospieler-Modells wird auch durch die Einzelbetrachtungen der Länder gestützt. So ist die Instabilität des kroatischen Wahlsystems in den 1990er Jahren maßgeblich durch die Einparteienregierungen der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (*Hrvatska Demokratska Zajednica*, HDZ) zustande gekommen, die „durch parteiische Gestaltung der institutionellen Elemente des Wahlsystems ihre Gewinnchancen in den Wahlen“[39] erhöhte. Auch in Serbien war die geringe Anzahl der Regierungsparteien entscheidend für mehrfachen Wahlsystemwandel und die daraus resultierende Instabilität des serbischen Wahlsystems.

(4) Die Wahlsystemgesetzgebungen sind in den untersuchten Staaten durch gesetzliche und im Falle Sloweniens seit 2000 durch verfassungsrechtliche Bestimmungen geschützt. In diesen Bestimmungen ist festgelegt, welche parlamentarischen Mehrheiten für eine Änderung der Wahlsystemgesetzgebung nötig sind. In den Untersuchungsstaaten liegen

---

[36] Vgl. Katz, Richard S. (2005): Why are There so Many (or so few) Electoral Reforms? In: Michael Gallagher; Paul Mitchell (Hg.): The Politics of Electoral Systems. Oxford: Oxford University Press, S. 57–76.

[37] Tsebelis, George (2002): Veto Players: How Political Institutions Work. Princeton: Princeton University Press, S 12 ff.

[38] Die aus dem Bund der Kommunisten Montenegros hervorgegangene Demokratische Partei der Sozialisten Montenegros (*Demokratska Partija Socijalista Crne Gore,* DPS) errang in allen sieben Wahlen die Mehrheit und regierte bis 1998 allein. Ab 1997 führten innerparteiliche Machtkämpfe zwischen dem Milošević-treuen Flügel der Partei unter Bulatović und seinem Herausforderer Đukanović, der eine stärkere politische Distanz zu Serbien anstrebte, zur Spaltung der Partei. Bulatović gründete daraufhin die Sozialistische Volkspartei Montenegros (*Socijalistička Narodna Partija Crne Gore,* SNP), was jedoch an der Vormachtstellung der DPS bis heute wenig geändert hat.

[39] Zakošek, Nenad; Maršić, Tomislav (2010): Das politische System Kroatiens. In: Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 800.

diese bei einer absoluten Mehrheit oder einer 2/3-Mehrheit aller Parlamentarier. Im Rahmen der empirischen Untersuchungen konnte gezeigt werden, dass hohe parlamentarische Mehrheitsquoren meist zu stabilen Wahlsystemen führen. In Slowenien und Montenegro, deren Wahlsysteme im gesamten Untersuchungszeitraum als stabil klassifiziert werden konnten, wird eine parlamentarische 2/3-Mehrheit für die Veränderung des Wahlsystems benötigt. Demgegenüber stellte die gesetzlich vorgeschriebene absolute Mehrheit für Wahlsystemänderungen in Serbien und Kroatien keine Hürde für die herrschende Partei(enkoalition) dar, die Wahlsysteme zu wechseln oder zu reformieren. Insbesondere im Zeitraum von 1991 bis 2000, einem Zeitraum hoher Wahlsysteminstabilität in den Untersuchungsländern, waren die stärker geschützten Wahlsysteme stets stabiler als weniger stark geschützte.

Wahlsystemfragen sind Machtfragen

Wie die Untersuchung zeigen konnte, ist die Stabilität von Wahlsystemen von verschiedenen Faktoren abhängig. Der von Cortell/Peterson postulierte Zusammenhang mit der Ausgangssituation, den Akteurskonstellationen und den institutionellen Verfahrenshürden[40] scheint somit für eine Analyse der Wahlsystementwicklung fruchtbar zu sein.

Die grundsätzliche Annahme, dass Wahlsysteme bewusst durch politische Akteure auf Grundlage eigenwohlorientierter Präferenzen verändert werden, hat sich in der Untersuchung als plausibel erwiesen. Politische Akteure orientieren sich demnach nicht bzw. selten an funktionalen Prämissen des Allgemeinwohls, sondern versuchen eine Sitzmaximierung der eigenen Partei im Parlament herbeizuführen. Repräsentativ für ein solches Verhalten der Akteure war die Wahlsystementwicklung in Serbien und Kroatien, die nachweislich durch *office-seeking*-Strategien der Akteure beeinflusst wurde. Die Aussage von Harfst, „Wahlsystemfragen sind Machtfragen“[41], scheint sich hier zu bestätigen. Die Kritik an den osteuropäischen Wahlsystemen, die sich des *poorly-designed*-Arguments bedient, verkennt die dargestellten Entstehungsbedingungen der osteuropäischen Wahlsysteme und den Einfluss politischer Akteure. Diese sind eben nicht „am Reißbrett des Politikwissenschaftlers“[42] entstanden, sondern entscheidend von machtpolitischen Präferenzen der politischen Akteure beeinflusst worden.

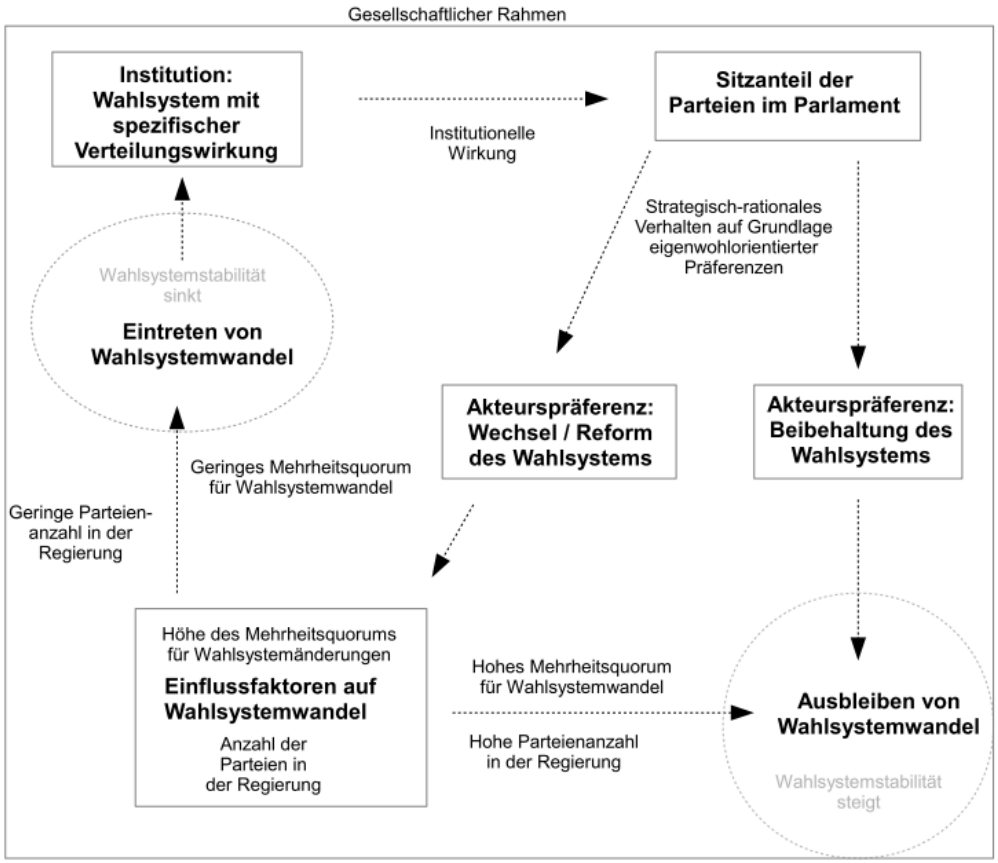
> „Institutionenpolitik bricht sich an Machtverhältnissen und Interessenlagen, erfolgt zumeist ad hoc über Kompromiß und Gelegenheit.“[43]

Abschließend sollen die Erkenntnisse des vorliegenden Aufsatzes als Grundlage für weitere Forschungen zu Stabilität und Wandel von Wahlsystemen im postsozialistischen Raum nutzbar gemacht werden. Hierfür wird ein Analyseraster entworfen, welches den Prozess des *institutional engineering* graphisch darstellt. Integriert wurden hier neben der

[40] Cortell; Peterson, S. 177-203.
[41] Harfst, S. 19.
[42] Nohlen (2007), S. 466; Krennerich, Michael; Lauga, Martin (1996): Reißbrett versus Politik. Anmerkung zur internationalen Debatte um Wahlsysteme und Wahlsystemreformen. In: Rolf Hanisch (Hg.): Demokratieexport in die Länder des Südens? Hamburg: Deutsches Übersee Institut, S. 515–536.
[43] Lepsius, Rainer (1990): Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen: Leske und Budrich, S. 8.

Annahme, dass sich politische Akteure strategisch und eigenwohlorientiert verhalten auch zwei Einflussfaktoren, die sich im Rahmen der Untersuchung als erklärungskräftig herausgestellt haben: die Anzahl der Regierungsparteien (Vetospieler) in der Regierung und die Höhe des parlamentarischen Mehrheitsquorums für Wahlsystemwandel.

Abbildung 2: **Analyseraster des Wahlsystemwandels**



Quelle: Eigene Darstellung

Mit Hilfe des Analyserasters ist es möglich, den Prozess des Wahlsystemwandels systematisch nachzuvollziehen und auf andere Länder anzuwenden. Es stellt den Akt des Wahlsystemwandels als einen Prozess dar, bei dem strategisch handelnde, am Eigenwohl orientierte Akteure durch unterschiedliche Einflussfaktoren bei der Durchsetzung ihrer Wahlsystempräferenz eingeschränkt werden. Das Ergebnis eines solchen Prozesses führt bei der erfolgreichen Durchführung eines Wahlsystemwandels zu einem veränderten Wahlsystem, welches wiederum die Akteure in ihrem Handeln und Denken beeinflusst und somit die Ausgangssituation für den nächsten Prozess darstellt. Eingebettet ist der Prozess des Wahlsystemwandels zudem in einen spezifischen gesellschaftlichen Kontext, dessen Änderung auch die Verteilungswirkung von Wahlsystemen sowie die Präferenzstrukturen der Akteure beeinflussen kann. Einschränkend ist zu erwähnen, dass das Analysewerkzeug auf Grundlage der Wahlsystemuntersuchungen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens entwickelt worden ist und daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Der komparative Charakter der Untersuchung lässt eine Übertragung der Erkenntnisse auf weitere Länder jedoch durchaus möglich erscheinen.

Zu den Erkenntnissen der Untersuchung gehört auch eine Reihe von Schwierigkeiten, die bei der Auseinandersetzung mit Stabilität und Wandel von Wahlsystemen aufgetreten sind. Die zentrale Schwierigkeit stellt das Untersuchungsobjekt, das Wahlsystem an sich, dar. Es steht insbesondere mit dem Parteiensystem in permanenter Wechselwirkung, wobei die exakten Wirkungszusammenhänge auch in der Fachliteratur umstritten sind. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu verorten, ob das Wahlsystem eher als abhängige oder eher als unabhängige Variable zu betrachten ist.

> „In der Regel wird man im komplexen Beziehungsgeflecht von Gesellschaft, Wahlsystem und Parteiensystem nicht davon ausgehen können, diesen Faktoren sei eindeutig die Rolle von unabhängigen oder abhängigen Variablen zuzuweisen möglich."[44]

Dieser Aufsatz und insbesondere die Entwicklung eines Analysewerkzeugs konnten Grotz' pessimistischen Ausblick auf eine Theorie der postsozialistischen Wahlsystementwicklung[45] etwas aufhellen. Die vorliegende Untersuchung konnte durch die Analyse von Ausgangsbedingungen, Akteurskonstellationen und institutionellen Verfahrenshürden und deren Zusammenhang mit Stabilität und Wandel von Wahlsystemen durchaus gewisse länderübergreifende Muster und Einflussfaktoren identifizieren. Das vorgestellte Analyseraster basiert auf diesen Erkenntnissen und stellt damit ein erstes Analysewerkzeug für weitere Untersuchungen der Wahlsystementwicklung des postsozialistischen Raumes dar. Dennoch, und hier muss Grotz Recht gegeben werden, ist die Entwicklung in den osteuropäischen Staaten auch durch eine Vielzahl fallspezifischer Variablen (z.B. Allparteienregierungen) gekennzeichnet. Mehrländeranalysen sollten somit idealerweise durch Einzelfallstudien ergänzt werden, um Fehlschlüsse zu vermeiden.

[44] Nohlen (2007), S. 463.
[45] Grotz, S. 39.

Literatur

Benoit, Kenneth (2004): Models of Electoral System Change. In: Electoral Studies 23(3), S. 363–389.

Birch, Sarah u. a. (2002): Embodying Democracy. Electoral Systems Design in Post-Communist Europe. Basingstoke: Palgrave-Macmillan.

Cortell, Andrew; Peterson, Susan (1999): Altered States. Explaining Domestic Institutional Change. In: British Journal of Political Science 29 (1), S. 177–203.

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven: Yale University Press.

Fuchs, Dieter (1999): Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. In: Jürgen Friedrichs, Jürgen; Wolfgang Jagodzinski (Hg.): Soziale Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 147–178.

Goodin, Robert E. (1996): Institutions and their Design. In: Goodin, Robert E. (Hg.): The Theory of Institutional Design. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–53.

Grotz, Florian (2005): Die Entwicklung kompetitiver Wahlsysteme in Mittel- und Osteuropa. Postsozialistische Entstehungsbedingungen und fallspezifische Reformkontexte. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. S. 27–42.

Harfst, Philipp (2007): Wahlsysteme in Mittelosteuropa. Strategisches Design einer politischen Institution. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ismayr, Wolfgang (2010) (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Katz, Richard S. (2005): Why are There so Many (or so few) Elecoral Reforms? In: Michael Gallagher; Paul Mitchell (Hg.): The Politics of Electoral Systems. Oxford: Oxford University Press, S. 57–76.

Krennerich, Michael; Lauga, Martin (1996): Reißbrett versus Politik. Anmerkung zur internationalen Debatte um Wahlsysteme und Wahlsystemreformen. In: Rolf Hanisch (Hg.): Demokratieexport in die Länder des Südens? Hamburg: Deutsches Übersee Institut, S. 515–536.

Lepsius, Rainer (1990): Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen: Leske und Budrich.

Lijphart, Arend (1994): Electoral Systems and Party Systems. Oxford: Oxford University Press.

Nohlen, Dieter (2007): Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. Opladen: Barbara Budrich Verlag.

Nohlen, Dieter; Kasapovic, Mirjana (1996): Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa. Genese, Auswirkung und Reform politischer Institutionen. Opladen: Leske und Budrich.

Nohlen, Dieter (1984): Changes and Choices in Electoral Systems. In: Choosing an Electoral System: Issues and Alternatives. New York: Praeger Publishers, S. 217–224

North, Douglass C. (1990): Institutions, Institutional change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge University Press.

Organization for Security and Co-operation in Europe; Office for Democratic Institutions and Human Rights (Hg.): Elections. Online verfügbar unter http://www.osce.org/odihr/elections, letzter Zugriff am 17.11.2012.

Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.

Schmalz-Bruns, Rainer (1990): Neo-Institutionalismus. In: Thomas Ellwein u. a. (Hg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft (Bd. 4). Baden-Baden: Nomos, 315–337.

Schumpeter, Joseph A. (1947): Capitalism, Socialism, and Democracy. London: George Allen & Unwin.

Tsebelis, George (2002): Veto Players: How Political Institutions Work. Princeton: Princeton University Press.

Tsebelis, George (1990): Nested Games Rational Choice in Comparative Politics. Berkley: California University Press.

Zakošek, Nenad; Maršić, Tomislav (2010): Das politische System Kroatiens. In: Wolfgang Ismayr, (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 773–836.

Tilmann Feltes

Jugend und Demokratie

Die Förderung der Partizipation Jugendlicher durch die internationale Gemeinschaft im Kosovo

Abstract

Kosovo is a good example of results and failures in the attempt to promote democratisation of a country by financial and personnel development assistance. From 1999 to 2008 the region was an UN-protectorate and democracy promotion was nearly an exclusive affair of the international community. Even today, 4 years after the self-declaration of independence and the acquisition of full sovereignty in September 2012, the influence of the international community is still tremendous. With regard to the democratic development of the country many hopes rest on the young generation, which – partly as a post-war generation – count for more than half of the population. The following article is based on expert interviews, which the author carried out in 2011 in Kosovo and examines to what extent the general critique on the activities of the international community also applies to the area of the advancement of possibilities for political participation by the young generation. The article further evaluates whether and how the activities of the international organisations and institutions are co-ordinated and which role the collaboration with the local organisations plays.

Feltes, Tilmann (2012): Jugend und Demokratie. Die Förderung der Partizipation Jugendlicher durch die internationale Gemeinschaft im Kosovo. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 45–57.

Das Experiment Kosovo und die Rolle von Jugendlichen

In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Studien mit dem Kosovokonflikt und seinen Folgen, der Zukunft des Landes und der internationalen Präsenz dort beschäftigt (so z.B. Daxner 2010; IEP 2007; Narten 2009a; Zürcher 2011). Dabei wurde oftmals dem Land und den internationalen Aktivitäten mehr Aufmerksamkeit zuteil als den Menschen selbst und den Veränderungen, die diese in den vergangenen Jahrzehnten durchlebten. Während die Medien politischen Prozessen und deren Akteuren große Aufmerksamkeit widmeten, wurden Studien und Analysen über die Menschen und deren Teilnahme am Demokratisierungsprozess[1] – so sie denn durchgeführt wurden – oftmals übergangen bzw. nicht zur Kenntnis genommen (vgl. Fridmann 2009: 2). Trotz des jahrzehntelangen und relativ erfolgreichen Experiments einer „Demokratie im Untergrund" während der Zeiten der Unterdrückung durch das Milošević-Regime in Serbien, setzten die UN-Übergangsverwaltung (UNMIK) und die weiteren internationalen Organisationen nach dem Krieg 1998/1999 auf den Aufbau komplett neuer politischer, administrativer und gesellschaftlicher Strukturen.

Das Engagement der internationalen Gemeinschaft im Kosovo wird nach mittlerweile mehr als zehn Jahren zunehmend kritisch beurteilt. Die internationale Gemeinschaft sei, so Džihić und Kramer (2008: 12), „weit hinter ihren ambitionierten Zielen zurückgeblieben, und das zu enorm hohen Kosten". Hierbei wird der „extrem unrealistische und zutiefst unhistorische Ansatz" der internationalen Gemeinschaft kritisiert sowie der naive Glaube an einen problemlosen „Demokratieaufbau". Auch King und Mason hatten 2006 die

[1] Auf den Aspekt der „Demokratisierung" durch die internationale Gemeinschaft wird im weiteren Verlauf des Artikels eingegangen. Es handelt sich dabei um den Versuch, mit diversen Programmen und Projekten zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken und Jugendliche stärker als bisher am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

internationale Präsenz im Kosovo kritisiert, als Fehlschlag bezeichnet (Untertitel ihres Buches: *„How the World Failed Kosovo"*) und die gemachten Fehler detailliert aufgelistet (King/Mason 2006: 240ff.). Auch wurde dabei immer wieder betont, dass die Jugend[2] im Kosovo eine entscheidende Rolle spielt bzw. in Zukunft spielen wird. So sind 50% der Bevölkerung jünger als 25 Jahre (World Bank 2011: 9) und die Jugendarbeitslosigkeit beträgt über 70% (European Commission 2010: 24). Während viele in der steigenden Zahl Jugendlicher eine treibende Kraft für den Entwicklungsprozess des Kosovo sehen, warnen andere hingegen vor einem „demografischen Desaster", sollten die Belange der Jugendlichen nicht verstärkt beachtet werden. Auch der Weltentwicklungsbericht der Weltbank für das Jahr 2007 (World Bank 2006) thematisierte die Problematik der Partizipation junger Menschen und forderte, den Jugendlichen mehr Möglichkeiten einzuräumen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Geschehe dies nicht, so könnte die daraus resultierende Frustration zu einer Abkehr von der Gesellschaft führen und in Gewaltbereitschaft umschlagen: Laut Imbusch (2010: 20) ist Gewalt aufgrund der hohen ökonomischen und sozialen Kosten, die sie verursacht, als eine der größten Entwicklungshemmnisse einzustufen. Ein solcher Prozess könnte mittel- bis langfristig zur gesellschaftlichen Destabilisierung des Landes führen.

Zwar gibt es eine große Zahl theoretischer Abhandlungen zur Demokratisierung von und in Nachkriegsregionen bzw. den sogenannten „Ländern im Umbruch". Jedoch gibt es wenige empirische Studien, die sich damit auseinandersetzen, wie eine Nachkriegsgesellschaft nicht nur nachhaltigen Frieden erlangen kann, sondern auch einen solchen, der von Demokratie begleitet wird. Der Großteil an Literatur im Bereich des sogenannten *„Peacebuilding"* beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Übergang vom (Bürger-) Krieg zum Frieden und der Frage, wie dieser Frieden gesichert werden kann. Ob dieser Frieden von demokratischen Strukturen begleitet wird, ist üblicherweise nicht Gegenstand dieser Arbeiten (vgl. Zürcher/Röhner/Riese 2009: 1). Während viele die Mängel der UNMIK-Interimsverwaltung während der ersten Jahre nach Kriegsende betonten (so z.B. Gardner 2008, King/Mason 2006, Narten 2007), beschäftigen sich die meisten späteren Arbeiten mit der ungeklärten Statusfrage, dem Umgang mit Minderheiten oder mit dem Dezentralisierungsprozess (so z.B. Downes 2006, Lakhani 2006, Tansey 2007). Nur sehr wenige Studien gehen auf die Umsetzung der Demokratisierungsprozesse oder auf die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger in Form von organisierten politischen Beteiligungsmöglichkeiten (Foren, Zusammenschlüsse, Räte) abseits von Wahlen ein. Hier setzt der vorliegende Beitrag an und geht dabei der Frage nach, ob die generelle Kritik, die an der internationalen Gemeinschaft geäußert wurde, auch für den Bereich der Förderung der Partizipationsmöglichkeiten der Jugendlichen zutrifft. Zudem wird untersucht, ob und wie die Aktivitäten der internationalen Organisationen und Institutionen koordiniert werden und welche Rolle dabei die (Zusammenarbeit mit den) lokalen Organisationen spielt.

[2] Hier wird die gängige UN-Definition übernommen, die „die Jugend" als Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren definiert.

Methodik

Der Aufsatz basiert auf Dokumenten und Materialien, die der Verfasser während eines vorbereitenden Besuches im Kosovo im März 2011 sowie eines Forschungsaufenthaltes ab Juni 2011 gesammelt und anschließend ausgewertet hat. Neben einer nicht-repräsentativen, standardisierten Befragung von Studierenden in Priština wurden lokale oder internationale Experten zur Thematik der Beteiligung Jugendlicher im Kosovo interviewt. Hierzu gehörten Vertreter der internationalen Gemeinschaft (OSCE, UNICEF, UNDP, UNFPA), Experten von internationalen Stiftungen und Organisationen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Terre des Hommes, Mercy Corps, GIZ), Vertreter des Ministeriums für Jugend, Kultur und Sport (u.a. Direktor des *Departement of Youth* sowie CIM-GIZ-Integrated Expert), Wissenschaftler von nationalen sowie internationalen Forschungsinstituten (KIPRED, KPP, ISPE), Vertreter des *„Kosovo Youth Action Council"*, des *„Kosovo Youth Network"*, der lokalen *„Youth Action Councils"*, der Bewegung *„Vetëvendosje!"*[3] sowie Wissenschaftler_nnen und Journalist_nnen.

Die Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher im Kosovo

Besteht bei vielen Entwicklungsländern außerhalb Europas die dringlichste Aufgabe darin, jungen Heranwachsenden eine zufriedenstellende Grundbildung im Primär- und Sekundärbereich zu vermitteln, so ist bei Ländern mit mittleren bis schwachen Einkommen wie den Ländern Osteuropas, dieser Bildungsbereich zumeist für die Masse der Jugendlichen ausgebaut. Diese Länder stehen vor der Herausforderung, das tertiäre Bildungssystem zu entwickeln und Jugendliche am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen und diese zu integrieren. Ein solcher Integrationsprozess vollzieht sich derzeit im Kosovo. Nach der Gründung des kosovarischen „Ministeriums für Jugend, Kultur und Sport" (MCYS) erarbeitete dessen *„Departement of Youth"* (DoY), mit beratender Unterstützung durch die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), eine nationale Jugendstrategie. Im Jahr 2009 wurden schließlich ein Jugendgesetz (*„Law on Youth Empowerment and Participation"*), eine Kosovo-Jugendstrategie sowie ein Jugendaktionsplan (*„Kosovo Youth Strategy and Action Plan"*) für die Jahre 2010-2012 vom Parlament verabschiedet. Diese strategischen Dokumente sollen den kosovarischen Jugendlichen erstmals formale Beteiligungsmöglichkeiten und Förderung, auch auf lokaler Ebene, zusichern. Das gemeinsame Ziel des Gesetzes und des Aktionsplans ist es, die kosovarische Jugend näher an europäische Standards in der Jugendpartizipation heranzuführen. Hierzu wird im Jugendaktionsplan festgehalten, „(...) *that Kosovo youth are also youth of Europe; therefore, they need to aspire to have equal rights as elsewhere in Europe*" (*Kosovo Youth Strategy and Action Plan*: 9).

Tatsächlich scheinen diese Bemühungen einen gewissen Erfolg zu haben: In der durchgeführten Studierendenbefragung gaben 83% an, dass sie das Gefühl haben, dass sich Jugendliche, wenn sie dies wollen, heute politisch oder gesellschaftlich besser engagieren können als dies vor dem Krieg der Fall war. Im Gegensatz zu Bildung, Wirtschaft und Energie hat das Thema Jugend jedoch keine Priorität in der Regierung. Dies wird am extrem unterdurchschnittlichen Budget des Ministeriums sowie an den geringen Kapazitäten des

[3] Albanisch für „Selbstbestimmung".

Department of Youth deutlich. So arbeiteten hier zur Zeit der Recherche insgesamt nur acht Fachkräfte, drei weitere Hilfskräfte sowie ein „GIZ/CIM-*Integrated-Expert*".

Jugend-NGOs und das „Kosovo Youth Network"

Viele Studien (so z.B. Howard 2003; Rose 2001) belegen, dass das zivilgesellschaftliche Engagement in den postsozialistischen Ländern Osteuropas im Vergleich zu anderen Ländern nur sehr schwach ausgeprägt ist. So gab es im sozialistischen Jugoslawien auch nur wenige unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen, was jedoch nicht zuletzt damit zusammenhing, dass der Begriff Zivilgesellschaft bis in die späten 1980er Jahre kaum eine nennenswerte Rolle spielte, war doch das „gesellschaftliches Engagement" größtenteils auf die Strukturen der sogenannten „gesellschaftlich-politischen Organisationen" (Sozialistischer Bund des werktätigen Volkes, Bund der sozialistischen Jugend etc.) beschränkt. Erste Organisationen, die demokratische Veränderungen im Sinne einer liberalen Demokratie bewirken wollten, entstanden erst kurz vor dem jugoslawischen Staatszerfall. Die ersten NGO-Gründungen im Kosovo gab es nach 1989, als das kosovo-albanische Parallelsystem[4] aufgebaut wurde.

Nach dem Krieg gab es einen wahren NGO-Gründungsboom im Kosovo, der auf die zahlreichen finanziellen Zuschüsse diverser internationaler Organisationen zurückzuführen ist. So versuchten zunächst UNDP sowie später die GIZ eine Art von Jugendnetzwerk im Kosovo zu etablieren. Es wurde damit begonnen, verschiedene Jugendorganisationen ausfindig zu machen und finanziell zu unterstützen. Nach einem Jugendkongress im Jahr 2001 mit mehr als 100 Jugendorganisationen wurde das „*Kosovo Youth Network*" (KYN) gegründet. Die Aufgabe des KYN sollte sein, die Belange von Jugendlichen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und Jugendliche effektiv am Demokratisierungsprozess des Kosovo teilhaben zu lassen. Dieses Jugendnetzwerk stellte einen wichtigen Partner des Jugendministeriums und der internationalen „*steering group*" (zu der u.a. die GIZ gehörte) bei der Erstellung der ersten Version des Jugendgesetzes[5] sowie des Jugendaktionsplans in den Jahren 2003 bis 2005 dar. Als Problem hierbei galt, dass die meisten der teilnehmenden Jugendorganisationen selbst nur durch internationale Geberhilfe entstanden und ausschließlich von deren (finanzieller) Unterstützung lebten. Einige NGOs gründeten sich sogar nur, um sich auf ausgeschriebene Projektgelder zu bewerben, hohe Geldsummen einzukassieren und sich dann wieder aufzulösen.[6] Da sich viele NGOs untereinander als Konkurrenten ansahen, gab es auch keine andauernden Kooperationen untereinander. Das

[4] Im Jahr 1989 wurden die bis dahin bestehende Autonomie der Provinz Kosovo durch das serbische Parlament aufgehoben und den meisten Kosovo-Albanern war es nicht mehr gestattet, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Sie waren von Schulen und Universitäten, von der öffentlichen Verwaltung, der Polizei, der Justiz und dem Gesundheitswesen ausgeschlossen. Als Reaktion darauf organisierten die Kosovaren ein eigenes Parallelsystem im Untergrund. Unterrichtet wurde z.B. in Privathäusern in albanischer Sprache. Bei gesundheitlichen Problemen wurde Hilfe bei kosovo-albanischen Freunden oder Bekannten gesucht. Konflikte wurden untereinander und ohne Einbezug von Polizei oder Justiz geregelt (vgl. Leutloff/Pichl 2000). Dadurch entwickelte sich ein enges System der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, das wiederum für starke Abhängigkeiten untereinander sorgte. Hierbei spielten die seit Jahrhunderten existierenden Clan-Strukturen eine wichtige Rolle.

[5] Diese erste Version wurde im Jahr 2005 aufgrund fehlender Mehrheiten im Parlament jedoch noch nicht verabschiedet.

[6] Zu dieser Zeit soll vielen Jugend-NGOs mehr Geld zur Verfügung gestanden haben als den Kommunen selbst.

KYN kam im Jahr 2003 auf 150 aktive Mitgliedsorganisationen, dennoch war das Netzwerk nicht wirklich nachhaltig. Schließlich wurde es 2009 vom Jugendministerium für offiziell aufgelöst erklärt. Bis heute wird das KYN jedoch informell noch von einigen engagierten Jugendlichen weiter betrieben und im letzten Jahr wurde zudem ein neuer Präsident gewählt. Jedoch wird es seit der offiziellen Auflösung auf der politischen Bühne nicht mehr wahrgenommen. Ein Grund hierfür soll auch die zunehmende regierungskritische Haltung des Netzwerkes gewesen sein.

Nach Angaben des Jugendministeriums gab es 2011 rund 90 Jugend-NGOs mit insgesamt 450 Mitgliedern. Demnach besteht eine durchschnittliche Jugend-NGO aus 5 Mitgliedern, die zumeist alle über einen Universitätsabschluss bzw. den höchsten Schulabschluss verfügen. Das lässt darauf schließen, dass die meisten NGOs keine wirklich breite Basis haben. Derzeit gibt es im Kosovo insgesamt 4.200 registrierte NGOs. Damit spiegelt sich das wieder, was für die Arbeit der internationalen Gemeinschaft nach dem Krieg typisch war: Tausende von nationalen und internationalen NGOs strömten in den Kosovo, da es dort Hunderte von Millionen Euro Fördergelder für Aktivitäten in den unterschiedlichsten Bereichen gab.[7] Dieser NGO-Gründungsboom dürfte jedoch mittlerweile zu Ende sein, zumal internationale Gelder verstärkt in die staatlichen Institutionen anstatt in die Zivilgesellschaft wandern.

Viele zivilgesellschaftliche Jugendorganisationen im Kosovo arbeiten nicht nach einer bestimmten thematischen Ausrichtung, sondern orientieren sich am Markt bzw. an den verfügbaren Geldgebern und den jeweiligen „Finanzierungsmethoden" – ähnlich wie die meisten internationalen NGOs. Einige Experten sprechen hierbei von einer *„industry of themselves"*. Lokale NGOs agieren quasi als Dienstleistungsanbieter für internationale Förderer und führen international konzipierte Projekte kostengünstig für diese durch.[8] Von allen Jugend-NGOs sollen nur ca. 5% selbst von Kosovaren gegründet worden sein, die restlichen 95% wurden von internationalen Gebern gegründet.

Das *„Law on Youth Empowerment and Participation"* (YEP)

Mit Verabschiedung des Jugendgesetzes *„Law on Youth Empowerment and Participation"* im September 2009 wurde erstmals ein Gesetz zur politischen Beteiligung der Jugendlichen im Kosovo verabschiedet. Das Ziel dieses Gesetzes ist es, die Partizipation Jugendlicher im Rahmen der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft im (politischen) Entscheidungsprozess ohne Diskriminierung voranzutreiben und zu festigen, um so die

[7] Thomas Seibert, ein Mitarbeiter der Organisation *medico international*, schrieb dazu: „Die massiven Geldzuwendungen zerstören den Rest der noch während des Krieges lebendigen Institutionen der albanischen ‚Parallelgesellschaft', die so viele Jahre der Belgrader Diktatur widerstanden hatten. An deren Stelle treten jetzt finanziell potente und technisch perfekte ausländische NGOs – allein im gesundheitspolitischen Bereich sind es mittlerweile 300 Büros. Um deren Arbeit untereinander zu koordinieren, ist das Kosovo nicht nur in getrennte ‚Schutzzonen' der einzelnen Besatzungsmächte, sondern auch in sog. ‚Areas of Responsibility' (AOR) unterteilt worden, die jeweils unter Federführung einer NGO stehen. Gemäß einem von UNHCR aufgestellten Plan koordinieren diese Organisationen die Verteilung der Lebensmittel und Hilfsgüter, entweder in Eigenarbeit oder in Zusammenarbeit mit sog. ‚Private Volunteer Organisations' (PVOs). Die Arbeit in solchen Organisationen ist zur einzig sicheren Einkommensquelle vieler Kosovaren geworden – und nicht wenige der PVOs sind Unterorganisationen der UÇK" (Seibert 2001).

[8] So fällt bei der Untersuchung der Hauptsprache der Webseiten kosovarischer NGOs und kosovarischer Projekte auf, dass die Startseite oftmals auf Englisch ist, als ob diese eher für internationale Geber als für die kosovarische Bevölkerung konzipiert wäre.

Lebensqualität der Jugend und ihren sozialen Status zu verbessern. Dem Gesetz nach soll der nationale Jugendrat, der „*Kosovo Youth Action Council*" (KYAC), die repräsentative Vertretungsinstanz der kosovarischen Jugendorganisationen auf nationaler Ebene sein. Er wurde nach einigen Abstimmungsschwierigkeiten erst im Mai 2011 gegründet. Die politische Bedeutung des Jugendrates ist in Artikel 6, Absatz 1 des Jugendgesetzes geregelt, wonach die Regierung „in Einverständnis" mit dem Jugendrat zuständig für sämtliche Bereiche ist, die den Jugendsektor im Kosovo betreffen. Die Regierung verpflichtet sich, diesen nationalen Jugendrat bei allen betreffenden Fragen und Gesetzen zu „konsultieren". Dieses „Konsultieren" ist jedoch sehr vage gehalten. Nirgends finden sich Hinweise darauf, wie diese Zusammenarbeit konkret ablaufen soll und wie weit der Einfluss der Jugendräte wirklich geht. Außerdem stellt sich die Frage der Repräsentativität: Wem gegenüber sich der Jugendrat wiederum zu verantworten hat, wird in Artikel 9 allein damit beantwortet, dass darüber ein zukünftiges Gesetz entscheiden soll.

Weiterhin sollen in allen Gemeinden des Kosovos unabhängige lokale Jugendräte gegründet werden. In der Struktur sollen diese lokalen Jugendräte mit dem nationalen Jugendrat identisch sein und repräsentativ aus Vertretern von unabhängigen Jugendorganisationen sowie aus Jugendlichen, die keiner politischen Partei angehören, zusammengesetzt sein. Kurz nach der Verabschiedung des Jugendgesetzes wurde begleitend zu diesem der „*Kosovo Youth Strategy and Action Plan 2010-2012*" (KYSAP) mit einem Gesamtbudget von knapp 3,5 Millionen Euro verabschiedet. Hierbei sind durchschnittlich pro Jahr 220.000 Euro ausschließlich für den Bereich „Partizipation" eingeplant, wovon wiederum mit knapp der Hälfte der Mittel die Jugendräte (zentral und lokal) unterstützt werden sollen.[9] Laut Auskunft des Jugendministeriums werden 28% des Budgets von der internationalen Gemeinschaft getragen. Der 45-seitige Aktionsplan soll vor allem dazu dienen, die Inhalte des Jugendgesetzes (und hier vor allem die Errichtung von Jugendräten) umzusetzen und exemplarisch die Bedeutung einer nationalen Jugendpolitik zu unterstreichen. Bedenklich ist allerdings, dass die wenigsten Jugendlichen überhaupt Kenntnis von den Plänen besitzen. So haben laut der durchgeführten Studierendenbefragung nur 25%[10] jemals vom KYSAP gehört und nur 23% vom Jugendgesetz selbst. Doch selbst einige der interviewten Vertreter der internationalen Gemeinschaft scheinen den KYSAP nicht explizit zu kennen. Nach Meinung der heutigen Vertreter des KYN liegt diese Unkenntnis auch daran, dass sich die Jugendorganisationen im Kosovo nicht wirklich mit dem KYSAP identifizieren. In ihren Augen sei der KYSAP hauptsächlich eine von den Geldgebern gesteuerte Strategie, die mehr den Ansprüchen der internationalen Organisationen nachkommt als den Jugendlichen selbst.[11]

[9] Weitere Ausgaben sind für den Aufbau von Jugendzentren (insgesamt 135.000 €), die Einrichtung von *Youth Officer*-Stellen in den Gemeinden (insgesamt 45.000 €) sowie für den Aufbau einer landesweiten Austauschplattform für Jugend-NGOs (insgesamt 51.000 €) bestimmt.

[10] Die Ergebnisse decken sich in diesem Punkt mit den repräsentativen Ergebnissen einer ähnlichen Umfrage des *Kosovo Public Policy Centers* aus dem Vorjahr (KPP 2010: 17). Darin gaben 26% der befragten Jugendlichen an, den KYSAP zu kennen.

[11] Einer repräsentativen Umfrage des *Kosovo Public Policy Centers* zufolge wurden 12% der kosovo-albanischen Jugendlichen in diesen Entstehungsprozess mit einbezogen oder kennen jemanden der einbezogen wurde. Bei den serbischen Jugendlichen ist dies bei 7% der Befragten der Fall und bei allen weiteren Minderheiten nur bei 4% (KPP 2010: 19).

Der kosovarische Jugendaktionsplan ist ein vorbildliches und gut strukturiertes Dokument, das theoretisch durchaus mit europäischen Standards vergleichbar ist. Ursprünglich sollte der Jugendaktionsplan eine Art Basisdokument für alle später folgenden Jugendpläne darstellen. Aktuell sieht es aber eher danach aus, als wäre er vielmehr eine Ansammlung von Aktivitäten, die von jeweils sehr unterschiedlichen Akteuren, teilweise mit mangelnder Kooperation und Absprache, in Projektarbeit ausgeführt werden. Aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Kapazitäten kann das DoY nicht selbstständig für die Implementierung des Plans sorgen. Insgesamt sind in den letzten Jahren vor allem durch das Jugendgesetz und den Jugendaktionsplan theoretisch nahezu optimale Partizipationsmöglichkeiten für die Jugendlichen im Kosovo geschaffen worden. Vor allem das Jugendgesetz und die Einführung landesweiter Jugendräte gelten in der Region als vorbildlich. Diesen auf dem Papier vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten fehlt jedoch die Anbindung an die Jugendlichen vor Ort. Die Implementierung der vorbildlichen rechtlichen Möglichkeiten ist bislang das größte Problem. Bislang gibt es keine wirklich unabhängigen Jugendorganisationen, die nicht entweder von politischen Parteien oder von der internationalen Gemeinschaft gesteuert werden. Gerade in Anbetracht der jahrzehntelangen Fremdbestimmung und der starken Netzwerke im Kosovo braucht es wohl noch einige Zeit, bis sich die Jugendlichen ihrer Rolle und ihrer Aufgabe für eine demokratische Zukunft des Landes bewusst werden.

Die Förderung der Partizipation Jugendlicher durch die internationale Gemeinschaft

Die Tatsache, dass es auch über zehn Jahre nach Ende des Kosovo-Krieges und trotz massiver finanzieller Unterstützung immer noch nicht gelungen ist, einen eigenständigen, demokratischen Rechtsstaat aufzubauen, macht den Kosovo-Einsatz äußerst umstritten. In der vom Autor durchgeführten Befragung gab knapp die Hälfte aller Befragten (47%) an, dass ihre Hoffnungen, die sie in die internationale Gemeinschaft gesetzt hatten, nicht erfüllt wurden. Nur 26% gaben an, dass die internationale Gemeinschaft es geschafft hat, Grundlagen für ein demokratisches Kosovo zu schaffen. Entsprechend wurde von den meisten Interviewpartnern die fehlende Geberharmonisierung als ein großes Problem der internationalen Gemeinschaft erwähnt. Im Kosovo gibt es nach Aussage der OSZE zu viele Parallelstrukturen. Es würden zu viele Gelder in Projekte wandern, deren Nachhaltigkeit durch mangelnde Absprache und Koordinierung nicht gegeben sei. Um dieses Problem in Zukunft in den Griff zu bekommen, soll sich eine Unterarbeitsgruppe der Sektorgruppe *„Education and Employment“* des Jugendministeriums mit dem Bereich der Jugendpolitik auf unterster Ebene auseinandersetzen. Dabei soll das 2009 neu gegründete „Ministerium für EU-Integration“ in Zukunft mit einer *„Aid Management Platform“* für eine Geberharmonisierung zuständig sein. Die internationale Kooperation in diesem Gebiet mit dem Ministerium selbst wird jedoch als sehr schwierig und kompliziert beschrieben. Als Grund für den so wahrgenommenen unzureichenden Kooperationswillen im Ministerium wurde genannt, dass eine etwaige Geberkoordinierung von ministerieller Seite gar nicht gewünscht sein könnte, da in diesem Fall weniger Projekte und Geld zur Verfügung stehen würden. Zudem ist die Demokratisierungs- und Partizipationsförderung der internationalen Gemeinschaft deutlich hinter den Bereichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung

angesiedelt. Gerade vor dem Hintergrund einer EU-Perspektive des Kosovos wird vor allem von europäischen Organisationen und Gebern der Aufbau einer verlässlichen Zivilgesellschaft unterstützt. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund dieses Hintergrundes Projekte des *„EU Liaison Office"* oder der GIZ sich eher mit einer demokratischen, partizipativen Zivilgesellschaft auseinandersetzen als etwa die von USAID unterstützten Projekte, die verstärkt auf *„Entrepreneurship"* und Wirtschaftsförderung setzen. Diese Prioritätensetzung lässt sich auch in den Aussagen der befragten Studierenden wiederfinden. So gaben 40% an, die internationale Gemeinschaft habe nach dem Krieg genug getan, um die schulische und berufliche Ausbildung von jungen Menschen zu unterstützen. Jedoch gaben nur 23% an, dass die internationale Gemeinschaft genug getan habe, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich politisch oder gesellschaftlich zu beteiligen.

Die Gesetzgebung des Kosovo wurde als bedeutendes Beispiel für den ganzen Balkan angesehen (Olldashi-Berisha 2008: 99). Trotz weitreichender Erfolge der internationalen Gemeinschaft im Bereich der formellen Gesetzgebung blieben die praktische Umsetzung sowie die Ergebnisse in Bezug auf eine wirkliche Partizipation weit hinter den Erwartungen zurück. Dies kann zum einen dadurch erklärt werden, dass es bis vor kurzem noch kein nationales Rahmengesetz zur Förderung der Partizipation Jugendlicher gab. Zum anderen ist die Koordinierung innerhalb der internationalen Gemeinschaft unzureichend. Entgegen aller Ankündigungen und Versprechungen einer verbesserten Zusammenarbeit ist statt eines *„Interlockings"* vielmehr ein *„Interblocking"* zwischen den beteiligten nationalen und internationalen Institutionen festzustellen.

Nepotismus und das Clansystem

Ein großer Fehler der internationalen Gemeinschaft war, dass das im Land vorherrschende Clansystem und die sich daraus ergebende Patronage unterschätzt wurden. Vor allem bei den Kooperationspartnern im Ministerium oder im Umfeld der politischen Parteien übersieht man oft, dass es sich vor allem um persönliche Netzwerke im Umkreis politischer Schlüsselfiguren handelt, wobei die meisten dieser Netzwerke auf ehemaligen UÇK-Strukturen aufbauen. Bis heute sind die UÇK-Eliten von früher die ersten Ansprech- und Kooperationspartner der internationalen Gemeinschaft. Auch Studierende wiesen in Gruppengesprächen auf die besondere Rolle des Clansystems im Kosovo und die dadurch entstandenen Machtstrukturen hin.

Angesichts der spätestens mit der Machtübernahme Slobodan Miloševićs einsetzenden Delegitimierung jugoslawischer Institutionen sowie der Suspendierung des zuvor verfassungsrechtlich verankerten kosovarischen Autonomiestatus im Jahr 1989, kam es innerhalb der kosovarischen Bevölkerung zu einer schleichenden Renaissance informeller, seit Jahrhunderten in der kosovo-albanischen Kultur verwurzelter archaischer Traditionen. Sukzessiv verfestigte sich während dieser Zeit der Einfluss der Großfamilien und ihrer Führer. Damit wuchs die Dominanz des clanbasierten und auf den Grundprinzipien patriarchaler Altersautorität fußenden Herrschaftssystems im Kosovo. Die im traditionellen *„Kanun"* (vgl. Qerimi 2009) festgeschriebene clanbasierte Rechts- und Sozialordnung[12] kann

[12] Der *„Kanun"* regelt nicht nur die Sanktionierung bzw. Konfliktschlichtung nach Straftaten, sondern (vor allem) auch zivil- und familienrechtliche Probleme.

dabei als „Gesellschaftskitt begriffen werden, da es dem Kosovo bis heute an einem konsolidierten nationalen Fundament fehlt“. Hierzu schreibt Saskia Drude (2008: 12): „Die Kosovaren sind sehr viel mehr eingebunden; sie definieren sich über ihre Familie, ihre Traditionen und ihr Volk“. Auch die von mir geführten Interviews bestätigen diese Aussagen. Wie mir erklärt wurde, ist das, was die Kosovo-Albaner trägt, bis in die Gegenwart nicht das Vertrauen in den Staat, sondern die Solidarität innerhalb der ausgedehnten Verwandtschaft. Staatliche Organisationen wurden im Laufe der Jahrhunderte nur als aufgezwungene und unterdrückende Herrschaft erlebt. Jeder Verlass auf solche Strukturen, geschweige denn eine Identifikation mit ihnen, konnte zum Untergang führen. Durch die auch heute noch hohen Analphabetenraten wird dies noch verstärkt. Im Zweifel vertrauen die Menschen daher eher den alten und bewährten Strukturen und den gewachsenen Abhängigkeiten. Den neuen geschaffenen Gremien oder Institutionen wird dagegen weniger vertraut, zumal deren Korruption offensichtlich ist und wohl lang anhaltende negative Auswirkungen haben wird. Die internationalen Organisationen im Kosovo können meist aufgrund der Kurzfristigkeit ihrer Projekte nicht auf gesellschaftliche Strukturen und historische Bindungen eingehen. Die Programme und Projekte der internationalen Gemeinschaft wurden oft zu schnell aufgezogen und die lokale Gesellschaft oft nicht in dem Maße erreicht, dass deren Angebote auch angenommen wurden. Die kosovarische, patriarchalische Gesellschaft benötige, so wird argumentiert, mehr Zeit, um sich auf demokratische Umstellungsprozesse einzustellen und dies werde von der internationalen Gemeinschaft nicht berücksichtigt. Die kosovarischen Jugendlichen seien in den letzten zehn Jahren nicht an Entscheidungsprozessen beteiligt worden, jetzt würde alles viel zu schnell über sie hereinbrechen. Letztlich müsse ein nachhaltiger Demokratisierungsprozess in den Familien beginnen. Die internationale Gemeinschaft könne – so ein Teilnehmer der Studierendenbefragung – zwar die Regierung und die Politik beeinflussen, nicht aber die Gesellschaft.

Auch im Bereich der Jugendorganisationen lassen sich die Auswirkungen des Clan- und Patronagesystems erkennen. Jugendorganisationen werden oftmals von politischen Parteien geschickt unterwandert, wobei z. B. bestimmte Organisationen immer wieder zu entsprechenden *Hearings* etc. eingeladen werden und diese Stimmen dann als „Stimme der Jugend“ für die eigenen politischen Ziele ausgenutzt wird. Zwar kommen auf (partei-) politischem Wege viele junge Menschen schnell in hohe Positionen (bis hin in ein Ministeramt), dafür aber lässt ihre Unabhängigkeit oftmals zu wünschen übrig. Die politische Neigung vieler Jugendorganisationen lässt sich an der Verteilung der Gelder und Unterstützungsleistungen durch das DoY an bestimmte Organisationen erkennen. So kann man aktuell eine deutliche Präferenz von Jugendorganisationen erkennen, die der Partei des derzeitigen Jugendministers nahe stehen. Manche haben die Hoffnung, dass mit einigen neuen jungen Abgeordneten und Ministern – wie z.B. dem erst seit ein paar Monaten im Amt befindlichen 30jährigen Minister für Kultur, Jugend und Sport Memli Krasniqi –, die teilweise im europäischen und amerikanischen Ausland ausgebildet wurden, ein neuer Wind in das traditionelle, klientelistische System kommt. Der Einfluss und die Überwachung durch ein „Elitennetzwerk“ stellt ganz offensichtlich das größte Problem für die Jugendlichen dar, was auch von den befragten Jugendlichen selbst so gesehen und wahrgenommen wird. Ihrer Meinung nach sind die wichtigen Schlüsselpositionen in Politik und Gesellschaft von bestimmten Netzwerken besetzt, die sich nicht um die Belange der

Jugendlichen kümmern. Auch beschäftige sich die Politik auf Druck der internationalen Gemeinschaft mehr mit Problemen der Minderheiten sowie der Geschlechtergerechtigkeit als mit den Problemen der Jugendlichen. In der durchgeführten Befragung gaben die Studierenden an, dass es für ihre berufliche Karriere neben „guter Ausbildung" fast genauso wichtig sei, „gut vernetzt zu sein" sowie Beziehungen und Bekanntschaften zu haben.

Fazit

In ihren vergleichenden empirischen Fallstudien zu Ländern im Umbruch bescheinigten Zürcher und Narten dem Kosovo, dass die internationale Gemeinschaft generell mehr Interesse an Stabilität als an der Demokratie hat und dies sowohl in finanzieller als auch in inhaltlicher Hinsicht zu sehen sei (Zürcher 2011: 93 f.; Narten 2009b). Im Falle des Kosovos wird deutlich, dass Demokratisierungsprozesse oftmals die Voraussetzung für das Funktionieren von Ökonomie und Stabilität sind, was die internationale Gemeinschaft jedoch zu spät erkannt hat. So wiesen viele Interviewpartner darauf hin, dass das Jugendgesetz und der Jugendaktionsplan im Wesentlichen auf die internationale Gemeinschaft zurückgehen, die Implementierung vieler Projekte jedoch nur an der Oberfläche bleibt, und dass dabei nicht genügend auf die konkreten Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen wird. Oft würden nur *Blueprints* aus den Zentralen der internationalen Organisationen in Brüssel oder New York übernommen, während auf lokale Besonderheiten zu wenig eingegangen würde. Gerade in Bezug auf die Geschichte des Kosovos und der dortigen Zivilgesellschaft ist dies als ein großer Fehler der internationalen Gemeinschaft zu betrachten. Hier müsste versucht werden, die Organisation und Durchschlagskraft zivilgesellschaftlicher Jugendorganisationen durch Netzwerke und Allianzen zu verbessern sowie generell die Stellung Jugendlicher im politischen System zu stärken, indem z. B. das Kosovo unabhängige Jugendorganisationen direkt gefördert und politische Netzwerke möglichst umgangen werden.

Mehr als zehn Jahre nach der Übernahme der Region durch die internationale Gemeinschaft fehlt dieser „Demokratie aus der Schublade", wie man die Demokratisierungsbestrebungen der internationalen Gemeinschaft auch nennen könnte, nach wie vor der Unterbau in Form einer aktiven Zivilgesellschaft. Auch wenn in den letzten Jahren durch das Jugendgesetz und die Jugendräte einige Schritte in die richtige Richtung unternommen wurden, wird dieser „*soft sector*" bislang vernachlässigt. Es wird noch Jahre dauern, bis sich ein Umdenken und ein Umgewöhnen in der kosovarischen Jugend durchgesetzt haben. Demokratie braucht Zeit – vor allem hier im Kosovo, vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Auffassung von einer seit Jahrhunderten fremdbestimmten Vergangenheit und eines Bürgerkrieges, der in den Köpfen aller Kosovaren wohl sehr lange präsent bleiben wird. Gerade mit dem zunehmenden Rückzug internationaler Geber werden sich einige Rahmenbedingungen im Kosovo ändern, was auch positive Effekte zur Folge haben kann, sofern eine stärkere Kontrolle der verwendeten Mittel und eine wirkliche Evaluation der Ergebnisse und ihrer Nachhaltigkeit erfolgt. Insgesamt wurde durch die internationale Gemeinschaft bis heute eine Basis für demokratische Beteiligungsstrukturen der Jugend geschaffen. Aber allein das Vorhandensein solcher Strukturen ist kein ausreichender Indikator für einen selbsttragenden und nachhaltigen

Demokratisierungsprozess. Der größte Input muss indessen von den kosovarischen Jugendlichen selbst kommen. Internationale Akteure können in diesem Prozess nur unterstützend zur Seite stehen.

Neben der (abgeschlossenen) Bereitstellung der Partizipationsmöglichkeiten wird die intensivere und schwerere Aufgabe in Zukunft darin bestehen, diesen Raum mit Leben zu füllen, die Jugendlichen zu stärken und sie nach Jahrzehnten der Fremdbestimmung und eines im Bewusstsein verankerten traditionellen Patronagesystems dabei zu unterstützen, ihre Rolle in einem neuen demokratischen System ausfüllen zu können. Die internationale Gemeinschaft muss mehr als bisher auf die kosovarische Gesellschaft eingehen, um diese wirklich zu verstehen und zu unterstützen. Dabei ist, wie es sich auch in meinen Gesprächen gezeigt hat, die Bereitschaft und die Motivation der kosovarischen Jugendlichen, an der Gestaltung ihres Landes mitzuwirken, durchaus vorhanden. Auch generell wird die Zukunft von ihnen als positiv eingeschätzt: Zwei Drittel der befragten Jugendlichen sind der Meinung, dass das Kosovo in Zukunft ein besserer Platz zum Leben sein wird. Die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung scheinen also gegeben zu sein. Die Frage ist nur, ob sie auch von allen Beteiligten genutzt werden.

Literatur

Daxner, Michael (2010): Fifteen Years of Peace-building Activities in the Western Balkans: Lessons Learned and Current Challenges. In: Connections. The Quarterly Journal 9, S. 63–74.

Downes, Alexander D. (2006): More Border, Less Conflict? Partition as a Solution to Ethnic Civil Wars. In: SAIS Review 26 (1), S. 49–61.

Drude, Saskia (2008): Hundert Wochen Kosovo. Alltag in einem unfertigen Land. Aachen: Karin Fischer Verlag.

Džihić, Vedran; Kramer, Helmut (2008): Kosovo after Independence. Noble Aims, Dashed Hopes, and the Role of the International Community. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

European Commission (Hg.) (2010): Kosovo 2010. Progress Report. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/ks_rapport_2010_en.pdf, zuletzt geprüft am 07.08.2012.

Ernst, Andreas (2008): Kosovo. Divide et libera! – Vorschlag zu einem Tauschhandel in der Kosovo-Frage. In: Südosteuropa-Mitteilungen 2008 (4), S. 6–15.

Friedman, Orli (2009): Perspectives on Conflict. Structured and Unstructured Daily Encounters in Kosovo. Online verfügbar unter http://www.transconflict.com/10/wpcontent/uploads/2010/12/StructuredUnstructuredDailyEncountersKosovo_Fridman1.pdf, zuletzt geprüft am 16.06.2012.

Gardner, Anne-Marie (2008): Beyond standards before status: democratic governance and non-state actors. In: Review of International Studies 34, S. 531–552.

Howard, Marc Morjé (2003): The weakness of civil-society in post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Imbusch, Peter (2010): Jugendgewalt in Entwicklungsländern – Hintergründe und Erklärungsmuster. In: Imbusch, Peter (Hg.): Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–94.

Institut für Europäische Politik / IEP (2007): Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem Westlichen Balkan - intelligente/kreative Ansätze für eine langfristig positive Gestaltung dieser Region. VS-NfD eingestuft. Online verfügbar unter http://balkanforum.org/IEP-BND/iep0001.PDF, zuletzt geprüft am 10.07.2012.

King, Iain; Mason, Whit (2006): Peace at any price. How the world failed Kosovo. New York: Cornell University Press.

Kosovo Public Policy Center / KPP (Hg,) (2010): Support to Implementation of the Kosovo Youth Action Plan Project (SIKYAP). Youth Volunteerism in Kosovo. An Opportunity to Learn. Pristina: Pinguinstudio.

Kurti, Albin (2011): Kosova in Dependence. From Stability of Crisis to the Crisis of Stability. In: Journal of Intervention and Statebuilding 5 (1), S. 90–97.

Lakhani, Avnita (2006): Finding a Peaceful Path for Kosovo – A Track Two Approach. In: The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations 2006 (Summer/Fall), S. 27–41.

Leutloff, Carolin; Pichl, Elke (2000): The State of Education in Kosovo after the Cease-Fire in June 1999. In: Country Reports on Education. Yugoslavia. Online verfügbar unter: http://www.gewi.kfunigraz.ac/at/csbsc/country_reports_Education_Kosovo.htmf, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Martens, Michael (2010): Befreier, go home. Einst waren die ausländischen Helfer im Kosovo beliebt. Der Westen war ein Vorbild. Doch langsam wandelt sich die Stimmung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2010, S. 49.

Narten, Jens (2007): "In Need of Self-Reflection. Peacebuilding in Post-War Kosovo from a Systems-Analytical Perspective". In: The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations 1, S. 121–132.

Narten, Jens (2009a): External Democracy Promotion in Post-Conflict Zones: Evidence from Case Studies. Online verfügbar unter http://aix1.uottawa.ca/~czurcher/czurcher/Transitions_files/Final%20-Report%20Kosovo.pdf, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Narten, Jens (2009b): Assessing Kosovo´s Postwar Democratization. Between External Imposition and Local Self-Government. In: Taiwan Journal of Democracy 5 (1), S. 127–162.

Olldashi-Berisha, Juliana (2008): The Right to Education. The Case of Roma, Ashkali and Egyptians in Kosovo. Pristina.

Qerimi, Islam (2009): Die Institutionen der Rache und Blutrache bei den Albanern. Online verfügbar unter http://www.polizei-newsletter.de/documents/2009_Qerimi_Kanun.pdf, zuletzt geprüft am 12.08.2012.

Rose, Richard (2001): How People View Democracy: A Diverging Europe. In: Journal of Democracy 12 (1), S. 93–106.

Seibert, Thomas (2001): Hilfsorganisationen im Geflecht staatlicher Interessen. In: Wissenschaft & Frieden 2001 (3). Online verfügbar unter http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0118, zuletzt geprüft am 29.11.2012.

Tansey, Oisín (2007): Democratization without a State. Democratic Regime-building in Kosovo. In: Democratization 14 (1), S. 129–150.

Tucek, Wolfgang (2008): Die EU gibt dem Kosovo 500 Millionen. In: Wiener Zeitung, 11.7.2008, S. 13.

UNICEF (Hg.) (2010): Unleashing Chance. Voices of Kosovo´s Youth 2010. Pristina.

World Bank (Hg.) (2011): Consumption Poverty in the Republic of Kosovo in 2009. Online verfügbar unter http://esk.rks-gov.net/eng/index.php?option=com_docman&task=doc_details&gid=934&Itemid=-8, zuletzt geprüft am 07.06.2012.

World Bank (Hg.) (2006): World Development Report 2007. Development and the Next Generation. Washington D.C.

Zürcher, Christoph; Röhner, Nora; Riese, Sarah (2009): External Democracy Promotion in Post-Conflict Zones. A Comparative-Analytical Framework. In: Taiwan Journal of Democracy 5 (1), S. 1–26.

Zürcher, Christoph (2011): Building Democracy While Building Peace. In: Journal of Democracy 22 (1), S. 81–95.

Andreas Guidi

„Traditionen im Transit“

Deutung der lokalen Geschichte und Kategorisierungsprozesse am Beispiel von kulturpolitischen Institutionen im serbischen Sandžak

Abstract

From the occupation of the Sandžak of Novi Pazar by Serbian troops, precisely one hundred years ago during the First Balkan War, this territory has undergone rash changes as to the cultural-political references adopted by the elite in order to bolster the loyalty of the local Muslim population. This article questions the content and the dynamics of the discourses of the 20th century which made a complicated juxtaposition of symbols – especially by "inventing tradition" and establishing links with other world regions – become an "identity" postulated by local institutions, mainly opposing the authorities in Belgrade. The theoretical tools used through this research help underline the role of elites in "transition" times and their use of the imaginaire to re-define the criteria of "community" according to categories based on "cultural identity", though aiming at increasing loyalty for political purposes. Since new cultural-political actors have entered this arena in the recent years, it is worthy enquiring the process of interpretation of local history from this "national" perspective, revealing at the same time it's controversial and less fundated features. In doing this, three periods are dealt with: the interwar Kingdom of Yugoslavia, the SFRJ after 1945 and the turbulent 1990s: each of them is properly contextualised, nonetheless it is possible to find certain analogies in the"invention" of an appareantly coherent path towards full emancipation of the "Bošnjaks", still to be eked out. Lastly, this work describes the self-representation of newly founded cultural institutions such as the Faculty for Islamic Studies and the Turkish Cultural Centre. The main theses of the article points at the peculiar nature of the Sandžak as a transit-territory exposed to enormous exchange and mixture between human beings and their ideas where a "national movement" without an inner centre of gravity emerged. Thus, the actual "ideological" friction with Belgrade is read as an attempt to affirm the "openness" to external influence, especially with other countries historically and economically related with the Sandžak.

Guidi, Andreas (2012): „Traditionen im Transit“. Deutung der lokalen Geschichte und Kategorisierungsprozesse am Beispiel von kulturpolitischen Institutionen im serbischen Sandžak. In: Südosteuropäische Hefte 1 (1), S. 58–76.

Bei der Bevölkerung von Novi Pazar kann man, unabhängig vom jeweiligen Alter der Menschen, am selben Tag anhand von Bekleidung und Verhalten sehr unterschiedlichen Attitüden begegnen. Daneben besteht eine Reihe von Symbolen, die von der lokalen Sandžak-Flagge, der bosnisch-herzegowinischen, der serbischen, bis hin zur Fahne mit dem weißen Halbmond auf grünem Hintergrund und den Sternen der Europäischen Union reichen.

In dieser im Südwesten Serbiens gelegenen Stadt leben ca. 86 000 Einwohner_innen. Davon erklärten sich bei der Volkszählung von 2002 rund 17 600 als „Serben“ (22%) und 65 600 als „Bošnjaken“[1] (75%). Interessant ist zudem, dass „veraltete“ Optionen wie „Jugoslawe“ oder „Muslim“ weiterhin vertreten blieben, wie es übrigens auch in anderen Gegenden im postjugoslawischen Raum der Fall ist. Im Hinblick auf die Wirtschaft lässt sich neben enormen infrastrukturellen Unzulänglichkeiten eine zunehmende Bedeutung des Gebiets als Korridor für jede Art von Schmuggel und Handel gefälschter Waren aus der Türkei nach Westeuropa beobachten, da die Stadt an der Kreuzung der Strecken Istanbul-Sarajevo und Belgrad-Bar liegt. Schließlich ist Novi Pazar gleichzeitig die letzte Stadt vor der

[1] Republika Srbija. Republički zavod za statistiku (2003): Popis stanovništva, domaćinstava i stanova u 2002. Knj. 1. Stanovništvo. Nacionalna ili etnička pripadnost [Register der Bevölkerung, Haushalte und Wohnobjekte im Jahr 2002. Bd. 1. Bevölkerung. Nationale oder ethnische Angehörigkeit]. Beograd: Republički zavod za statistiku. S.131.

Grenze mit dem Kosovo (in Richtung Mitrovica), womit sie eine wesentliche Rolle in den Sicherheitskalkulationen der serbischen Regierung spielt.

Novi Pazar und seine Umgebung[2] bieten sich in Anbetracht dessen als höchst interessantes Gebiet für eine Fallstudie zur Deutung des vielfältigen, verwobenen kulturpolitischen Referenzennetzes, das sich dort im Laufe des 20. Jahrhunderts entfaltet hat. Ist es also möglich, eine persistente Dynamik bis zur heutigen Entwicklung zu erkennen? Um dieser Frage nachzugehen und diese Dynamik zu beschreiben, soll in erster Linie ein interner Schwerpunkt bzw. externer Orientierungspunkt für die Herstellung von Referenzen verortet werden, auf den sich die Entscheidungen der Bevölkerung in der Praxis berufen. Diese Studie soll beleuchten, woran sich ihre politische *Loyalität* durch „kulturelle“ Referenzen ausrichtet. Im Laufe der Argumentation werden ferner die von einer umstrittenen Interpretation der lokalen Vergangenheit inspirierten Identifikationsprozesse hervorgehoben und die Akteure dargestellt, welche diese Prozesse fördern.

Nur vereinzelte Forschungen haben sich bisher mit der Gesellschaft des Sandžak auseinandergesetzt.[3] Erst der Krieg in Bosnien-Herzegowina, der Konflikt im Kosovo und die Unabhängigkeit Montenegros – durch die zum ersten Mal seit 1912 eine staatliche Grenze durch das „historische“ Sandžak-Gebiet geschaffen wurde – ließen Wissenschaftler_innen der Frage nachgehen, ob eine weitere Episode der politischen Krisen im westlichen Balkan zu erwarten sei.[4] Im Bereich der anthropologischen Untersuchungen der Transformationsprozesse fällt der Sandžak oft in dieselbe Schublade mit Bosnien-Herzegowina, bleibt aber von Letzterem überschattet, wenn es um die Rolle des Islams oder das „Erbe“ des Osmanischen Reiches geht.[5]

Der erste Teil dieser Arbeit widmet sich einigen soziologischen Ansätzen, die sich nicht nur auf die Dekonstruktion von Begriffen wie „kulturelle Identität“ und „Gemeinschaft“ beschränken, sondern vielmehr alternative Deutungsmöglichkeiten für ein plastisches „Selbstverständnis“ als symbiotischen Austausch zwischen Autoritäten und von ihnen geschaffenen menschlichen Kategorien anbieten. Diese wurden von Menschen und Institutionen geschaffen, deren Geschichte im Zeitraum 1912-1993 den zweiten Teil der Analyse darstellt: Untersucht wird insbesondere die Rolle des Vereins „*Gajret*“ und des Stadtmuseums „*Ras*“. Der zweite Teil der Untersuchung versteht sich als Versuch, das in Novi Pazar sehr verbreitete Narrativ über einen kontinuierlichen Kampf gegen die unterdrückende Zentralmacht in Belgrad im Namen der „authentischen bošnjakischen

[2] Bekannt unter dem historischen osmanischen Namen „*Sandžak*“ bzw. der eher serbisch geprägten, offizielleren Bezeichnung „*Raška Oblast*“. Im Zentrum dieser Arbeit steht sowohl vor als auch nach 2006 der serbische Teil dieses Gebiets mit den Gemeinden Novi Pazar, Tutin, Sjenica, Prijepolje, Nova Varoš und Priboj.

[3] Unter den seltenen jugoslawischen Veröffentlichungen sei hier die Arbeit von Mušović, Ejup (1979): Etnički procesi i etnička struktura stanovništva Novog Pazara [Die ethnischen Prozesse und die ethnische Struktur der Bevölkerung Novi Pazars]. Beograd: Srpska akademija nauka i umetnosti; sowie an die seit 1977 vom Muzej Ras in Novi Pazar herausgegebene Reihe *Novopazarski Zbornik* genannt, die neben überwiegend archäologischen Beiträgen auch interessante sozialgeschichtlichen Untersuchungen anbietet.

[4] Siehe vor allem die politikwissenschaftliche Studie von Andrejević, Milan (1997): The Sandžak: A Perspective of Serb-Muslim Relations. In: Poulton, Hugh; Taji-Farouki, Suha (Hg.): Muslim Identity and the Balkan State. London: Hurst, S. 170–194; sowie Džihić, Vedran; Wieser, Angela (2010): Krise(n) im Sandžak als Testfall für die Demokratie in Serbien: Alte Konflikte, neue Konstellationen. In: Southeast Europe Journal of Politics and Society 2, S. 173–197, welche den Fokus auf den wachsenden Konfliktpotential der Region setzen.

[5] Siehe Bougarel, Xavier; Clayer, Natalie (Hg.) (2001): Le Nouvel Islam balkanique. Paris: Maisonneuve et Larose; Brown, Carl L. (Hg.) (1996): Imperial Legacy. The Ottoman Imprint on the Balkans and the Middle East. New York: Columbia University Press.

Identität“ infrage zu stellen. Im dritten und letzten Teil wird am Beispiel verschiedener nach 2000 entstandener Institutionen wie der Fakultät für islamische Studien und des Türkischen Kulturzentrums jenes Spektrum an Referenzen skizziert, welches oft die Basis für die heutige Identifikation der lokalen Bevölkerung darstellt. Das im letzten Teil vorgestellte Material bezieht sich zum Großteil auf Expert_inneninterviews, die Ende März 2012 mit Personen dieser Organisationen geführt wurden.[6] Die im Fazit vorgestellten Erkenntnisse sollen abschließend einen Beitrag zur Erforschung von Identifikationsprozessen auf lokaler Ebene im Spiegel von Kulturinstitutionen leisten, jedoch aus einer alternativen Perspektive: Der rote Faden der Argumentation ist der plastische, ständig wandelnde Charakter der dargestellten Referenzen, der selbst ohne Kontinuität – oder vielleicht gerade deshalb – die Logik von kulturellen „Zäsuren“ und „Wiedergeburten“ infrage stellt.

Theoretische Werkzeuge auf der Probe

Auch im Sandžak, als einem Gebiet, das durch eine relativ kompakte Minderheit bewohnt wird, lässt sich in Zeiten des Systemwandels[7], eine besondere Dynamik beobachten: Eine Elite versucht durch (Neu-)Definierung von ethnokulturellen Kategorien Legitimität zu erhalten. Am Ende des Wandels erhält die Darstellung der interethnischen Integration in der Öffentlichkeit einen veränderten Charakter. Die Reaktion und Interaktion der Bevölkerung hängt dabei von der Strategie der Elite ab. Der Soziologe Nikolai Genov unterscheidet zwei verschiedene Tendenzen: Eine Elite kann mit „langfristiger“ oder „kurzfristiger“ Rationalität bei dieser (Neu-)Definierung vorgehen, was den Grad an Konfliktpotential mit den Vertreter_innen der alten Elite bzw. mit der Zentralmacht bedingt, sodass der zweite Weg oft zu offener Konfrontation und einer direkten Machtbeanspruchung führt.[8] Im Vergleich zu den angrenzenden Regionen wie dem Kosovo und Ost-Bosnien war das Konfliktpotential im Sandžak im Laufe verschiedener politischer Systemwandel des 20. Jahrhunderts ab 1918 relativ niedrig, so dass diese Region nicht zwangsläufig als Krisenherd bezeichnet werden kann. Andererseits kam bei jedem Systemwandel die Debatte um das ethnokulturelle „Dasein“ der muslimischen Bevölkerung vehement zum Vorschein. Es gilt, den Inhalt dieser Debatten zu hinterfragen, indem nach alternativen Begriffen für „Identität“ gesucht wird: Die sandžakische Identität wird zwar von den örtlichen Kulturinstitutionen postuliert, kann aber nicht als konstitutiver Faktor für die historische Entwicklung betrachtet werden. Die Kritik an identitären Zuschreibungen und Argumentationen erweist sich als berechtigt, wie sich beispielsweise am *Memorandum über die Schaffung eines Sonderstatus für den Sandžak* –

[6] Alle Interviews erfolgten ohne Tonaufnahme, so dass die Notizen durch Gedächtnisprotokolle ergänzt wurden.

[7] Dieser Begriff wird wegen seiner geringen normativen Konnotation im Vergleich zu Transition und Transformation bevorzugt. Wo diese im Text Aufkommen, geben sie nicht den Standpunkt des Verfassers wieder, sondern stehen im Kontext anderer Studien, Ansätze und Theorien. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Begriffen ist in serbischer Sprache zu finden bei Tomić, Đorđe (2011): Od transformacije do tranzicije i nazad. Nauka o transformaciji? Pojmovi, pitanja, teorije [Von Transformation zur Transition und zurück. Transformationsforschung? Begriffe, Fragen Theorien]. In Veselinović, Ana; Petar Atanacković; Željko Klarić (Hg.): Izgubljeno u tranziciji: kritička analiza procesa društvene transformacije. Beograd: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 33–56.

[8] Genov, Nikolai (Hg.) (2007): Comparing Patterns of Interethnic Integration. In: Genov, Nikolai (Hg.): Patterns of Interethnic Integration. Berlin: Freie Universität Berlin (Arbeitspapiere des OEI FU Berlin der Abteilung Soziologie 57), S. 7–16.

einem 1993 von der lokalen Partei SDA[9] verfassten Dokument, das die Grundlinien der politischen Strategie jener Partei beschreibt – aufzeigen lässt. Der zweite Punkt des Memorandums fordert „kulturelle Rechte“ für das muslimische Volk im Sandžak, und das „Recht auf Identität“ steht auf dem ersten Platz in der Liste.[10] Das Paradoxon in diesem Ausdruck ergibt sich aus der Betrachtung, dass „Identität“ im Dokument gleichzeitig als *existierend* postuliert und als *noch nicht vorhanden* gefordert wird. Vielmehr bedeutet diese Aussage, dass *die Elite ihr eigenes Recht beansprucht, Legitimität zu erhalten, indem sie durch neue Kategorisierungen die Identifikationsprozesse der Bevölkerung steuert.* Die Begriffe Kategorisierung und Identifikation wurden von Roger Brubaker eingeführt[11] und dienen als Werkzeuge, die die soziologische Forschung der Praxis, also der „Dinge in der Welt“[12] zu besseren Erkenntnissen führen sollen. Durch sie werden Begriffe wie „Gruppen“, „Ethnizität“ und „Nation“ (und ihre entsprechende „Identität“) als plastische, nicht vollendbare Prozesse[13] betrachtet.

Diese Einstellung hat im Sandžak noch nicht Fuß gefasst, denn oft werden in Novi Pazar Symposien und Foren veranstaltet, in denen sich die Diskussion schnell zur „Identitätsfrage“ bewegt: Das ist ein Zeichen dafür, wie die konstruierten Kategorien Verwendung finden und durch ihre Geltung politische Ereignisse determinieren. Das Helsinki Komitee für Menschenrechte in Serbien (HKLPS) z.B. organisierte 2008 ein Forum, in dem verschiedene Deutungen dieser Frage aufgeworfen wurden: der lokale Professor Redžep Škrijelj sprach mit Bezug auf das „Bošnjakentum“ (*bošnjaštvo*) von einer „elementaren Identität“, um deren Erhaltung und Schutz der „*Bošnjak*“ seit „über Hundert Jahren“ kämpfe.[14] Die Vorsitzende des Komitees Sonja Biserko wies auf die Rolle des Krieges in den 1990er Jahren für die „Identitätsbildung“ der Bošnjaken hin,[15] als wäre diese heute klar kristallisiert und warte nur auf angemessene Anerkennung aus Belgrad. Pavel Domonji, Chef des HKLPS in Novi Sad, versuchte den mit Sarajevo verbundenen Begriff „Bošnjakentum“ in diesem Kontext zu relativieren, indem er dem Sandžak eine gesonderte „regionale Identität“ zuschrieb.[16] Anhand dieser Beispiele kommen mehrere Aporien zum Vorschein: Während sich ein *Identifikationsprozess* im historischen Rahmen einordnen und dann bewerten lässt, findet ein Begriff wie *Identität* keinen definierbaren Platz in der Geschichte. Neben der „zeitlichen“ ergibt sich bei der „räumlichen“ Verortung der „Identität“ ein weiteres Problem, denn sie wird oft als Charakteristik von „einzelnen, abgegrenzten Gruppen als Grundkonstituenten des gesellschaftlichen Lebens“ beschrieben.[17] Zu bestimmen, wo die Grenzen zwischen den Gruppen genau verlaufen, würde sich entweder als eine wissenschaftlich aussichtslose Aufgabe oder bestenfalls gefährliche Pauschalisierung erweisen. Deshalb kann mit besseren

[9] *Stranka Demokratske Akcije*, eine bošnjakische Partei, die im Mai 1990 von Alija Izetbegović in Sarajevo gegründet wurde. Zwei Monate später wurde die Schwesterpartei „SDA Sandžak“ in Novi Pazar gegründet.
[10] Zulić, Arif (Hg.) (1995): Sandžak na putu autonomije. [Sandžak auf dem Weg zur Autonomie]. Sarajevo: Vijece kongresa bošnjačkih intelektualaca, S. 31.
[11] Brubaker, Roger (2007): Ethnizität ohne Gruppen. Hamburg: Hamburger Edition, S. 67 ff.
[12] Ebd., S.31.
[13] Ebd., S.22. Daher werden Begriffe wie „Ethnisierung“, „Identifikation“ und „Nationalisierung“ bevorzugt.
[14] Biserko, Sonja (Hg.) (2008): Sandžak. Identitet u procepu starog i novog [Der Sandžak. Die Identität zwischen dem Alten und dem Neuen]. Beograd: Helsinški odbor za ljudska prava, S. 41.
[15] Ebd., S. 28.
[16] Ebd., S. 37.
[17] Brubaker, S. 17.

Ergebnissen über die kulturellen *Kategorisierungsprozesse* der enge Zusammenhang mit dem politischen Kontext betrachtet werden.

Ein anderes Problem ist dagegen dem Begriff „kulturelle Identität“ inhärent: Der Politologe Jean François Bayart hat diesbezüglich in seinem Werk *The Illusion of Cultural Identity*[18] solche Ansätze vertreten, die sich als durchaus schlüssig für eine Realität wie die der sandžakischen ergeben. Vor Bayart untersuchte bereits Benedict Anderson das Problem der Anwendung traditioneller Schemata der Nationsbildungsforschung auf globale und lokale Entwicklungen und kritisierte dabei das klassische, auf „Entdeckung“, „Valorisierung“ und „Durchsetzung“ der „nationalen Kultur“ basierende Deutungsmuster.[19] Davon ausgehend führte Bayart eine neue kritische Perspektive über das Paradigma des „Kulturalismus“ (*culturalism*) ein: Er wagte die These, dass die von einer Gesellschaft wahrgenommene „Kultur“ keineswegs als einfache Phänomenologie der Tradition gelte, sondern durch von der Politik befürwortete Darstellungen (*representations*) ständig *ex novo* geschaffen werde.[20] Bayart erweiterte die These Eric Hobsbawms und seines bahnbrechenden Bandes *The Invention of Tradition,* dem zufolge Kontinuität nur mit der „geeigneten historischen Vergangenheit“[21] in der Regel angestrebt und gefördert wird, und zwar durch einen Prozess von Formalisierung und Ritualisierung jener Vergangenheit.[22] Bayart dekonstruierte den Kulturalismus unter anderem anhand einer alternativen Rezeption Max Webers durch die Betonung der Rolle einer „exogenen Dimension des Wandels“[23] von Gesellschaften. Eine Makroregion sei keineswegs als *Summe* von kohärenten und sich allein mittels interner Kraft verändernden kulturellen Einheiten zu verstehen. Die Auffassung dieser fragmentierten und plastischen Realität hilft uns, die Verhältnisse im Sandžak besser zu verstehen. Das Gebiet um Novi Pazar befand sich spätestens ab Mitte des 15. Jahrhunderts in einem geopolitischen Kontext, der von extremer Mobilität, Vielfalt und Austausch zwischen externen Einflüssen gekennzeichnet ist. Das kann als „Netzwerk von Gesellschaften“ beschrieben werden, von dem Bayart als Faktor des Wandels spricht. Die Politik betritt diese Bühne und bedient sich des *imaginaire* als Mittel zur Erhaltung von Legitimität: Dies sei eine psychologische Kategorie, die nach Gilles Deleuze als „Unfähigkeit, das Reale vom Unrealen zu unterscheiden“[24] zu bezeichnen sei. Auf der Ebene des *imaginaire* entstehen Kategorien, die versuchen, Identifikationsprozesse bei der Bevölkerung anzuregen, insbesondere mit Bezug auf eine Tradition konstituierende, „ausgewählte“ Vergangenheit.[25]

---

[18] Bayart, Jean François (1996): The Illusion of Cultural Identity. London: Hurst.

[19] Siehe das Vorwort in Anderson, Benedict (1991): Imagined Communities. 2. Ed. London: Verso.

[20] Bayart, S. 110.

[21] *„[Invented tradition] is taken to mean a set of practices, normally governed by overtly or tacitly accepted rules and of a ritual or symbolic nature, which seek to inculcate certain values and norms of behaviour by repetition, which automatically implies continuity with the past. In fact, where possible, they normally attempt to establish continuity with a suitable historic past.“* Hobsbawm, Eric (1983): Introduction. Inventing Traditions. In: Hobsbawm, Eric; Terence Ranger (Hg.): The Invention of Tradition. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1.

[22] Ebd., S. 3.

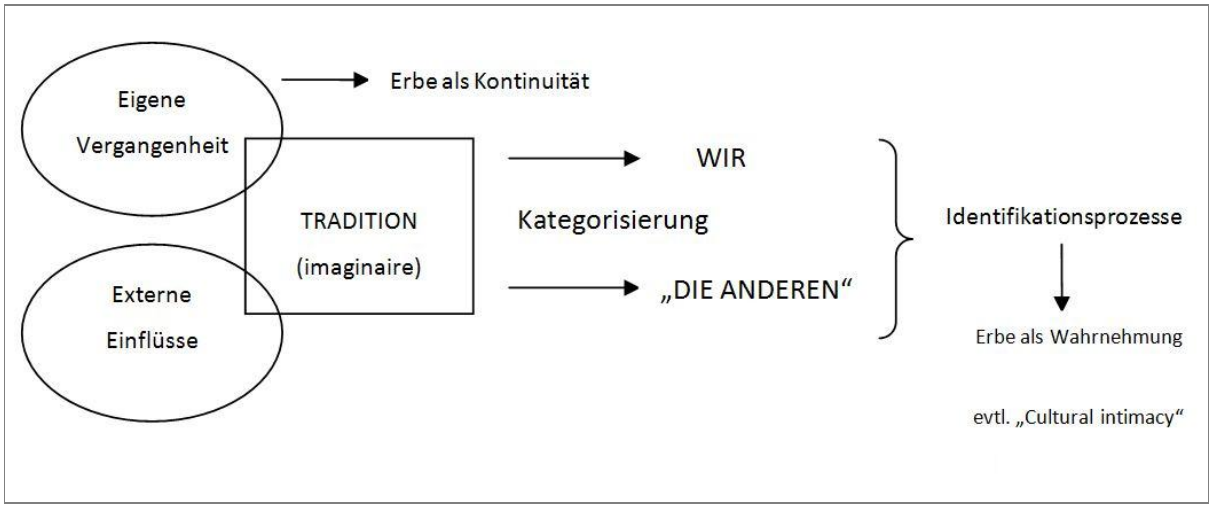
[23] Bayart, S. 35.

[24] Ebd., S. 226. Hinzu kommt der Begriff *„transfer of meaning“* (S. 71 ff.), laut dem das Ergebnis der Projizierung der lokalen oder fernen Vergangenheit ins *imaginaire* zum Zweck der Kategorisierung oft „etymologisch“ nicht mehr zum Original zurückzuführen ist.

[25] Die erfolgreiche Wirkung dieser Prozesse, die zur sogenannten omnipräsenten *„reification“* der Kultur seitens der Bevölkerung führen, beschreibt unter anderem Herzfeld, Michael (1997): Cultural Intimacy. Social Poetics and the Nation State. New York: Routledge.

Zum „osmanischen Erbe“ auf dem Balkan unterschied ferner Maria Todorova zwischen „*legacy as continuity*“ und „*legacy as perception*“.[26] Das Erstere wäre ein nicht thematisierter, fast „unbewusster“ Corpus und Codex von Verhaltensweisen (z.B. Musik, Essen), die sich von Generation zu Generation auf privater Ebene übertragen. Das Letztere sei dagegen ein Ergebnis hervorgehobener Kategorisierungen (z.B. „nationale“ Symbole, Feiertage), die die Öffentlichkeit prägen.

Schema 1. Dynamiken der politischen Instrumentalisierung der „Kultur“ (während des Systemwandels).



Erbe als Kontinuität

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen und mit einem solchen Vokabular „ausgerüstet“, kann im Folgenden auf die Analyse der oben beschriebenen Dynamiken in vergangenen Zeiten eingegangenen werden, um die Analogien mit den heutigen Argumenten hervorzuheben.

Die Wahrnehmung der Geschichte. Eine Wiederkehr des Verdrängten?

Im Herbst 2012 jährt sich der 100. Jahrestag der „Befreiung“ des Sandžak durch die serbische Armee im Ersten Balkankrieg. Fragt man in Novi Pazar danach, was für die Feierlichkeit geplant sei, dann sollte man bereit sein, kritisch angesehen zu werden: „Ich weiß nicht“ – sagte eine Mitarbeiterin der Stadtbibliothek im informellen Gespräch – „was *sie* feiern… für *uns* gibt es überhaupt nichts zu feiern… ich glaube, das war keine Befreiung, das war eher der Beginn der Unfreiheit, eine Katastrophe“. Es gilt, eine solche normative Bewertung als mögliches Beispiel der oben beschriebenen Identifikationsprozesse zu hinterfragen, und die Auswirkung einiger Kulturinstitutionen im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen – SHS (ab 1929 Königreich Jugoslawien) auf das gesellschaftliche Leben der lokalen muslimischen Gemeinschaft zu skizzieren. Zunächst ist zu beachten, dass der Sandžak ab 1877 eine von Bosnien getrennte Verwaltungseinheit im Osmanischen Reich darstellte,[27] und dass der „bosnische Adel“ schon früher im Rahmen der *Tanzimat*-Reformen einer neuen

[26] Todorova, Maria (1996): The Ottoman Legacy in the Balkans. In: Brown, Carl L. (Hg.) (1996): Imperial Legacy. The Ottoman Imprint on the Balkans and the Middle East. New York: Columbia University Press, S. 45–77, hier S. 53.

[27] Mušović, S. 43.

Schicht von Kaufleuten das Feld überlassen musste.[28] Im Jahr 1902 erfolgte der Anschluss des Sandžak an das Kosovo-*Elayet*, so dass sich während und nach (ab 1908) dem Ende der habsburgischen militärischen Besatzung das Machtzentrum stärker in Priština als in Sarajevo befand. Der von Belgrad zur Feldforschung beauftragte Ethnograph Jevto Dedijer porträtierte 1913 die Bevölkerung des Sandžak: Er erklärte zwar alle dortigen Muslime für Serbisch-Sprechende,[29] erkannte aber die beeindruckenden Gemeinsamkeiten mit den „Serben“ in Bosnien, Dalmatien und Montenegro.[30] Merkwürdig ist ferner die Beschreibung der muslimischen *Bošnjaci* als separate Gruppe, die „resigniert aussehen, aber voll von religiösem Hass und besonderem, ständigem Fanatismus, bereit für die größten Verbrechen“ seien.[31] Selbstverständlich widerspiegelt diese abwertende Beurteilung die Einstellung eines serbischen Beamten und soll im Kontext jener Zeit mit Abstand betrachtet werden: Dennoch lässt diese Auskunft die Frage entstehen, ob ein ethnisch konnotierter „Widerstand“ der muslimischen Bevölkerung bereits damals existierte. Noch 1917 soll eine Konferenz in Sjenica stattgefunden haben, auf der sich die muslimische Elite auf eine Resolution für den Anschluss an „Bosnien“ (unklar in welchem Zusammenhang, da das Kriegsende noch weit entfernt war) oder zumindest auf eine Autonomie für den Sandžak einigte.[32] Daraus entwickelte sich nichts Konkretes und 1918 wurde der Sandžak ins politische System des Königreich SHS integriert.

Die stärkste muslimische Partei der Region war bis zu ihrer Auflösung 1924 ohne Zweifel die *Džemijet,* welche in erster Linie die Interessen der albanisch- und türkischstämmigen Bevölkerung vertrat.[33] Die in Sarajevo angesiedelte Jugoslawische Muslimische Organisation (JMO), die außerhalb von Bosnien keine Vertretung haben durfte, versuchte trotzdem Wahlanweisungen zu geben, berichtete regelmäßig über den Sandžak in ihren Publikationen[34] und thematisierte die Misshandlung von Muslimen durch Teile der serbischen Bevölkerung. Ferner verurteilte sie die (Zwangs-)Auswanderung vieler Muslime in die Türkei in den 1920er Jahren.[35] Die Spaltung innerhalb der politischen Vertretung der lokalen muslimischen Bevölkerung kam auf Regierungsebene zum Ausdruck, wenn die

[28] Vgl. Grandits, Hannes (2007): Zur Modernisierung der spätosmanischen Peripherie: Die Tanzimat im städtischen Leben der Herzegowina. In: Brunnbauer, Ulf; Andreas Helmedach; Stefan Troebst (Hg.): Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift Holm Sundhaussen zum 65. Geburtstag. München: Oldenbourg. S. 39–56.

[29] Dedijer, Jevto (1913): Nova Srbija [Das neue Serbien]. Beograd: D. Obradović, S. 284. Anderer Meinung war diesbezüglich Gaston Gravier, für den die sich als „Türken“ bezeichnenden Muslime ihre Sprache „Bosnisch“ (*bosniaque*) genannt hätten. Dazu siehe: Popović, Aleksandar (2009): L’islam balcanique. Les Musulmans du sud-est européen dans la période post-ottomane. Istanbul: ISIS (1. Auflage Berlin, 1986), S. 303.

[30] Dedijer, S. 289.

[31] Ebd.

[32] Filandra, Šaćir (1998): Bošnjačka politika u XX. stoljeću [Bošnjakische Politik im 20. Jahrhundert]. Sarajevo: Sejtarija, S. 48.

[33] Popović, S. 330. Inwiefern sich die slawischsprachigen Muslime mit dieser Partei identifizierten, ist sehr schwer einzuschätzen, dennoch ist die Anzahl ihrer Stimmen bei den Wahlen von 1923 (30,9% gegenüber 32,5% für die Radikalen und 31,2% für die Demokraten in den Regionen Sandžak, Kosovo und Mazedonien) von einiger Bedeutung. Dazu siehe: Gligorijević, Branislav (1979): Parlament i političke stranke u Jugoslaviji (1919-1929) [Das Parlament und die politischen Parteien in Jugoslawien (1919-1929)]. Beograd: Narodna knjiga, S. 142. Andererseits erklärten sich zwei der Džemijet-Abgeordneten als ethnische „Serben“, zehn als Albaner und zehn als Türken. Vgl. ebd., S. 293.

[34] Purivatra, Arif (1999): Jugoslavenska muslimanska organizacija u političkom životu kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca. [Die jugoslawische muslimische Organisation im politischen Leben des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen]. Sarajevo: Bosanski Kulturni Centar, S. 337.

[35] Ebd., S. 343.

Džemijet-Partei und die JMO in Koalitionsfragen mit den größeren Parteien konkurrierten. Einen weiteren Konkurrenten sah die *Džemijet* in der muslimischen kulturellen Organisation *Gajret*, welche 1903 in Sarajevo gegründet wurde und 1920 ihre ersten Büros im Sandžak einweihte.[36] Die Partei äußerte sich deutlich gegen die vermeintliche Serbisierung der Bevölkerung durch *Gajret* und erschwerte zunächst die Tätigkeit des Vereins, der die völlige Übereinstimmung des Sandžak mit Bosnien und seiner Bevölkerung befürwortete.[37] Als eine Teppichwerkstatt und Schule in Novi Pazar von *Gajret* eröffnet wurden, konnten jedoch Vertrauensmänner der Partei wichtige Posten besetzen, so dass die Schule *de facto* unter ihrer Kontrolle stand.[38] Nach der Auflösung der *Džemijet* erfolgte keine weitere Verstärkung des Einflusses aus Sarajevo, vielmehr wuchs dagegen die Bedeutung des Belgrader Büros „Omar Dinkić“, welches vom König selbst finanziert wurde[39] und immer mehr Stipendien für sandžakische Studierende anbot. In Novi Pazar wurde 1925 auch ein Internat eröffnet, das aber kurz darauf wegen Mangel an Studierenden geschlossen und nach Plevlja verlegt werden musste.[40] Mit Beginn der „Januardiktatur“ 1929 standen dann sowohl die bosnischen als auch die sandžakischen Büros unter zunehmendem Einfluss aus Belgrad, bis sich schließlich 1941 die ganze Organisation auflöste.

Dass sowohl *Gajret* als auch die externe Unterstützung der JMO (wenn auch unter Einfluss von Belgrad) in der Zwischenkriegszeit die Frage der slawischen Muslime befürworteten (und zwar oft gegen den Widerstand anderer Muslime, zumeist Angehöriger der alten Elite), berechtigt die Zweifel an den Argumenten der heutigen Deutung über jene Zeit aus „sandžakischer“ Sicht, die stark von später entstandenen antiserbischen Identifikationsprozessen geprägt ist: In den 1920er Jahren fand im Rahmen des komplizierten Aufbaus des Königreichs SHS ein politischer Systemwandel statt, welcher die Verhältnisse innerhalb der muslimischen Bevölkerung und ihre Beziehungen zu Belgrad änderte. Es kann zusammenfassend festgestellt werden, dass die alten, mit der türkisch-osmanischen Vergangenheit verbundenen Referenzen teilweise infrage gestellt wurden: Eine neue lokale Elite, die durch Stipendien und andere Förderungen an die Loyalität gegenüber Belgrad gebunden wurde, steuerte im Namen der Modernisierung und der neugeschaffenen „dreinamigen Nation“ die Anpassung zum jugoslawischen Modell unter serbischer Leitung. Auch in diesem Fall ging es um die Propagierung einer „jugoslawisch-muslimischen Kultur“, die insbesondere durch die kulturpolitische Institution *Gajret* geleistet wurde.

Komplexer dagegen ist die Wahrnehmung der kommunistischen Zeit: 1941 bildete sich die sandžakische interethnische Sektion der AVNOJ (ZAVNOS) heraus und trug – mit der Erwartung einer „gleichberechtigten“ Stellung der Region gegenüber den anderen[41] – zum

[36] Dacić, Nadir (2009): Gajret u Sjenici. [Gajret in Sjenica]. Prijepolje: UKS, S. 32.

[37] [N., N.] (1940): „Prilikom proslave 20-ogodišnjice Gajretova rada u Sandžaku“ [Anlässlich des 20. Jubiläums Gajrets Arbeit im Sandžak]. In: Gajret 20 (6), 01.06.1940.

[38] Kemura, Ibrahim (1986): Uloga „Gajreta“ u društvenom životu muslimana Bosne i Hercegovine (1903-1941). [Die Rolle Gajrets im gesellschaftlichen Leben der Muslime in Bosnien-Herzegowina]. Sarajevo: Veselin Masleša, S. 280. In der Schule waren 1924 vierzehn Mädchen eingeschrieben, kurz vor dem zweiten Weltkrieg waren es 36. Siehe: ebd., S. 326f.

[39] Ebd., S. 162.

[40] [N., N.] (1940): „Novopazarski Sandžak u prošlosti“ [Der Sandžak von Novi Pazar in der Vergangenheit]. In: Gajret 20 (6), 01.06.1940.

[41] Memić, Mustafa (1995): Zemaljsko antifašističko vijeće sandžaka – Zavnos [Der antifaschistische Landesausschuss des Sandžaks – ZAVNOS]. In: Zulić, Arif (Hg.): Sandžak na putu autonomije. [Sandžak auf dem Weg zur Autonomie]. Sarajevo: Vijeće kongresa bošnjačkih intelektualaca, S. 66–76, hier S. 67.

Partisan_innenkampf bei. In den ersten Nachkriegsjahren, und zumindest bis 1971, erlebte das Gebiet eine kontinuierliche Auswanderung mit unterschiedlichem Tempo von Jahr zu Jahr, vor allem in Richtung Türkei. Interessanterweise mussten die Auswandernden die Zugehörigkeit zur türkischen Nationalität (*narodnost*) in der Botschaft in Belgrad nachweisen, wogegen die jugoslawische Verwaltung selten Einwände äußerte.[42]

In der Volkszählung 1948 befanden sich unter den Optionen für die Nationalität „Serbe-Muslim“ (*Srbin-musliman*) oder „Muslim unentschieden“ (*neopredeljen-musliman*). Diese Kategorie wurde 1953 durch „Jugoslawe unentschieden“ (*Jugosloven neopredeljen*) ersetzt: Da die Verfassungsänderungen in der SFRJ diesbezüglich generell „fluid“ waren, eröffnete sich einem Teil der politischen Elite die Möglichkeit, die bosnische und sandžakische muslimische Bevölkerung neu zu kategorisieren.[43] Erwähnenswert ist Pedro Ramets Hinweis auf die Entwicklung nach der „Anerkennung“ der Muslime als Nation: Schnell erfolgte eine Politisierung der Muslime Jugoslawiens, vor allem zu internationalen Fragen wie dem Yom-Kippur-Krieg von 1973.[44] Außerdem betont Srećko Džaja die Auswirkung der zunehmenden Ausreisen zu Pilgerstätten in arabischen Ländern in den 1970er Jahren.[45] Hinzu kommt die Gründung der Fakultät für islamische Studien in Sarajevo (1977), welche viele Studierende aus dem Sandžak anzog, und teilweise als Vorläufer der heutigen gleichnamigen Hochschule in Novi Pazar gilt. Allerdings stellte die progressive kommunistische Elite den Islam als „ethnologische“ Kultur nicht dem mit der kommunistischen Ideologie in Konkurrenz stehenden Weltanschauungs-Religion Islam gleich.[46]

Auch die Entstehung „moderner“ Kulturinstitutionen in Novi Pazar lässt sich auf diese Zeit zurückdatieren: 1948 entstand das Stadtarchiv *„Ras“*, fünf Jahre später das gleichnamige Stadtmuseum und 1957 die Bibliothek *„Dositej Obradović“*. Man könnte argumentieren, dass die explizit serbisch-geprägten Namen dieser Einrichtungen die „Unterdrückungsthese“ unterstützen, dennoch lohnen sich diesbezüglich einige Bemerkungen, beispielweise über die Aktivität des Museums: Es enthält in der ethnologischen Abteilung eine Rekonstruktion von Häusern aus der osmanischen Zeit und zwar sowohl von einer „typischen“ muslimischen als auch einer orthodoxen Familie. Das Museum war in der Tat die erste Einrichtung, die beide „Kulturen“ durch Gleichbehandlung valorisierte und die Vergangenheit der Stadt mit ethnologischem Einblick erforschte. Gerade die ideologische Hülle des Kommunismus scheint eine „wissenschaftliche“ Auseinandersetzung mit dem „Erbe als Kontinuität“ eingeräumt zu haben, die in der privaten Sphäre der lokalen Familien noch sehr markant war und teilweise bis heute zu erkennen ist. Die Direktorin des Museums

[42] Mušović, S. 112.

[43] Diese Untersuchung befasst sich nicht direkt mit diesem Prozess, der erstmalig 1963 zur Einführung des Begriffs *Muslimani kao narod* [Muslime als Nation] in die bosnische Verfassung, 1968 dann zur Anerkennung auf Föderationsebene und schließlich 1971 als Option in der Volkszählung führte. Die Änderung der alten Bezeichnung *muslimani* hatte eine enorme Wirkung auf die bosnische *Intelligenzija*, die der „progressiven“ Fraktion der Partei nahe stand. Natürlich spielten dabei generationelle Faktoren bzw. die Elitenzirkulation und die besonderen Machtverhältnisse in den Territorien und Ressourcen gemäß der Nationalitätenpolitik Titos eine große Rolle. Eine theoretische, durch die Ideologie der Zeit durchdrungene, interessante Abhandlung ist Suljević, Kasim (1981): Nacionalnost Muslimana [Die Nationalität der Muslime]. Rijeka: Otokar Keršovani.

[44] Ramet, Pedro (1989): Die Muslime Bosniens als Nation. In: Kappeler, Andreas; Simon, Gerhard; Brunner, Georg (Hg.): Die Muslime in der Sowjetunion und Jugoslawien. München: Markus, S. 109.

[45] Džaja, Srećko (2002): Die politische Realität des Jugoslawismus (1918-1991). München: Oldenbourg, S. 222.

[46] Ramet, S. 107.

Dragica Premović-Aleksić, die sich noch als „Kind des Kommunismus“[47] bezeichnet, kritisiert die heutige Vernachlässigung von wichtigem säkularem Kulturerbe wie der Stadtfestung, dem Hammam oder dem jüdischen Friedhof: Vielmehr seien die Behörden und die Sponsoren an der Sanierung und dem Neubau von Moscheen bzw. Kirchen interessiert. Das ist wiederum ein deutlicher Fall von *„inventing tradition“*, der bedauerlicherweise immer nur eine begrenzte, ausgewählte Vergangenheit hervorhebt („Erbe als Wahrnehmung“) und gleichzeitig viel Hinterlassenes dem Verfall überlässt. Kurz gefasst, stützte sich ein Teil der Bevölkerung in dem Zeitraum 1950-1980 auf „neue“ Referenzen wie die türkische Nationalität, um ihre Loyalität außerhalb seines Staates auszurichten. Andererseits behauptete sich mittels des politischen *imaginaire* – also des weitumfassenden propagierten „Kulturrahmens“ – eine Elite als Träger und Stifter der „modernen“ sozialistischen Kultur: Sie berücksichtige und pflegte dennoch gleichzeitig verschiedene für traditionell gehaltene Referenzen durch neue Kulturinstitutionen wie das Museum.

Bevor heutige Kulturinstitutionen behandelt werden, soll ein Einblick in die politische Zirkulation der Elite zu Beginn der 1990er Jahre gewährt werden, da die Krise der „ideologischen“ Symbiose mit Belgrad auch einen Wechsel der Referenzen mit sich brachte.

Zunächst ist zu betonen, dass die sich am Ende der 1980er Jahre kristallisierende „neue“ politische Elite keine Kontinuität mit dem kommunistischen System aufwies.[48] So sind beispielsweise in den „offiziellen“ Biografien keine Angaben über die Aktivitäten von Sulejman Ugljanin[49] oder Esad Džudžević[50] zu finden, die auf die Zeit vor ihrem rasanten Eintritt in die Politik im Jahre 1990 zurückdatieren.[51] Ugljanin spielte die Hauptrolle in der frühen Strategie seiner Partei, die durchaus als *„short-term rationality“* zu bezeichnen ist. Die SDA setzte sich 1990 als Hauptvertreter der muslimischen Bevölkerung im Sandžak durch, von der sie 80% der Stimmen erhielt[52] und Ugljanin den vierten Platz im Rennen um die Präsidentschaft Serbiens erreichte. Knapp ein Jahr nach der Gründung der SDA organisierte Ugljanin ein Referendum über den Status des Sandžak: rund 70% der Wahlberechtigten nahmen daran teil und äußerten sich einstimmig (98,9%) für die Autonomie des Gebiets.[53] Kurz darauf nahm eine sandžakische Delegation an den Konferenzen zur Bosnienfrage in Genf und London teil. Daneben rief die SDA zum Boykott der jugoslawischen

[47] Diese und folgenden Angaben in Guidi, Andreas (2012): Interview mit Dragica Premović-Aleksić. Novi Pazar, 29.03.2012. Gedächtnisprotokoll.

[48] Dies unterscheidet sich von der von Clayer und Bougarel für den Balkan festgestellte Tendenz. Siehe: Bougarel, Xavier; Clayer, Natalie (2001): Introduction. In: Bougarel, Xavier; Natalie Clayer (Hg.) (2001): Le Nouvel Islam balkanique. Paris: Maisonneuve et Larose, S. 35.

[49] Geboren 1953, Mitgründer der SDA Sandžak [*Stranka demokratske akcije Sandžak* – Partei der demokratischen Aktion Sandžak] und des *Muslimansko Nacionalno Vijeće Sandžaka* (MNVS – Muslimischer Nationalrat Sandžak).

[50] Geboren 1958, Publizist und heutiger Präsidenten des Nationalkongresses.

[51] Dazu siehe die Broschüre des BNV (früher MNVS): Džudžević, Esad; Fijuljanin, Muhedin (2010): Pod našom zastavom. [Unter unserer Flagge]. Novi Pazar: BNV, S. 10–11 und die Webseite des BNV: Bošnjačko nacionalno vijeće (2012): Predsjednik. In: Bošnjačko nacionalno vijeće (Homepage). Online verfügbar unter http://www.bnv.org.rs/tijela-bnv/predsjednik/, zuletzt abgerufen am 19.05.2012.

[52] Bougarel, Xavier (2001): L’islam bosniaque, entre identité culturelle et idéologique politique. In: Bougarel, Xavier; Natalie Clayer (Hg.) (2001): Le Nouvel Islam balkanique. Paris: Maisonneuve et Larose, S. 87.

[53] Andrejević (1997), S.175. Es sei bemerkt, dass der 1992 ausgebrochene Krieg in Bosnien-Herzegowina eine große interethnische Anspannung in der Umgebung Novi Pazars verursachte. Es kam in diesem Rahmen auch zu Vertreibungen und Mord, deren Ausmaß jedoch mit den Ereignissen in Bosnien-Herzegowina nicht vergleichbar ist.

Bundesparlamentswahlen von 1992 auf,[54] bis der Höhepunkt mit dem bereits erwähnten „Memorandum über den Sonderstatus des Sandžak“ von 1993 erreicht wurde. Die Einigkeit der SDA Elite zerfiel aber im selben Jahr, als Rasim Ljajić (geboren 1964) anfing, Ugljanin enorme Korruption und blinde Strategie vorzuwerfen.[55] Dieser ging darauf ins türkische Exil und beharrte auf einen Anschluss des Sandžak an Bosnien,[56] bis das Dayton-Abkommen diese Möglichkeit offiziell vereitelte. Andererseits entwickelte Ljajić eine zunehmende Kooperation mit der demokratischen Opposition gegen Milošević in Serbien, bis er 2000 mit seiner Partei SDP[57] ins Belgrader Parlament[58] einzog. Seit jener Spaltung haben sich zwei Tendenzen herauskristallisiert: Ljajić verstand die loyale Integration in die Staatspolitik als Weg zur Emanzipation des Sandžak im Rahmen einer proeuropäischen und liberalen Sozialdemokratie.[59] Er propagierte also ein neues politisches *imaginaire* mit jenen Parolen, um seine Konkurrenz zu Ugljanin zu legitimieren, während Letzterer vor allem bis 2000 eine enge Zusammenarbeit mit der bosnischen SDA pflegte[60] und auf eine stärkere „Nationalisierung der Konfession“ beharrte.

Dieser zweite Standpunkt gehört eindeutig zur Kategorisierung seitens einer Elite in der Zeit des politischen Systemwandels, und fand ihre theoretische Basis in den Schriften und der Tätigkeit von Adil Zulfikarpašić.[61] Seit 1946 als Emigrant in schweizerischen intellektuellen Kreisen tätig, widmete er sich der Erforschung der „Identität“ der bosnischen Muslimen, bis er 1991 nach Bosnien-Herzegowina zurückkehrte und sofort einen großen Einfluss auf die Kulturpolitik des jungen unabhängigen Staates ausübte, so dass sich 1993 die neue Bezeichnung *„Bošnjak“* auch in Bosnien und im Sandžak durchsetzte,[62] was zu einer neuen Deutung der Vergangenheit als Narrativ der *„Grandeur, Decadence et Renaissance“* der Bošnjaken führte.

Die Herausforderung neuer Akteure und die Wirkung externer Impulse

Im Jahr 1993 übernahm das von Ugljanin begründete MNVS die Bezeichnung *Bošnjačko* und definierte „nationale“ Symbole für den Sandžak, die im letzten Jahrzehnt von Belgrad offiziell anerkannt wurden. Das Wappen blieb bis heute eine durchaus interessante Aneinanderreihung von Symbolen, die ebenso als *invented tradition* zu verstehen sind: Drei „bosnische Lilien“ auf blauem Grund – Symbol der spätmittelalterlichen Dynastie

[54] Lutovac, Zoran (1994): Muslimani u političkom životu SRJ [Die Muslime im politischen Leben der SRJ]. In: Sociološki pregled 28 (4), S. 519–526, hier S. 520.
[55] Ebd., S. 524.
[56] Ebd., S. 523.
[57] [*Sandžačka Demokratska Partija* – Demokratische Partei des Sandžak].
[58] Sitz des serbischen Parlamentes.
[59] Im Jahr 2009 gründete er die anationale *Socialdemokratska Partija Srbije* (SDPS – Sozialdemokratische Partei Serbiens).
[60] In diesem Sinne übernahm er die nationale Rhetorik von Alija Izetbegović, für welchen die Bosniaken das sind, „was wir heute Muslime nennen. […] Es ist nicht als ein integrales, alle drei bosnischen Konfessionen umspannendes Bosniakentum zu verstehen, […] denn das Bosniakentum beinhaltet eine klar zu unterscheidende muslimische Komponente“. Vgl. Džaja (2002), S. 243.
[61] Siehe dazu seine Interviewbiografie: Đilas, Milovan; Gaće, Nadežda (1996): Adil Zulfikarpašić. Eine politische Biografie aus dem heutigen Bosnien. München: Oldenbourg.
[62] Sehr aufschlussreich ist hierzu die Bemerkung von Bougarel: *„La promotion du qualificatif National ‘Bochniaque’ est plutot le fait d’intellectuels laics rallies au SDA, et actifs dans les institutions culturelles qui lui sont liées. […] L’adoption du qualificatif national ‘Bochniaque’ en septembre 1993 constitue en effet l´aboutissement logique de l’affirmation de la souveraineté politique de cette communauté, processus dans lequel de courant panislamiste joue un role de premier plan”*. Bougarel (2001), S. 112 f.

Kotromanić – sind durch eine weiße Diagonale von drei weißen Halbmonden auf grünem Grund – Symbol des islamischen Kalifats – getrennt. Vereinigt wurden darin eine territoriale und eine konfessionelle Kategorisierung. Noch interessanter ist die Betrachtung der Feiertage.[63] Gefeiert werden in Novi Pazar der „Tag der Fahne“ (*Dan Zastave*) am 11. Mai, der „Tag des Sandžak“ (*Dan Sandžaka*) am 20. November und der „Tag der Erinnerung“ (*Dan Sećanja*) am 11. Juli. Der erste bezieht sich auf die Gründung des MNVS 1991, wodurch der Kongress implizite Ansprüche auf ein „Vertretungsmonopol“ für die Bevölkerung erhebt, obwohl er – damals wie heute – hauptsächlich von der SDA nahe stehenden Personen geehrt wird. Der zweite Feiertag erinnert an die bereits erwähnte Resolution des ZAVNOS von 1943, merkwürdigerweise in Gegentendenz zur Linie des serbischen Staates, der keine Feiertage aus der kommunistischen Zeit behalten hat.[64] Am 11. Juli wird schließlich an die Opfer von Srebrenica erinnert, was die Verbindung mit den Bošnjaken in Bosnien hervorhebt. Diese Verbindung wird auch im Bereich der Kultur gefördert und betont, wie das von dem Nationalrat jährlich organisierte *Festival Sandžačke Sevdalinke* (FESS) beweist.[65] Ein Zitat vom Direktor des Festivals Zaim Hadžisalihović aus 2007 erläutert das Ziel der Initiative in der Linie mit einem südosteuropäischen *Topos*:

> „Das Festival [...] [ist] ein Projekt, dessen Ziel es ist, dass alte Skripte – als Text oder Noten – erforscht werden, als hätten wir sie in jener Form, um der Pflege des Erbes willen aufbewahrt und so den Versuchen anderer Völker vereitelt, sich dieses unser Gemeingut anzueignen. Oft befinden wir uns in einer Situation, in der wir im Radio oder Fernsehen eine bekannte Melodie oder einen Text der Sevdalinka hören, wobei auf den Untertiteln steht, dass es ein serbisches, montenegrinisches oder sogar kosovarisches Lied ist. Aber eigentlich sind das alles *sandžačke Sevdalinke*“.[66]

Dieser Fokus auf das „territoriale“ Element im Namen der Identität ist allerdings nicht unumstritten. Nach den Wahlen für den Vorstand des BNV in Juni 2010 setzte sich die Liste der *Bošnjačka Kulturna Zajednica* [Bošnjakische Kulturgemeinde] mit 48% der Stimmen durch,[67] ein Resultat, das stark von der Unterstützung der *Islamska Zajednica* [Islamische Gemeinde] und des Muftis Muamer Zukorlić abhing. Da diese stark auf die islamische Identität setzende Liste von Belgrad nicht anerkannt wurde, erklärte der Minister für Minderheiten und Menschenrechte Svetozar Čiplić den neuen Kongress für „nicht auf gesetzliche Weise“ konstituiert, so dass neue Wahlen für April 2011 angesetzt wurden.[68] Der Mufti forderte die unterstützte Liste auf, die neuen Wahlen zu boykottieren und unterhält seitdem keine Beziehungen mehr zum Kongress mit Džudžević an der Spitze.[69] Die

[63] Džudžević; Fijuljanin, S. 19.
[64] Abgesehen vom Tag des Sieges am 9. Mai, der allerdings eher „sowjetisch“ als „jugoslawisch“ konnotiert wird.
[65] Džudžević; Fijuljanin, S. 23.
[66] [N., N.] (2007): „Sevdalinka – naše blago“ [Sevdalinka – unser Schatz]. In: Bošnjačka Riječ (7), S.27–28.
[67] [N., N.] (2010): Konačni rezultati izbora za BNV. In: Sadzakinfo.net. Online verfügbar unter http://www.sandzakinfo.net/info/politika/634-konani-rezultati-izbora-za-bnv, zuletzt geprüft am 20.05.2012.
[68] [N., N.] (2011): Čiplić potpaljuje sandžačke vatre. Raspisani novi izbori za BNV. In: e-novine, 18.01.2011. Online verfügbar unter http://www.e-novine.com/srbija/vesti/43993-ipli-potpaljuje-sandake-vatre.html, zuletzt geprüft am 20.05.2012.
[69] Siehe [Politika] (2012): Zukorlić odbacuje deklaraciju BNV-a. In: B92, 30.01.2012. Online verfügbar unter http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2012&mm=01&dd=30&nav_category=206&nav_id=578213, zuletzt geprüft am 04.12.2012.

Ansprüche auf politische Legitimität seitens eines religiösen Akteurs – der im Mai 2012 sogar für die Präsidentschaft Serbiens kandidierte – scheint also einen weiteren Identifikationsprozess im Namen der islamischen Konfession in Gang gesetzt zu haben, welcher die „alte“ politische Elite bedrohen könnte. Das „symbolische Kapital“ des Muftis beschränkt sich aber nicht nur auf den Bereich der Politik, sondern reicht bis in andere Kulturinstitutionen.

Die Regierung Đinđić erwiderte die loyale Unterstützung des Muftis in der Phase des Umsturzes Miloševićs mit der Erlaubnis, eine private Universität zu gründen,[70] die erste in der Region: Seit 2002 ist also Muamer Zukorlić – allerdings auf offiziellen Bildern in Zivilkleidung – „Präsident“ (*predsjednik*) der *Univerzitet u Novom Pazaru* [Universität zu Novi Pazar], einer Hochschule, die sich als *vakuf* (*zadužbina* – traditionell religiöse Stiftung)[71] – im Sinne einer *„invented tradition“* aus der osmanischen Zeit – versteht. Ein Jahr später erlebte die Stadt mit der Eröffnung der zweiten Hochschule, der *Islamska Akademija* [Islamische Akademie], 2006 in *Fakultet za Islamske Studije* (FIS – Fakültät für islamische Studien) umbenannt, einen „kulturellen Boom“. Die Fakultät versteht sich als symbolische Fortsetzung der Tradition islamischer Kulturstätten, was dadurch hervorgehoben wird, dass das Gebäude am Hauptplatz Novi Pazars angesiedelt ist, dem früheren Sitz von *Gajret* und einer *Madrasa*, wie in der offiziellen Broschüre in englischer Sprache betont wird.[72] Eine hervorgehobene inhaltliche Rolle der osmanischen Vergangenheit in den Kursen leugnet jedoch der Gremiumsvorsitzender Mehmed Mešić, was insbesondere für das Fach Orientalistik zutreffe, in dem nur die moderne türkische Sprache und Kultur unterrichtet würden.[73] Interessant ist die Tatsache, dass die Hochschule „selbstfinanziert“ ist und zwar durch Studiengebühren und vor allem die Spenden der *Islamska Zajednica* bzw. von Mäzenen aus der Diaspora.[74] Dabei zeigt der Einfluss der Dekane der Fakultät, insbesondere des allgegenwärtigen Muftis Muamer Zukorlić seine Wirkung. Der Fokus auf die arabische Welt – im Vergleich zur weniger vertretenen Türkei – lässt sich hauptsächlich auf die Biografie Zukorlićs und anderer Dekane beziehen, die in Nordafrika studiert haben.[75] Das symbolische Kapital des Muftis ist also keineswegs zu unterschätzen, da das Ziel der oben erwähnten Hochschulen – ähnlich wie bei *Gajret* in der Zwischenkriegszeit – darin besteht, die künftige Elite im Sandžak auszubilden und eine Alternative zur Auswanderung anzubieten.[76] Dies hat einerseits unmittelbare finanzielle Vorteile für viele Studierende, die sich das Studium woanders nicht leisten könnten. Andererseits ließe sich einwenden, dass die in Novi Pazar bleibenden Studierenden geringere Chancen bekommen, andere Lebensperspektiven zu erleben und größere inhaltliche Vielfalt in den Kursen zu finden. Die lokalen privaten „Mufti-Fakultäten“ könnten somit zur kulturellen Isolation beitragen und jüngere

[70] Međunarodna krizna grupa: Srpski Sandžak i dalje zaboravljen. [Der serbische Sandžak immer noch vergessen]. In: Biserko, Sonja (Hg.) (2008): Sandžak. Identitet u procepu starog i novog. Beograd: Helsinški odbor za ljudska prava, S. 66–267.

[71] Siehe die Beschreibung auf der offiziellen Homepage: [Univerzitet u Novom Pazaru] (2012): Kratka historija. Historija Internacionalog Univerziteta u Novom Pazaru. In: Univerzitet u Novom Pazaru (Homepage). Online verfügbar unter http://www.uninp.edu.rs/sr-latn/o-univerzitetu/upoznavanje-sa-univerzitetom/kratka-historija/, zuletzt geprüft am 20.05.2012.

[72] [N., N.] (2009): Faculty of islamic studies Novi Pazar. Novi Pazar. (Informationsbroschüre der FIS).

[73] Guidi, Andreas (2012): Interview mit Mehmed Mešić. Novi Pazar, 29.03.2012. Gedächtnisprotokoll.

[74] Ebd.

[75] [N., N.] (2009): Faculty of islamic studies Novi Pazar.

[76] Ebd.

Generationen in der Linie mit besonderen „Kategorisierungen“ und „*invented traditions*“ prägen.

Eine weitere Kultureinrichtung ist das 2010 vom türkischen Premier Recep Tayyip Erdoğan und dem serbischen Präsidenten Boris Tadić eröffnete *Turski Kulturni Centar*.[77] Der offizielle Charakter dieses Ereignisses muss im Rahmen der türkischen Strategie für den Balkanraum erörtert werden, in welchem Ankara bereits seit den 1980er Jahren ein Territorium für seine politischen und wirtschaftlichen Interessen sieht.[78] Die idealisierte Verbindung und Verwandtschaft mit der Türkei blieb selbst in Zeiten geringer Mobilität erhalten.[79] Dabei spielt auch die Identifikation mit dem Begriff *Turčin* eine Rolle, der bis Ende des 19. Jahrhunderts im Serbokroatischen die Muslime bezeichnete.[80] Diese Fremdbezeichnung wäre zudem Anreiz für das Gefühl der kulturellen Nähe mit dem türkischen Staat seitens der Bošnjaken,[81] wie die Direktorin des Zentrums Almira Sulijević ausführt. Außerdem war Ankara – wie bereits angedeutet – die Stadt, in der Sulejman Ugljanin seine politische Strategie während des Exils entwickelte. Doch dabei sollte nicht unreflektiert von einer „türkischen Identität“ der Bevölkerung Novi Pazars gesprochen werden,[82] stattdessen sollten die „materiellen“ Faktoren hinter diesem Phänomen erläutert werden.

Die Türkei stellt für die sandžakische Jugend nach wie vor die bevorzugte Option für eine Karriere im Ausland dar: während des Bosnienkriegs konnten mehr als 1000 Jugendliche durch ein von Ankara finanziertes Stipendium ihr Studium in der Türkei anfangen bzw. fortsetzen.[83] Das Kulturzentrum bleibt allerdings von der „exogenen Dimension des Wandels“ bezüglich Referenzen und Kategorisierungen nicht verschont: der Name selbst erwies sich in diesem Sinne als umstritten, so dass der ursprüngliche *Turski Dom Kulture Atatürk* [Türkisches Kulturhaus Atatürk] nach der Entscheidung des neuen türkischen Botschafter in Belgrad ein Jahr nach der Gründung in *Turski Kulturni Centar* [Türkisches Kulturzentrum] umbenannt werden musste.[84] Andererseits, erklärt Frau Sulijević, kooperiere das Zentrum nicht mit den islamischen Institutionen der Stadt[85] und funktioniere vor allem durch die Zusammenarbeit der Botschaft in Belgrad und der lokalen Verwaltung. Außerdem sei dort kaum Material über die osmanische Vergangenheit des Sandžak zu finden, sondern fast nur über die zeitgenössische Türkei in Form von Sprachkursen und Medien.

[77] [Beta] (2010): Erdogan u Ponedeljak u poseti Srbiji. In: Beta, 10.07.2010. Online verfügbar unter http://www.beta.rs/?tip=article&kategorija=vestidana&ida=2345204&id=&ime=, zuletzt geprüft am 21.05.2012.

[78] Poulton, Hugh; Taji-Farouki, Suha (Hg.) (1997): Muslim Identity and the Balkan State. London: Hurst, S. 3.

[79] Mušović, S. 109.

[80] Bougarel, S. 84.

[81] Guidi, Andreas (2012): Interview mit Almira Sulijević. Novi Pazar, 28.03.2012. Gedächtnisprotokoll.

[82] Diese ethnische Kategorie wurde in der Volkszählung von 2002 nicht verzeichnet.

[83] Vgl. Fijuljanin, Muhedin (2010): Sandžački Bošnjaci [Die Sandžakischen Bošnjaken]. Tutin: CBS. Insgesamt wurden für Studierende aus dem Balkan über 12.000 Stipendien vergeben. Siehe Andrejević, S. 211.

[84] Guidi: Interview mit Almira Sulijević.

[85] Ebd.

Fazit

Anhand der verschiedenen Betrachtungen über die inneren Dynamiken der Identifikationsprozesse lässt sich schlussfolgern, dass eine sandžakische „Identität“ nie ohne Aporien oder *omissis* definiert werden kann. Im zweiten Teil wurden die markanten „Unterdrückungsnarrative“ hinterfragt und nur wenige Parallelen zwischen der „bošnjakischen Nationalgeschichte“ und den Ereignissen und Machtverhältnissen im Sandžak des 20. Jahrhundert wiedergefunden. Dieses Narrativ kann jedoch nicht pauschal als „Geschichtsrevisionismus“ bezeichnet werden, da eine gewisse Identifikation mit dem „Titoismus“ weiterhin präsent ist.[86] Außerdem findet keine gründliche Auseinandersetzung mit der osmanischen Vergangenheit statt, so dass damals entstandene Symbole in direkte Verbindung mit der mittelalterlichen „bosnischen“ Epoche gesetzt werden.

Bereits 1968 bemerkten jugoslawische Soziologen, dass der Fokus auf Bezeichnungen wie „Bošnjak“ einen Hinweis auf politischen Feudalismus,[87] also Machtansprüche gegenüber der zentralen Macht in einem bestimmten Territorium, darstellte. Ohne Zweifel spielte der Zerfall Jugoslawiens in diesem Prozess in einer peripheren Region wie dem Sandžak eine große Rolle. Nichtsdestotrotz bleibt der Regionalismus bzw. die „regionale Identität“ dieses Gebiets – in dem mehrere Referenzen aufeinandertreffen, ohne zu einer Synthese zu kommen – nur ein Konzept des *imaginaire*, das keine Aussicht für radikale politische Implikationen zu haben scheint.[88] Der Sandžak ist bis heute vielmehr auf die „exogene Dimension des Wandels“ angewiesen und hätte ohne Verbindungen mit Sarajevo, den islamischen Ländern und der Türkei keine *raison d'etre,* so dass die Identifikationsprozesse nur sehr wenig um ein inneres Zentrum gravitieren. Diese Tatsache wird von einzelnen Biografien der heutigen Elite bestätigt, in denen die Ausbildung und die Zugehörigkeit zu (kultur-)politischen Netzwerken an diesen externen „Polen“ erfolgte. Bestimmte sich dort durchsetzende Modelle wurden dann im Sandžak propagiert, so dass beispielsweise die Konstellation *„Bošnjak-Islam“* einen optimalen Stützpunkt in der heutigen türkischen Regierung findet.

Dieses Phänomen erweist sich als guter Lackmustest für die „traditionellen“ Gruppen- und Nationsbildungsmodelle und das Resultat scheint eine neue Lesart zu erfordern. Die Abwesenheit eines „internen“ Schwerpunktes in dieser Dynamik und die Pluralität der „externen“ Orientierungspunkte weist auf den geographischen Charakter des Sandžak hin: Novi Pazar ist ein Schlüsselpunkt in einem Tal, der verschiedene Regionen verbindet. Seit mindestens 550 Jahren besteht auf diesem Gebiet ein „Korridor“, der die Mobilität von Menschen, Ideen und Waren fördert. Der Begriff Korridor erhält hier eine Konnotation in Rahmen von Identifikationsprozessen, die als „Transit“ von externen Tendenzen bezeichnet werden kann. Der Sandžak als Korridor ist also ein Gerüst a priori, der von verschiedenen Impulsen mit verschiedenen Inhalten zusammengehalten wird. Nicht einmal die Isolation

[86] Ein Beispiel ist der dem ZAVNOS gewidmete Feiertag.

[87] Jokanović, Vlado (1968): Elementi koji su kroz istoriju djelovali pozitivno i negativno na stvaranje bošnjaštva kao nacionalnog pokreta [Elemente, welche sich im Laufe der Geschichte positiv und negativ auf die Erschaffung des Bošnjakentums als nationaler Bewegung auswirkten]. In: Pregled 58, II (8), S. 133–163, hier S. 148.

[88] Konkrete Strategien für eine Autonomie des Sandžak wurden nie klar aufgeworfen: Selbst im Memorandum von 1993 und in der frühen Rhetorik der SDA scheint der Anschluss an Bosnien die bevorzugte Option gewesen zu sein, was von Dayton und auch später von der Unabhängigkeit Montenegros vereitelt wurde.

durch den peripheren Status in einem Nationalstaat mit einer unterschiedlichen „dominanten Kultur“ wie der serbischen oder das durch die politische Krise der 1990er Jahre verursachte Vakuum, in dem neue Einflüsse von außen ihre Vorstellungen propagierten, konnte diesen Charakter vollständig verdrängen. Dies ist letzten Endes nicht unbedingt als Konfliktpotential zu betrachten. Die heutige sandžakische Elite hat einen *modus vivendi* mit Belgrad gefunden, in dem sich die Forderungen in Form von politischen Parolen lediglich auf die Bestätigung des Korridor-Charakters auch im kulturellen Sinne beziehen, so dass die Auseinandersetzung eher einer „dialektischen Symbiose“ ähnelt, die auf eine nähere Zukunft ohne offene Konfrontation hoffen lässt.

Literaturverzeichnis

Monographien und Aufsätze

Anderson, Benedict (1991): Imagined Communities. 2. Ed. London: Verso.

Andrejević, Milan (1997): The Sandžak: A Perspective of Serb-Muslim Relations in Poulton, Hugh; Suha Taji-Farouki (Hg.): Muslim Identity and the Balkan State. London: Hurst, S. 170–194.

Bayart, Jean François (1996): The Illusion of Cultural Identity. London: Hurst.

Biserko, Sonja (Hg.) (2008): Sandžak. Identitet u procepu starog i novog [Der Sandžak. Die Identität zwischen dem Alten und dem Neuen]. Beograd: Helsinški odbor za ljudska prava.

Bougarel, Xavier; Clayer, Natalie (2001): Introduction. In: Bougarel, Xavier; Natalie Clayer (Hg..): Le Nouvel Islam Balkanique. Paris: Maisonneuve et Larose, S. 5–78.

Bougarel, Xavier (2001): L'islam bosniaque, entre identité culturelle et idéologique politique. In: Bougarel, Xavier; Natalie Clayer (Hg..): Le Nouvel Islam Balkanique. Paris: Maisonneuve et Larose, S. 79–132.

Brown, Carl L. (Hg.) (1996): Imperial Legacy. The Ottoman Imprint on the Balkans and the Middle East. New York: Columbia University Press.

Brubaker, Roger (2007): Ethnizität ohne Gruppen. Hamburg: Hamburger Edition.

Dacić, Nadir (2009): Gajret u Sjenici [Gajret in Sjenica]. Prijepolje: UKS.

Dedijer, Jevto (1913): Nova Srbija [Das neue Serbien]. Beograd: D. Obradović.

Đilas, Milovan; Gaće, Nadežda (1996): Adil Zulfikarpašić. Eine politische Biografie aus dem heutigen Bosnien. München: Oldenbourg.

Džaja, Srečko (2002): Die politische Realität des Jugoslawismus (1918-1991). München: Oldenbourg.

Džihić, Vedran; Wieser, Angela (2010): Krise(n) im Sandžak als Testfall für die Demokratie in Serbien: Alte Konflikte, neue Konstellationen. In: Southeast Europe. Journal of Politics and Society (2), S. 173–197.

Džudžević, Esad; Fijuljanin, Muhedin (2010): Pod našom zastavom. [Unter unserer Flagge]. Novi Pazar: BNV.

Fijuljanin, Muhedin (2010): Sandžački Bošnjaci [Die Sandžakischen Bošnjaken]. Tutin: CBS.

Filandra, Šaćir (1998): Bošnjačka politika u XX. Stoljeću [Bošnjakische Politik im 20. Jahrhundert]. Sarajevo: Sejtarija.

Genov, Nikolai (Hg.) (2007): Comparing Patterns of Interethnic Integration. In: Genov, Nikolai (Hg.): Patterns of Interethnic Integration. Berlin: Freie Universität Berlin (Arbeitspapiere des OEI FU Berlin der Abteilung Soziologie, 57), S. 7–16.

Gligorijević, Branislav (1979): Parlament i političke stranke u Jugoslaviji (1919-1929) [Das Parlament und die politischen Parteien in Jugoslawien (1919-1929)]. Beograd: Narodna knjiga.

Grandits, Hannes (2007): Zur Modernisierung der spätosmanischen Peripherie: Die Tanzimat im städtischen Leben der Herzegowina. In: Brunnbauer, Ulf; Andreas Helmedach; Stefan Troebst (Hg.): Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa. Festschrift für Holm Sundhaussen zum 65. Geburtstag. München: Oldenbourg, S. 39–56.

Herzfeld, Michael (1997): Cultural Intimacy. Social Poetics and the Nation State. New York: Routledge.

Hobsbawm, Eric (1983): Introduction. Inventing Traditions. In: Hobsbawm, Eric; Terence Ranger (Hg.): The Invention of Tradition. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–15.

Jokanović, Vlado (1968): Elementi koji su kroz istoriju djelovali pozitivno i negativno na stvaranje bošnjsatva kao nacionalnog pokreta [Elemente, welche sich im Laufe der Geschichte positiv und

negativ auf die Erschaffung des Bošnjakentums als nationaler Bewegung auswirkten]. In: Pregled 58, II (8), S. 133–163.

Kemura, Ibrahim (1986): Uloga „Gajreta“ u društvenom životu muslimana Bosne i hercegovine (1903-1941). [Die Rolle Gajrets im gesellschaftlichen Leben der Muslime in Bosnien und Hercegovina]. Sarajevo: Veselin Masleša.

Lutovac, Zoran (1994): Muslimani u političkom životu SRJ. [Die Muslime im politischen Leben der SRJ]. In: Sociološki pregled 28 (4), S. 519–526.

Međunarodna krizna grupa: Srpski Sandžak i dalje zaboravljen. [Der serbische Sandžak immer noch vergessen]. In: Biserko, Sonja (Hg.): Sandžak. Identitet u procepu starog i novog [Der Sandžak. Die Identität zwischen dem Alten und dem Neuen]. Beograd: Helsinški odbor za ljudska prava, S. 205–296.

Memić, Mustafa (1995): Zemaljsko antifašističko vijeće sandžaka – Zavnos. [Der antifaschistische Landesausschuss des Sandžaks – ZAVNOS]. In: Zulić, Arif (Hg.): Sandžak na putu autonomije. [Sandžak auf dem Weg zur Autonomie]. Sarajevo: Vijeće kongresa bošnjačkih intelektualaca, S. 66–76.

Mušović, Ejup (1979): Etnički procesi i etnička struktura stanovništva Novog Pazara [Die ethnischen Prozesse und die ethnische Struktur der Bevölkerung Novi Pazars]. Beograd: Srpska akademija nauka i umetnosti.

Popović, Aleksandar (2009): L’islam balcanique. Les Musulmans du sud-est européen dans la période post-ottomane. Istanbul: ISIS (1. Auflage Berlin, 1986).

Purivatra, Arif (1999): Jugoslavenska muslimanska organizacija u političkom životu kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca. [Die jugoslawische muslimische Organisation im politischen Leben des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen]. Sarajevo: Bosanski Kulturni Centar.

Ramet, Pedro (1989): Die Muslime Bosniens als Nation. In: Kappeler, Andreas; Gerhard Simon; Georg Brunner (Hg.): Die Muslime in der Sowjetunion und Jugoslawien. München: Markus. S. 107–114.

Republika Srbija. Republički zavod za statistiku (2003): Popis stanovništva domaćinstava i stanova u 2002. Knj. 1 [Register der Bevölkerung, Haushalte und Wohnobjekte im Jahre 2002. Bd. 1]. Beograd: Republički zavod za statistiku.

Suljević, Kasim (1981): Nacionalnost Muslimana [Die Nationalität der Muslime]. Rijeka: Otokar Keršovani.

Todorova, Maria (1996): The Ottoman Legacy in the Balkans. In: Brown, Carl L. (Hg.): Imperial Legacy. The Ottoman Imprint on the Balkans and the Middle East. New York: Columbia University Press, S.45–77.

Tomić, Đorđe (2011): Od transformacije do tranzicije i nazad. Nauka o transformaciji? Pojmovi, pitanja, teorije [Von Transformation zur Transition und zurück. Transformationsforschung? Begriffe, Fragen Theorien]. In Veselinović, Ana; Petar Atanacković; Željko Klarić (Hg.): Izgubljeno u tranziciji: kritička analiza procesa društvene transformacije. Beograd: Rosa Luxemburg Stiftung, S. 33–56.

Zulić, Arif. (Hg.) (1995): Sandžak na putu autonomije [Sandžak auf dem Weg zur Autonomie]. Sarajevo: Vijeće kongresa bošnjačkih intelektualaca.

Zeitungsartikel und Broschüren

[N., N.] (1940): „Prilikom proslave 20-godišnjice Gajretova rada u Sandžaku” [Anlässlich des 20. Jubiläums Gajrets Arbeit im Sandžak]. In: Gajret 20 (6), 01.06.1940, (o. S.).

[N., N.] (1940): „Novopazarski Sandžak u prošlosti“. [Der Sandžak von Novi Pazar in der Vergangenheit]. In: Gajret 20 (6), 01.06.1940, (o. S.).

[N., N.] (2007): „Sevdalinka – naše blago“ [Sevdalinka – unser Schatz]. In: Bošnjačka Riječ (7), S.27–28.

[N., N.] (2009): Faculty of islamic studies Novi Pazar. Novi Pazar. (Offizielle Informationsbroschüre der FIS).

Interviews von Andreas Guidi

Interview mit Almira Sulijević. Novi Pazar, 28.03.2012.

Interview mit Dragica Premović-Aleksić. Novi Pazar, 29.03.2012.

Interview mit Mehmed Mešić. Novi Pazar, 29.03.2012.

Webressourcen

Bošnjačko nacionalno vijeće (2012): Predsjednik. In: Bošnjačko nacionalno vijeće (Homepage). Online verfügbar unter http://www.bnv.org.rs/tijela-bnv/predsjednik/, zuletzt abgerufen am 19.05.2012.

[N., N.] (2010): Konačni rezultati izbora za BNV. In: Sadzakinfo.net. Online verfügbar unter http://www.sandzakinfo.net/info/politika/634-konani-rezultati-izbora-za-bnv, zuletzt geprüft am 20.05.2012.

[N., N.] (2011): Čiplić potpaljuje sandžačke vatre. Raspisani novi izbori za BNV. In: e-novine, 18.01.2011. Online verfügbar unter http://www.e-novine.com/srbija/vesti/43993-ipli-potpaljuje-sandake-vatre.html, zuletzt geprüft am 20.05.2012.

[Beta] (2010): Erdogan u Ponedeljak u poseti Srbiji. In: Beta, 10.07.2010. Online verfügbar unter http://www.beta.rs/?tip=article&kategorija=vestidana&ida=2345204&id=&ime=, zuletzt geprüft am 21.05.2012.

[Politika] (2012): Zukorlić odbacuje deklaraciju BNV-a. In: B92, 30.01.2012. Online verfügbar unter http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2012&mm=01&dd=30&nav_category=206&nav_id=578213, zuletzt geprüft am 04.12.2012.

[Univerzitet u Novom Pazaru] (2012): Kratka historija. Historija Internacionalog Univerziteta u Novom Pazaru. In: Univerzitet u Novom Pazaru (Homepage). Online verfügbar unter http://www.uninp.edu.rs/sr-latn/o-univerzitetu/upoznavanje-sa-univerzitetom/kratka-historija/, zuletzt geprüft am 20.05.2012.

Eckehard Pistrick

Spatial Detachment – Emotional Detachment

Delocalizing and Instrumentalizing Local Musical Practice in the Communist Regimes of Southeastern Europe[1]

Abstract

Cultural traditions in their local understanding are bound to particular places and to a particular social setting, possessing generally a high degree of interaction. The exercise of political power and the commercialization of traditional music have fundamentally shaken this interactive relation between sound, space and social action. Local identities and histories became confronted with constructed national identities and a homogenized national history. Musical practice witnessed a process of uprooting, the division of performers from their audience related to an emotional reconfiguration. The emotionally and spatially-bound cultural practice became redefined in terms of a static "cultural object" whose aesthetic properties were highlighted over its dynamic functional and interactional character. This progression from local tradition towards national folklore had many implications and was often accompanied or accelerated by state-directed audiovisual media. The symbolic distancing of musical practice from its origin had undeniable socio-political implications. Especially in the communist regimes of Southeastern Europe this act was interpreted as a logical parallel movement to the break with the ill-famed past in other spheres of the society. After the fall of the communist regimes cultural practice was re-appropriated and re-contextualized on an impressive scale by local actors. The return of the Local was guided by wider (cultural) politics of regionalization and re-traditionalization and the needs of a world-wide music market with a growing interest in what was called "authentic" and "rooted" musical practice. At the same time the brand "Balkan music" emerged, depicting an apolitical "emotional territory" which stood in sharp contrast to the image of the Balkans in the Western mediascape.

Pistrick, Eckehard (2012): Spatial Detachment – Emotional Detachment. Delocalizing and Instrumentalizing Local Musical Practice in the Communist Regimes of Southeastern Europe. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 77–87.

Sound and space

This article aims at providing some general reflections on the multiple ways space and sound interacted during the communist period in Southeastern Europe and how these links became reactivated and highlighted in the post-communist era. This involves certain strategies and politics of space and time which detach musical objects from its place of origin, allowing its use as "cultural objects", suitable for the transmission of ideological messages.

Places are not only physical settings to which sentiments and sounds are attached, "places are politicized, culturally relative, historically specific, local and multiple constructions".[2] The meanings attached to a place should therefore be treated as socially constructed, contested and dynamic.

Places maintain multiple links with sounds. Each performance is intrinsically linked to a certain social and spatial context. It is music which allows us also to locate and relocate ourselves. It informs our sense of place and identity. Stokes states that "the musical event […] evokes and organizes collective memories and presents experiences of place with an intensity, power and simplicity, unmatched by any other social activity".[3] He also argues for considering the relation between space and sound a dynamic interplay: Through music the hierarchies of place are negotiated and transformed. But in a same way places constructed

[1] A draft of this paper was originally presented at the International Seminar *"Territoire, pouvoirs et identities dans les Balkans contemporains"* organized by the Université de Provence, MMSH, the French School of Athens at the Fondation Montalembert, Rhodes 13-20 September 2010.

[2] Rodman, Margaret C. (1992): Empowering Place: Multilocality and Multivocality. In: American Anthropologist 94, p. 641.

[3] Stokes, Martin (1994): Introduction. In: Martin Stokes (ed.): Ethnicity, Identity and Music. The Musical Construction of Place. Oxford: Berg, p. 3.

through music involve notions of difference and social boundaries. Erlmann argues even for the existence of a so-called "practiced place",[4] a space defined more by musical practices and networks of interactions than by its mere physical traits. Sound possesses the power to construct and reconstruct physical or virtual places. Places on the other hand have the potential to generate sounds and to make sounds meaningful. The links between space and sound are so tight that certain musicologists have even argued for a common discipline – a "*géographie musicale*" or a "*géo-musicologie*"[5], which unites both dimensions. Jérôme Cler for example, witnessed in the Western Taurus mountains of Turkey that certain musical genres maintain a primordial relation to the place where they are created and performed: he speaks about a "*coherence entre les lieux, les affects, les forms*"[6] with a deeply local significance.

Sound and space can also maintain a fictive-imaginative relation. This is particularly valid for diaspora musicians who reconstruct their homelands through sounds, which refer to particular places and memories.[7]

The period of socialism: strategies of uprooting and disappropriation

Cultural traditions in their local understanding are bound to particular places and to a particular social setting, possessing generally a high degree of interaction. The exercise of political power, but also the diverse commercialization strategies of the cultural industry, particularly since the 1990s, has shaken fundamentally this interactive relation between sound, space and social action. Local identities and histories became confronted with constructed national identities and a homogenized national history. Sounds became incorporated into a wider trans-national musical market and were successively transformed into brands such as "Gypsy music" or "Balkan music". Musical practice witnessed a process of uprooting, the division of performers from their audience related to an emotional reconfiguration. The emotionally and spatially-bound cultural practice became redefined in terms of a static "cultural object" whose aesthetic properties were highlighted over its dynamic functional and interactional character.

Parallel with the creation of cooperatives in communist countries and with the land disappropriation campaigns in the 1950s, local cultural facts became controlled by the state and its wide-ranging system of cultural houses. In Bulgaria the pre-existing system of *čitalište* (cultural houses) became reactivated and diversified its activities in communist times. The centers had to fulfill a function of "cultural education". The directives were dictated by a party congress of culture which was organized each four years.[8] Feasts and rituals were organized by the members of the cultural houses and modified in their nature in order to fit the political guidelines of the party. In the 1950s, government-sponsored *kolektivi*, collectives of folk music were also formed. In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, the organization of folklore activities was building, like in the Bulgarian case, on pre-World War II institutions: the "Festival for Croatian Folk culture" e.g. was continued under the name "International Folklore Fair" which was held since 1965 in Zagreb.[9] In the whole of

[4] Erlmann, Veit (1998): How Beautiful is Small? Music, Globalization and the Aesthetics of the Local. In: Yearbook for Traditional Music 30, p. 12–21.

[5] Cler, Jérôme (1999): Paysages musicaux – une approche musicologique. In: Ktema 24, p. 259–267.

[6] Ibid., p. 260.

[7] See Sugarman, Jane (1999): Imagining the Homeland: Poetry, Songs, and the Discourses of Albanian Nationalism. In: Ethnomusicology 43 (3), p. 419–458; Le Menestrel, Sara; Jacques, Henry (2010): 'Sing Us Back Home': Music, Place, and the Production of Locality in Post-Katrina New Orleans. In: Popular Music and Society 33 (2), p. 179–202.

[8] Bochew, Sandrine (2003): Pratiques festives anciennes – nouvelles organisations. In: Balkanologie 7 (2), p. 76.

[9] Rihtman-Augustin, Dunja (1992): Von der Marginalisierung zur Manipulation – Die Volkskultur in Kroatien in unserer Zeit. In: Roth, Klaus (ed.): Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne. Munich: SOG, p. 288.

Yugoslavia the local cultural organization was consigned to cultural centers – *kulturni centri*, cultural-artistic societies – KUDs – *Kulturno umetnička društva*, which organized the so-called "village gatherings" (*susreti sela*). These activities represented a backbone of the cultural life, particularly in the rural areas of Southeastern Serbia during the 1970s and 1980s.[10] In Albania, the structure of the collectives, created between 1948 and 1955, served as a model for the organization of local cultural groups, which performed at official occasions such as the birthday of the party leader, the first of May, the inauguration of monuments, or at the National Folklore Festival in Gjirokastra, established in 1968.

Festival culture

It is not by chance that every country of the Communist bloc in Southeastern Europe organized its own national folk festival. Staging local culture was not only an attempt to control history and traditions. Through its centralized character such festivals were also instruments for controlling space and regional diversity. It was on the festival stage, where the progression from local tradition towards national folklore should ideally take place. The transition from tradition towards folklore (understood as decontextualized tradition), aimed at the creation of a new folklore – in Bulgaria called *narodna dusha* (in folk spirit), in Albania *folklori i ri* (New Folklore). Such a modified, spatially and emotionally detached folklore was ideally serving and representing the new regimes, heralding in the cultural sector a new model of society. Such a cultural object allowed similarly also for an understanding of local cultural practice in national terms.[11]

The cultural fact of polyphony in Albania for example, which possesses a wide regional variety according to the different *krahinë* (regions), became therefore interpreted in terms of an ethno-geography, backed by constructed historical continuities:

> *"L'extension de la polyphonie, sous telle ou telle forme, correspond plus ou moins aux zones où avait été réalisé le passage de la culture illyrienne á la culture nationale albanaise, précisément dans les régions où vit aujourd'hui le peuple albanais et où sa langue est parlée."*[12]

Such national interpretation of local musical practice aimed at proving the "autochthonous character"[13] of cultural facts. This national interpretation also included the categorical denial of foreign influences. The drone voice in polyphonic songs, whose very name *iso* already points on the "ison" of Byzantine church music, was considered an internal invention of Albanian culture:

> *"…le bourdon n'est pas un élément qui fut introduit dans le chant polyphonique albanais de manière mécanique de l'étranger, ni même de la culture byzantine, mais le résultat logique de l'évolution des facteurs internes de cette culture."*[14]

---

[10] Hofman, Ana (2010): Staging Socialist Femininity. Gender Politics and Folklore Performance in Serbia. Leiden: Brill.

[11] See Kaneff, Deema (2004): Who Owns the Past? The Politics of Time in a 'Model' Bulgarian Village. Oxford: Berghahn.

[12] "The extension of the polyphony, in this or that form, corresponds more or less to the areas in which the transition from Illyrian culture to an Albanian national culture took place, precisely in those regions where today are living Albanians or where the Albanian language is spoken." (my translation). Kruta, Benjamin (1985): La polyphonie, héritage culturel ancien du people albanais. In : ASSH (ed.): Problèmes de la formation du peuple albanais, de sa langue et de sa culture. Tirana: Ed. 8 Nëntori, p. 292.

[13] Ibid., p. 293.

[14] "…The drone is not an element which was introduced into the polyphonic Albanian song in a mechanical way from the outside, or even by the Byzantine culture, but it was a logical result of the evolution of internal factors within that culture." Ibid., p. 303.

This shifting from the local towards a national-ideological meaning was often accompanied or accelerated by state-directed audiovisual media. Cultural policy-makers and researchers such as Alfred Uçi, former director of the Albanian Folklore Institute, were conscious about the influential role of media in broadening the "territories" in which folk culture was created and lived.

> "Radio, film, television etc. have brought songs, dances and regional music (*muzika krahinore*) to the attention of the whole nation and have started the development of vital exchange of regional, zonal or local folkloric creations, which did not have such a tight communication between each other in the past."[15]

A specific local singing style, for example, like the style of Himara with a fourth tremolo voice, originally restricted to a small geographic area at the Albanian coast, could become promoted and widespread through the festival culture in the entire Southwestern part of Albania. Paradoxically, the stage served also as a way to conserve local musical practices. The style of the village of Lapardha and the song *"Janinë ç'i panë syte"* (Janinë what have your eyes seen) for example, was discovered by musicologists while preparing the 1978 edition of the Albanian National Folklore Festival in Gjirokastra. Once put on the stage, the song had an immediate success and was subsequently imitated by a wide range of polyphonic groups. The festival therefore actively contributed to the dissemination of local meaningful musical practice on an abstract "national" level. This exchange was favored also by the creation of professional state-sponsored folklore ensembles. In Bulgaria one of the most famous ensembles was the orchestra of Radio Sofia, founded in 1951, which gathered musicians and singers from all parts of the country. Instead of village music they played a new 'westernized' form of Bulgarian folk music.

The symbolic distancing of musical practice from its origin had undeniable socio-political implications. Especially in the communist regimes of Southeastern Europe this act was interpreted as a logical parallel movement to the break with the ill-famed past in other spheres of the society. The professionalization and the staging of musical practice were seen as a complimentary endeavor to the establishment of the collectives and the engagement for gender equality. The hegemony of urban aesthetics in communist regimes became imposed on rural practices in order to "educate", "discipline" and "refine the peasants".[16] The dynamics of instrumentalizing local cultural practice in terms of a "cultural objectification",[17] through detaching it emotionally in space and time, happened in favor of an imposed "modernity". These steps also aimed at reducing the individual contribution or specifically local in musical practice in favor of folklore as "art, which is created and lived by a large mass of people, who express their collective aspiration, psychology and ideals."[18] Folklore was idealized as collective anonymous creation, reflecting the soul of the people, a timeless and spaceless mirror of the ideal socialist society.

The way of bringing local practice on the national stage – basically a process of de-contextualization and uprooting – can be examined at the example of the National Folklore Festival Gjirokastra: In a first phase of around nine months, meetings in villages and working centers were organized with the aim of a massive participation of singers, dancers

[15] Uçi, Alfred (2007): Estetika e Folklorit [The Aesthetics of Folklore]. Tirana: Academy of Sciences Publishing House, p. 366.
[16] See Silverman, Carol (1992): Peasants, Ethnicity, and Ideology in Bulgaria. In: Roth, Klaus (ed.): Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne. Munich: SOG, p. 295–308.
[17] Handler, Richard (1988): Nationalism and the Politics of Culture in Quebec. New Directions in Anthropological Writing. Madison: University of Wisconsin Press.
[18] Uçi, p. 176.

and instrumentalists. In 1983, 70.000 musicians participated in this first phase. In a second three month phase, a competition, based on the 26 administrative units of Albania, was held. This phase included the formation and selection of suitable musicians by a scientific jury, headed by specialists of the Institute for Folk Culture. The final outcome was the competition at the festival of Gjirokastra in which the 26 administrative units were represented by 26 groups, containing around 2.000 participants.[19]

Two contradictory ideas were embedded in these contexts: the conservation of the "authenticity" of folklore and the "evolution" of folklore parallel with the development of the new socialist order. According to Uçi, the massive participation at folklore festivals in communism has shown that "folklore is not any more a movement of analphabets and people from the village, but the creation of educated and school-attending masses".[20] Indeed among the festival participants in 1973, 1978 and 1983 18% had finished elementary school, 60% secondary school and 20% grammar school.[21]

Progress was not only measured in terms of how much folklore became refined and cultivated, it was also measured in terms of its successful modification, meaning the partly or complete recreation of texts and the imposition of arrangements.

> "'Decomposed' repertoires and genres 'which are connected with the past and which had ritual-magic or practice-utilitarian purposes' […] and which have not anymore any kind of social or cultural basis for such functions were reactivated in the folkloric life of our society with a simple esthetic-artistic function."[22]

Let us pass from the macro-perspective to the micro-perspective, which is probably even more important for any research aiming at finding out about the effects of state-imposed folklore politics. As a representative example, the case of the South Albanian male folklore group of Zagoria (*Grupi karakteristik i Zagorisë*) will be described.

The group was formed in 1968 for the first festival in Gjirokastra out of 12-16 singers from different villages of the region, which formed one cooperative. The main part of the group nevertheless came from Lliar, the seat of the cooperative. Although the group continued to sing in terms of social interaction at improvised settings such as local weddings or feasts, for the festival the group formalized a largely political repertoire which was considered as outstanding "for its high ideological level, a stressed class-fighting character and a proletarian identification with the party".[23] In 1968 the group participated with a song on the treaty of Warsaw, in 1973 with the "Song for the 4th plenum of the Central Committee of the People's Republic of Albania" and in 1978 with another political satirical song entitled *Katër llafe për pesë pika* (Four words on five points).[24] These new songs texts were modeled after traditional models by the Gjirokastra-based poet Jorgo Telo.

Another example is the historical song *Vezerit van' e i thane*, whose roots reach back into the 19th century and which was sung up to the 1920s by the singer Aleks Shabani from Lliar and which in popular tradition was referred to as *këngë e Aleks Shabanit*. In communist times this song became factually disappropriated – it was not anymore considered as the creative property of a talented regional singer but the melodic basis of this song was taken and re-

[19] Ibid., p. 356–358.
[20] Ibid., p. 362.
[21] Ibid., p. 362.
[22] Ibid., p. 364.
[23] Jani, Alqi (1980): Grupi polifonik i Zagorisë. In: Albanian Academy of Sciences IKP (ed.): Probleme të Zhvillimit të Folklorit Bashkëkohor, Simpozium Festival Folklorik Kombëtare 28-29 Qershor 1979 [Problems of the evolution of contemporary folklore, Symposium of the National Folklore Festival 28-29 June 1979]. Tirana: Albanian Academy of Sciences, p. 82.
[24] Ibid., p. 81.

arranged with a newly created text honoring the omnipresent party. The song was entitled *Parti mal me strall* (The Party made of firestone) and became one of the sonic trademarks of the ensemble from Zagoria.

The results of the cultural policy of folklorization were ambivalent and wide-ranging. This policy left its marks on the local village level, on the space of origin, as the study of Hofman on the institutionalization of village feasts in Southeastern Serbia has shown.[25] The imposition of ideas of gender equality for example questioned traditional norms of rural society. Female singers were able to experience "emancipation" but only at the surface of gender relations, "without penetrating into the private sphere and inter-family relations".[26] Practitioners of local cultural life contradict the assumption that communist cultural life and all its state-sponsored manifestations represented artificial and imposed forms of communities' activities. On the contrary, they illuminate a significant role of these events in the everyday life of the villagers, as a specific revitalization of the former communal ritual activities. Beside that, communist times are associated in the Southeast Serbian case with particular social qualities such as socializing (*druženje*), helping (*pomaganje*) and togetherness (*zajedništvo*).[27] The study of Hofman, as in a similar vein Kaneffs' study about the politics of time in a Bulgarian village,[28] reminds us that a univocal negative view on communist folklore practices, particularly seen from an outsider perspective is problematic and that giving place to the narratives of the people and their situational influenced experiences of the past should be our priority.

The period of post-socialism: the re-appropriation of sound and space

The two decades after the fall of the communist regimes have seen particularly in local historiography – under the influence of migration movements and new cultural politics – the revaluation of the local and the "lost origin". This tendency can be interpreted as a way of re-appropriating and re-contextualizing cultural practice after its de-appropriation. Metaphorically culture, as well as the collectivized lands, were restituted to/retaken by its producers/owners.

One example for such a return to space, linked with a deeply felt nostalgia is the Albanian light music singer Poni. She was born in Vlora, South Albania, the main urban center of the Labëria region, where a vivid tradition of multipart singing prevails. Since the beginning of her career she presented herself as being tied to this local musical tradition, music business used to refer to her as a *"vajza 100 karat labe"* (a girl 100 Karat Labe). Locality was used as a common reference point in most of her video clips: she directs to the vanishing pastoralism, to her place of birth, historical monuments, and the shores of the Vjosa river, where she used to play as a child – all these places speak in the one or the other way about revaluating and re-appropriating local space in a post-communist context.

Her recent video clip links migration (Al. *kurbet*) with spatial belonging. *"Kurbeti moj nëna ime"* (Migration my mother), shot in the ancient ruins of Butrinti (itself an identity-generating place for Albanians), reflects on space in times of displacement.[29] In an interview the singer declared:

[25] Hofman.
[26] Ibid., p. 109.
[27] Ibid.
[28] Kaneff.
[29] Poni (2011): Kurbeti moj nëna ime [Migration my mother]. Videoclip. MAX Production. Online at http://www.youtube.com/watch?v=tYJZjbbUyzM, last access 30.09.2012.

> "This song is the *mall* (longing) of a son who directs to his mother and informs her how painful it is to remain far away from home. It is a song directed to the migrants and which closes with a happy end – their return to Albania."[30]

The most powerful and popular song dedicated to her place of origin is *Labëria, my Labëria* (Labëria, my Labëria).[31] Here she refers to a mythicized locality and her idealized "roots", melting with local pride and spatial nostalgia. Labëria as her place of origin is venerated in terms of a personalized goddess. At the same time this emphasized local reference guarantees for the authenticity of her musical product – directed to a taste public which, like her, identifies spatial belonging as the source for pride and creativity. The monotonously repeated refrain "*Labëri, moj Labëri*" makes almost forgotten that uncontrolled local sounds and local identifications were considered as potentially suspicious for more than forty years.

Labëri moj Labëri

labëri ta thura këngën
moj e shtrejnta labëri
tek ty lindem dhe u rritem
te kujtoj me dhemcuri

labëri o vend i bukur
andej ngaj jam edhe vetë
me kuroren përmbi kokë
duke shkuar si një princesh

labëri moj e vërtet
per ty do këndoj nje jet
dhe pa zë, sikur të mbes
do këndoj gjer sa të vdes

e labëri moj labëri
s'ka si ti moj, s'ka si ti
kush te thotë moj je e ashpër
je e larë me flori.

Labëria my Labëria

Labëria I put together this song
oh priceless Labëria
where we were born and grew up
I think of you with pain

Labëria oh beautiful place
the place where I am also from
with the crown above your head
you walk like a princess

oh true Labëria
I will sing a lifetime for you
even if I am left without voice
I will sing until my death

hey Labëria, oh Labëria
there is no one like you
no one will ever say that you are rough
as you are washed with gold.

In the whole of post-communist Southeastern Europe such tendencies for (re)linking musical practice to local space can be observed. Entire musical repertoires became exclusively associated with one particular cultural space: one prominent example is the urban repertoire of *sevdalinke* songs. Before World War II such songs were performed in a vast geographical area covering the coffeehouses of Bosnian-Herzegovinian towns as well as major cities as Belgrade, Zagreb, Budapest, Zombor (Sombor), Újvidék (Novi Sad), Vienna, Prague, and even Salonika and the USA.[32] In the post-Yugoslav world *sevdah*-songs became appropriated by and associated with the newly created Federal Democratic Republic of Bosnia-Herzegovina. A formerly transnational musical practice became "spaced" and institutionalized in the *Institut Sevdaha* of the Omer Pobrić Foundation in Mulići, close to Visoko. The revival of *sevdah*-music coincided with giving it an unambiguous „home-space". One of the most famous groups called itself "Mostar Sevdah Reunion" for two reasons: the ensemble was founded in Mostar, but Mostar seemed to be also a powerful metaphor for an

[30] Muhameti, Olsa (2010): Interview with Poni. In: Info-Kult (351), p. 20.
[31] Poni (2009): Labëri moj Labëri [Labëria my Labëria]. Videoclip. Super Sonic Production. Online at http://www.youtube.com/watch?v=Y7yb65jdYpU, last access 30.09.2012.
[32] Pennanen, Risto Pekka (2007): Recording Bosnia's musical heritage: From the Austro-Hungarian Era to World War II In: Bosnia Report (55/56, January-July). Online at http://www.bosnia.org.uk/bosrep/report_format.cfm?articleid=3187&reportid=173, last access 09.11.2012.

ethnic co-existence, which abruptly ended with the Yugoslav wars. For music critic Ognjen Tvrtković *Sevdalinka* songs are cultural identifiers of a distinct Bosnian-Herzegovinian identity:

> „The recent war has completely overshadowed the very rich and unique cultural tradition of Bosnia and Herzegovina. In the cultural heritage of this country, a special place belongs to the traditional Bosnian music form 'Sevdah'."[33]

While the revival of the Local, inscribed into wider (cultural) politics of regionalization and re-traditionalization, reached its height, musicologists could witness at the same time the raise of a transnational Balkan music in which the notion of the Balkans gained a new positive meaning beyond crises, wars and ethnical cleanings as an "emotional territory".[34] To create the brand "Balkan music" several features of what Todorova calls "Balkanism"[35] were selectively employed in order to construct an "Other Europe", a world of excessive emotionality, freedom, spirituality, characterized by an in-between position between Orient and Occident. Its aim was to produce the fiction of a homogenous, "natural" space, sharing similar cultural features, referring to a common cultural heritage. Musical practice in this area was described as genuine, "authentic", spontaneous, and guided by emotions.

This notion of the Balkans responded to the needs of a world-wide musical market with a growing interest in what was called "authentic" and "rooted" performances. "Balkan music" in this sense became successfully propagated as a subgenre, inscribed into a wider current of world music. The label "ethnic music" became considered not as a juxtaposed, but as an integral part of "world music". Important in this context is to mention that this development was not exclusively guided by exterior market forces or by the Western concept of the "Balkan Other": on the contrary, this development was largely supported by local musicians who adopted the notion "Balkan" for their own agendas. As Čolović[36] has demonstrated, Serbian musicians for example used the term "Balkan" to differentiate their music from hybrid forms, arguing that their sounds were ancient, authentic and rooted in nature, representing a unique blend between the spiritual and the secular. Their music was primarily authentic because of their presumed music-historical age, and as their sounds were dating far more back in time than sounds of other musical cultures, this made them competitive on the international music market: "Every song by the Teofilović brothers is older than the most recent world empire", reads the preface of the album *"Čuvari sna"* (Guardians of a Dream).[37]

This idea of a unified Balkan music, which in reality was nothing more than a commercial label, was heralded by the most commercially successful artists such as Goran Bregović and by audiovisual media. The realm of music seemed to be the right arena in which a politically correct multiculturalism could be exemplified, representing Southeastern Europe as „a region whose cultural tradition, most notably musical, is entirely focused on interfusion and

[33] Trtkovic, Ognjen. History of Sevdah, In: Official Website of the Mostar Sevdah Reunion. Online at http://www.mostarsevdahreunion.com/sevdah.html, last access 09.11.2012.
[34] Barber-Kersovan, Alenka (2010): Rock den Balkan! Die musikalische Rekonstruktion des Balkans als emotionales Territorium. In: Popularmusikforschung 34, p. 75–96.
[35] Todorova, Maria (2009): Imagining the Balkans. Oxford: Oxford University Press.
[36] Čolović, Ivan (2004): The Balkans in a Narrative about World Music in Serbia. In: New Sound 24, Online at http://www.newsound.org.rs/clanci_eng/7Colovic.pdf, last access 08.11.2012.
[37] Ibid., p. 2.

collaboration of the various people who live there",[38] transcending the boundaries of the present nation-states, languages and confessions.

Since 2005 the Sofia-based *Balkanika Music Television* transmits this message as a platform for commercial pop, rock, ethno and retro music from Albania, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Greece, Republic of Macedonia, Romania, Slovenia, Serbia, Montenegro and Turkey.[39] Its ultimate aim is to create a common taste public for a homogenized Balkan music.

In contrast to this Ethnic/Balkan music claiming for authenticity, other musical repertoires such as *turbo-folk* (in Serbia), *manele* (in Romania), *chalga* (in Bulgaria) or *tallava* (in Kosova) fluctuated between retrospective Oriental associations and utopist, fictive images of a Golden West. One may speak in this case of a heterotopic situation, or as Foucault describes it, to "live inside a set of relations that delineates sites which are irreducible to one another and absolutely not superimposable on one another."[40] Other researchers like Stoichiță have argued – in the case of *manele* – that music is experienced by the locals as having an agency of its own and do not necessarily refer to spatial and social dichotomies.[41] Music allows for the formulation of alternative notions of space, time and sociality. Music-making eventually serves the detachment from real time and real space, aiming at constructing and finding the "Social and Spatial Other", an experience which lies beyond the mere interaction between listeners and musicians. This technique of social and spatial escapism is described by Stoichiță in reference to Gell[42] as "enchantment".

In conclusion we might argue that the re-identification with space in the post-communist period took place following two antithetic directions: on the one hand the Local became linked to musical practice as an authentification strategy in a competitive music market. On the other hand a larger territorial-cultural brand was promoted: "Balkan music", involving diverse re-contextualization processes and a shifting from the primarily geographically determined notion of "space" in favor of the socially constructed "place".43 The creation of "Balkan music" can eventually be interpreted in two different ways: in one way it is inscribed into the commodification and homogenization of local musical practice, reducing more and more the significance of space for musical creation, favoring instead a virtual spatiality. In another way, the label can be seen also as an identity-preserving act, attempting to "translate" local, socially encoded sounds into more widely accessible sounds within the context of an accelerating musical globalization.

[38] Ibid., p. 3.
[39] See Balkanika TV. Online at http://www.balkanika.tv, last access 08.11.2012.
[40] Foucault, Michel (1967): Of Other Spaces, Heterotopias. Lecture given by Michel Foucault in March 1967. Publ. in: Architecture / Mouvement / Continuité (October 1984). Transl. by Jay Miskowiec. Online at http://foucault.info/documents/heteroTopia/foucault.heteroTopia.en.html, last access 09.11.2012.
[41] Stoichiță, Victor A. (forthcoming): The Squire in the helicopter – On parody in Romanian popular music. In: Yearbook of the New Europe College (Bucharest), p. 14. Online at http://halshs.archives-ouvertes.fr/docs/00/69/01/58/PDF/Stoichita_Squire-in-helicopter.pdf, last access 08.11.2012.
[42] Gell, Alfred (1992): The Technology of Enchantment and the Enchantment of Technology. In: Coote, Jeremy and Anthony Shelton (eds.): Anthropology, Art and Aesthetics. Oxford: Clarendon Press, pp. 40–63.
43 Barber-Kersovan.

Bibliography

Balkanika TV. Online at http://www.balkanika.tv, last access 08.11.2012.

Barbara-Kersovan, Alenka (2010): Rock den Balkan! Die musikalische Rekonstruktion des Balkans als emotionales Territorium. In: Popularmusikforschung 34, p. 75–96.

Bochew, Sandrine (2003): Pratiques festives anciennes – nouvelles organisations. In: Balkanologie 7 (2), p. 73–95.

Cler, Jerome (1999): Paysages musicaux – une approche musicologique. In: Ktema 24, p. 259–267.

Čolović, Ivan (2004): The Balkans in a Narrative about World Music in Serbia. In: New Sound 24, Online at http://www.newsound.org.rs/clanci_eng/7Colovic.pdf, last access 8.11.2012.

Erlmann, Veit (1998): How Beautiful is Small? Music, Globalization and the Aesthetics of the Local. In: Yearbook for Traditional Music 30, p. 12–21.

Foucault, Michel (1967): Of Other Spaces, Heterotopias. Lecture given by Michel Foucault in March 1967. Publ. in: Architecture / Mouvement / Continuité (October 1984). Transl. by Jay Miskowiec. Online at http://foucault.info/documents/heteroTopia/foucault.heteroTopia.en.html, last access 09.11.2012.

Gell, Alfred (1992): The Technology of Enchantment and the Enchantment of Technology. In: Coote, Jeremy and Anthony Shelton (eds.): Anthropology, Art and Aesthetics. Oxford: Clarendon Press, pp. 40–63.

Handler, Richard (1988): Nationalism and the Politics of Culture in Quebec. New Directions in Anthropological Writing. Madison: University of Wisconsin Press.

Hofman, Ana (2010): Staging Socialist Femininity – Gender Politics and Folklore Performance in Serbia, Leiden: Brill.

Jani, Alqi (1980): Grupi polifonik i Zagorisë. In: Albanian Academy of Sciences IKP (ed.) Probleme të Zhvillimit të Folklorit Bashkëkohor, Simpozium Festival Folklorik Kombëtare 28-29 Qershor 1979 [Problems of the evolution of contemporary folklore, Symposium of the National Folklore Festival 28-29 June 1979]. Tirana: Albanian Academy of Sciences, p. 81–84.

Kaneff, Deema (2004): Who Owns the Past? The Politics of Time in a 'Model' Bulgarian Village. Oxford: Berghahn.

Kruta, Benjamin (1985): La polyphonie, héritage culturel ancien du people albanais. In: ASSH (ed.) Problèmes de la formation du peuple albanais, de sa langue et de sa culture. Tirana: Ed. 8 Nëntori, p. 292–304.

Le Menestrel, Sara; Henry, Jacques Henry (2010): 'Sing Us Back Home': Music, Place, and the Production of Locality in Post-Katrina New Orleans. In: Popular Music and Society 33 (2), p. 179–202.

Muhameti, Olsa (2010): Interview with Poni. In: Info-Kult (351), p. 9–24.

Pennanen, Risto Pekka (2007): Recording Bosnia's musical heritage: From the Austro-Hungarian Era to World War II. In: Bosnia Report (55/56, January-July), Online at http://www.bosnia.org.uk/bosrep/report_format.cfm?articleid=3187&reportid=173, last access 09.11.2012.

Poni (2009): Labëri moj Labëri [Labëria my Labëria]. Videoclip. Super Sonic Production. Online at http://www.youtube.com/watch?v=Y7yb65jdYpU, last access 30.09.2012.

Poni (2011): Kurbeti moj nëna ime [Migration my mother]. Videoclip. MAX Production. Online at http://www.youtube.com/watch?v=tYJZjbbUyzM, last access 30.09.2012.

Rihtman-Augustin, Dunja (1992): Von der Marginalisierung zur Manipulation – Die Volkskultur in Kroatien in unserer Zeit. In: Roth, Klaus (ed.): Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne. Munich: SOG, p. 279–292.

Rodman, Margaret C. (1992): Empowering Place: Multilocality and Multivocality. In: American Anthropologist 94, p. 640–656.

Silverman, Carol (1992): Peasants, Ethnicity, and Ideology in Bulgaria. In: Roth, Klaus (ed.): Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne. Munich: SOG, p. 295–308.

Stokes, Martin (ed.) (1994): Ethnicity, Identity and Music. The Musical Construction of Place. Oxford: Berg.

Sugarman, Jane (1999): Imagining the Homeland: Poetry, Songs, and the Discourses of Albanian Nationalism. In: Ethnomusicology 43 (3), p. 419–458.

Todorova, Maria (2009): Imagining the Balkans. Oxford: Oxford University Press.

Trtkovic, Ognjen. History of Sevdah. In : Official Website of the Mostar Sevdah Reunion. Online at http://www.mostarsevdahreunion.com/sevdah.html, last access 09.11.2012.

Uçi, Alfred (2007): Estetika e Folklorit [The Aesthetics of Folklore]. Tirana: Academy of Sciences Publishing House.

Essays und Berichte

Heike Karge

Sozialfürsorge und Gesundheit in Ost- und Südosteuropa im langen 20. Jahrhundert

Die kultur- und sozialhistorische Geschichte von Sozialfürsorge und Gesundheit ist für den ost- und südosteuropäischen Raum, im Gegensatz zu entsprechenden Forschungen zu Westeuropa, noch weitgehend unbearbeitet. Wer galt und gilt in den ost- und südosteuropäischen Gesellschaften als krank, als deviant, als fürsorgebedürftig oder als Rentenneurotiker? Unterscheiden sich in ost- und südosteuropäischen Gesellschaften die Entwicklungspfade, auf denen moderne Konzepte und Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit, von Armut und Fürsorge gründen, von denen west- und mitteleuropäischer Gesellschaften?

Mit diesen und weiteren Fragen werden sich in den kommenden drei Jahren die Mitglieder des neugegründeten wissenschaftlichen Netzwerkes „Sozialfürsorge und Gesundheit in Ost- und Südosteuropa im langen 20. Jahrhundert" befassen. Das Netzwerk unter der Leitung von Heike Karge, Friederike Kind-Kovács und Sara Bernasconi wird von der DFG finanziert und vereint unter seinem Dach fünfzehn Forschungsprojekte, die zur Promotion und Habilitation führen sollen.

Forschungshintergrund

Das Thema der kultur- und sozialhistorisch perspektivierten Geschichte von Sozialfürsorge und Gesundheit gilt für den westeuropäischen Raum seit mehr als einem Jahrzehnt als relativ gut bearbeitet. In Bezug auf den diesbezüglichen ost- und südosteuropäischen Forschungsstand gilt es hier stärker zu differenzieren. So fokussieren historische Arbeiten aus dem Raum Ost- und Südosteuropa – mit einigen Ausnahmen – fast ausschließlich auf medizinhistorische Aspekte. Zum anderen werden Fragen aus dem Bereich Medizin, Gesundheit und Fürsorge eben auch im Rahmen sich noch vorwiegend mit politik- und nationalgeschichtlichen Fragen befassender historiographischer Wissenschaftskulturen nur als zweitrangiges Forschungsfeld wahrgenommen.

Jedoch sind in jüngerer Zeit primär im (west-)europäischen und angloamerikanischen Raum eine Reihe von Untersuchungen entstanden, in denen Fragen nach den gesellschaftlich-kulturellen und insbesondere politischen Faktoren der Entwicklung von Sozialfürsorge und Gesundheitsvorstellungen in nationalen Fallstudien aus dem Raum Ost- und Südosteuropa beleuchtet werden. Die hier zumeist verfolgte Fokussierung auf den (National-)Staat als Untersuchungsraum und -zeit ist zunächst sinnvoll, da Gesundheit, Hygiene und Sozial- bzw. Reproduktionspolitik vornehmlich in nationalen Kontexten verhandelt, von staatlichen Inklusions- und Exklusionsprozessen begleitet und über die Vorstellung des Nationalstaats als kollektivem Volkskörper abgebildet wurden. Allerdings werden in dieser nationalstaatlichen Fokussierung wesentliche Aspekte wie z.B. das

Karge, Heike (2012): Sozialfürsorge und Gesundheit in Ost- und Südosteuropa im langen 20. Jahrhundert.
In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 89–94.

imperiale Erbe, vormoderne Traditionen und transnationale Transferprozesse bislang weitgehend ausgeblendet.

Indes scheint zunächst auch aus einer anderen Perspektive die starke Rolle des Staates in Bezug auf Verwahrung, Fürsorge und Gesundheitspolitik evident, ging man doch lange Zeit für die Gesellschaften Ost- und Südosteuropas am Ende des 19. Jahrhunderts vom Bild eines starken Staates bei gleichzeitiger schwacher Gesellschaft aus. Dagegen ließe sich allerdings in Bezug auf die fürsorgerische Tätigkeit karitativer Vereine von Privatpersonen und Stiftungen z.B. in Bulgarien um die Jahrhundertwende ein ganz anderes Bild zeichnen. Hier deutet sich an, dass der Staat vielfach die Sorge um die Schwächsten den sich entwickelnden zivilgesellschaftlichen Einrichtungen überließ. Neuere Studien zu diesbezüglichen Fragen für den russischen respektive sowjetischen Raum diskutieren dieses Spannungsverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft insbesondere über die Untersuchung des (lokalen) Raumes. In Südosteuropa bzw. in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ist diese lokale Perspektive – zumindest zu Fragen der Gesundheit und Fürsorge – noch weitgehend Neuland.

Thesen und Themen im Netzwerk

Hier ansetzend zielt unser Netzwerk darauf, unsere im Folgenden skizzierten Forschungsfelder zum Thema Sozialfürsorge und Gesundheit in laufende Wissenschaftsdebatten der ost- und südosteuropäischen Geschichte einzuweben. Dies wollen wir erreichen, indem wir für unser Netzwerk über nationale und auf einzelne Staaten beschränkte Fallstudien hinausgehende Fragen zu Sozialfürsorge und Gesundheit formulieren und zu beantworten suchen, welche die ost- und südosteuropäische Geschichte als europäische Geschichte seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in lokalen, nationalen und transnationalen Zusammenhängen sichtbar machen. Um die lange Dauer modernen Wandels sowie die Gleichzeitigkeit, Widersprüchlichkeit und Kontinuität von Tradition und Moderne in imperialer und nationalstaatlicher Verfasstheit sichtbar zu machen, werden wir im Netzwerk unsere primär sozial- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen auf akteurszentrierte Perspektiven hin fokussieren. Über die Untersuchung sowohl individueller als auch kollektiver Akteure – staatlicher genauso wie lokaler, zivilgesellschaftlicher oder transnationaler Herkunft und Ausrichtung – sollen im Netzwerk die Möglichkeiten der historischen Anthropologie ausgelotet werden.

Die zeitliche Perspektive auf „das lange 20. Jahrhundert“, welche im Netzwerk vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis in die neuere Zeitgeschichte reicht, schließt dabei die politische Zäsur der Herstellung von Nationalstaatlichkeit (für die meisten Staaten im betreffenden Raum nach dem Ersten Weltkrieg) ein, geht aber in Zurückweisung einer Gleichsetzung von politischer und sozialer / kultureller Zäsuierung bewusst über diese hinaus. Das Netzwerk möchte sich durch die Einwebung der Zeit vor 1914 und der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts insbesondere der Frage nach der Ambiguität des historischen Erbes des 19. Jahrhunderts widmen, welche in das 20. Jahrhundert in nicht linear vorgestellten Transformationsprozessen hineinwächst und Moderne konstituiert.

Im Netzwerk interessieren folgende vier Themen: *Historische Kontinuitäten und Brüche*, *Modernisierung und Moderne*, *Staats- und Nationsbildung* sowie *Krieg und Gewalt*.

Historische Kontinuitäten und Brüche

Vornationalstaatliche und imperiale Erbschaften wirkten als historische Vermächtnisse in dynamischen und nicht-linearen Prozessen weit ins 20. Jahrhundert fort. Zu unterstreichen wäre hier die Rolle vormoderner Traditionen, von kulturell geprägten Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit in den ehemals durch religiöse Gemeinschaften oder karitative Vereine versorgten Bereichen der Fürsorge und Wohlfahrt. Zugleich sind die Gesellschaften Ost- und Südosteuropas bis nach dem Ersten Weltkrieg durch die Gleichzeitigkeit und Überlappung von Reichs- und Nationspolitiken sowie durch die sozialpolitischen und kulturellen Folgen von Imperienzerfall geprägt. Ziel soll also einerseits sein, das historische Erbe multiethnischer Imperien und Vielvölkerstaaten im (ehemals) habsburgischen, russisch-zaristischen und osmanischen Raum an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert für den Bereich Gesundheit und Fürsorge herauszuarbeiten. Andererseits stellt sich die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen auch für die im späteren staatssozialistisch verfassten Gesellschaften Ost- und Südosteuropas bzw. die Epoche nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Welche Verbindungen, Parallelen und Brüche bestehen also zwischen den Ausformungen staatssozialistischer Fürsorge, Gesundheitspolitik und –vorstellungen zu denen der imperialen und postimperialen Epoche? Und wie stellen sich unter derselben Fragestellung heute die Beziehungen zwischen postsozialistischer Ära und dem Erbe staatssozialistischer Fürsorge dar?

Schließlich weisen die ost- und südosteuropäischen Gesellschaften seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gerade in den Bereichen der Gesundheitspolitik und der Professionalisierung des Gesundheitswesens zunehmend Elemente auf, die unter transnationalen bzw. transferbezogenen Fragestellungen bearbeitet werden müssen. Man denke hier nur an die professionelle Ausbildung von ost- und südosteuropäischen Studenten an mittel- und westeuropäischen Universitäten, an den west- und mitteleuropäischen Mustern folgenden Institutionenaufbau oder das Agieren internationaler Akteure – bis in die jüngste Gegenwart hinein – in den betreffenden Ländern. Diese Prozesse werden im geschichtswissenschaftlichen Diskurs traditionell an Fragen von Modernisierung und Europäisierung der ost- und südosteuropäischen Gesellschaften gebunden. Unter einer kritischen Perspektivierung von „Transfer“ und „Moderne“ wollen wir hier zudem nach denjenigen „Erbschaften“ fragen, die durch diesen historischen Wissens- und Praktikentransfer in den sich zunehmend national verstehenden Räumen entstehen und dort in dynamischen Aneignungsprozessen verankert werden.

Modernisierung und Moderne

Modernisierungsprozesse, die zur Herausbildung fürsorgerischer und gesundheitspolitischer Institutionen in Ost- und Südosteuropa führten, sind bislang besonders für den Balkanraum immer noch weitgehend unterbeleuchtet. Sowohl Professionalisierung als auch Medikalisierung – Hauptprozesse auf dem Weg zu einem modernen Gesundheitssystem – sind kaum bearbeitet. Weiter fehlen Arbeiten zu Diskursen

und Praktiken von Gesundheit und Krankheit und ihrer Verflochtenheit mit Vorstellungen der Moderne.

Im Netzwerk möchten wir dagegen von einem gleichermaßen kritischen Erbe- als auch Modernisierungsbegriff ausgehen, welche einerseits das „Rückständigkeitsparadigma" für Ost- und Südosteuropa zurückweisen und andererseits moderne Prozesse ermöglichende Entwicklungen einbeziehen, die bereits in den Vielvölkerreichen unter imperialer Verfasstheit eingeleitet wurden und eben nicht ausschließlich an Nationalstaatlichkeit gebunden waren. Hinterfragt werden darin auch die Konzepte von „Zentrum" und „Peripherie". Für den Raum Südosteuropa gehen innovative Impulse u.a. von renommierten bulgarischen, österreichischen, serbischen und kroatischen Wissenschaftlerinnen aus. Diese bieten gute Anknüpfungsmöglichkeiten, um in unserem Netzwerk über kulturelle und soziale Vermächtnisse des osmanischen Imperiums – auch vergleichend zum habsburgischen Erbe – zu diskutieren und Schnittpunkte von Moderne und Tradition zu verorten. Unser Ausgangspunkt dafür ist das Konzept der Vielfalt der Moderne, in der die aus der westeuropäischen Erfahrung abgeleitete Abfolge und Logik der modernen Entwicklungsschritte kritisch hinterfragt wird.

Das Konzept von Moderne kann ähnlich dem der Hygiene als eine Legitimationsstrategie für staatliche Intervention beschrieben werden, die auf (historisch) umfassenden Vorstellungen einer Gesellschaft, ihrer Bevölkerung und ihrer Grenzen aufbaut – in Abgrenzung zu „anderen" – und spezifische Handlungsweisen und Organisationsformen schafft.

Staats- und Nationsbildung

Nach dem Ersten Weltkrieg wuchsen die Nationalisierungstendenzen im Bereich der gesundheitlichen Vor- und Fürsorge nahezu überall in Ost- und Südosteuropa (und darüber hinaus) drastisch an. Zugespitzt formuliert, wurde die entstehende Nationalstaatlichkeit zur zentralen Achse, über die die Ausbildung von Wohlfahrt sowie national kollektivierte Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit ausgehandelt und definiert wurden.

Dabei stellte die vielerorts in Ost- und Südosteuropa weiterhin bestehende ethnische, religiöse und sprachliche Heterogenität der neu gegründeten Staaten den Bereich der Gesundheit – als einem zentralen Mittel der „inneren" Nationsbildung – vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund gilt es, den Wandel von multiethnischen Konzeptionen hin zu homogenisierenden, nationalstaatlichen Vorstellungen einerseits, sowie die Rolle des imperialen Erbes für die nun entstehenden biopolitischen Praktiken der Sozialpolitik, Medizin und Fürsorge nachzuzeichnen.

Moderne Fürsorge- und Sozialpolitik ermöglichte immer auch Disziplinierung, Stigmatisierung und Diskriminierung der „Befürsorgten", Prozesse, die seit Michel Foucault auch als (Teil der) Gouvernementalität diskutiert werden. Davon ausgehend begreifen wir Sozialfürsorge und Gesundheitspolitik als historische Instrumente gesellschaftlicher Inklusion bzw. Exklusion. So können Vorstellungen und Praktiken der Integration /Assimilation, des Minderheitenschutzes und der Marginalisierung / Exklusion im Zuge von Nationalisierungsprozessen dekonstruiert werden. Immer wieder soll dabei auch der Bezug zu westeuropäischen Fallstudien hergestellt werden, denn nur so ist es möglich,

eugenische Bewegungen und Vorstellungen vom Beginn der europäischen Moderne bis zum Zweiten Weltkrieg als ein gesamteuropäisches Phänomen zu betrachten und zu diskutieren. Vorstellungen vom Volks- bzw. Fremdkörper sowie daraus resultierende rassenhygienische und eugenische Maßnahmen in den jeweiligen ost- und südosteuropäischen Ländern sollen hier thematisiert werden.

In den Jahrzehnten nach 1945 war das Wechselspiel von sowjetischer Herrschaft und nationaler Selbstbestimmung für die sozialistischen Wohlfahrts- und Gesundheitssysteme bestimmend. Die in den sozialistischen Wohlfahrtsstaaten durchgesetzte unentgeltliche medizinische Versorgung aller Staatsbürger galt als Vorzeigeprodukt des realen Sozialismus. Indessen eröffneten Verstaatlichung, Bürokratisierung und Institutionalisierung des Medizinwesens den übermäßigen Zugriff des Staates auf kranke, befürsorgte oder verarmte Individuen. Der vermehrt staatliche Eingriff in das Gesundheitswesen veränderte auch das Verhältnis zwischen Ärzten, medizinischen Einrichtungen und Patienten. Individuelles aber auch kollektives *eigensinniges* Verhalten (von Seiten der Ärzte, Patienten und Institutionen) lässt sich als eine Reaktion auf die in Form von fehlendem Fachpersonal, Medikamentenknappheit sowie mangelnder Hygiene spürbaren Folgen sozialistischer Mangelwirtschaft beschreiben. Sie zeugt darüber hinaus von einem sich verändernden Verhältnis von Staatskontrolle und zivilgesellschaftlichen Reformtendenzen. Neben der Berücksichtigung neu entstehender gesellschaftlicher Freiräume im Bereich der medizinischen Versorgung seit Mitte der 1980er Jahre sollen abschließend auch die Folgen des Staatszerfalls im Ostblock, der neuen Unabhängigkeit südost- und osteuropäischer Staaten und Republiken als auch der postjugoslawischen Kriege in den 1990er Jahren auf die jeweiligen Gesundheitssysteme thematisiert werden. Die Rolle historischer Vermächtnisse beim Aufbau moderner Sozialstaaten kann somit vom Zerfall der Vielvölkerreiche über die Prozesse der Nations- und Staatsbildungen bis in die neueste Zeit zu postsozialistischen Systemtransformationen vergleichend untersucht werden.

Krieg und Gewalt

Kriege, von deren Auswirkungen die Gesellschaften Ost- und Südosteuropas im langen 20. Jahrhundert maßgeblich geprägt waren, stellen einen wichtigen Untersuchungsgegenstand bei der Frage nach dem Charakter sozialer und gesellschaftlicher Entwicklung dar. Für die angloamerikanische, westeuropäische und – im Zuge der *neuen Militärgeschichte* – deutsche Forschungslandschaft spiegelt sich dieser Zusammenhang längst in einer umfassenden, kultur-, mentalitäts- und erfahrungsgeschichtliche Perspektiven eruierenden Forschungstätigkeit wider, die zum Teil auch Untersuchungen ost- und südosteuropäischer Gesellschaften in und nach Kriegen einschließt. Mit Ausnahme von Forschungsarbeiten zu Russland respektive der Sowjetunion kann man allerdings auch unter Berücksichtigung von einigen innovativen Arbeiten südosteuropäischer KollegInnen von einem Forschungsstand zu unseren Netzwerkfragen bezogen auf die Problematik (Nach-) Krieg noch kaum sprechen. Dabei bietet sich über die im Rahmen des Netzwerkes betrachteten Kriege bzw. deren Nachkriegszeiten (Erster und Zweiter Balkankrieg, Erster und Zweiter Weltkrieg) insbesondere die Möglichkeit, vergleichende Fragen und Perspektiven in den westeuropäischen Raum hinein zu eröffnen und über die Fragen von Gesundheit und

Fürsorge im Krieg bzw. in der Nachkriegszeit so zu einer „Kulturgeschichte des Krieges" beizutragen.

Der Krieg und die Kriegszeit selbst können zum einen – z.B. über die Installierung von Besatzungsregimes oder Militärverwaltungen – als „Ermöglichungsraum" für verdichteten Wissens- und Praktikentransfer auch im Bereich von Gesundheits- und Krankheitsdiskursen betrachtet werden – mit zum Teil fatalen Auswirkungen wie z.B. im Bereich der Eugenik.

Kriege sind oftmals mit einer Veränderung von Staatlichkeit und damit einhergehend von sozialpolitischen Konzepten (bzw. überhaupt erst als deren Initiator) verbunden. Kriege wirken in Bezug auf sozialpolitische Entwicklungen auf Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit, Armut und Fürsorge stets sowohl entschleunigend als auch beschleunigend – insofern steht ihr Zäsurcharakter, der ja aus anderen kulturgeschichtlichen Arbeiten aus den Bereichen der Geschlechter- oder Gewaltgeschichte heute vermehrt zurückgewiesen wird, auch im Bereich der Gesundheit und Fürsorge zur Debatte.

Zudem produzierten Kriege im 20. Jahrhundert neben Zerstörung, Tod und neuen Grenzen stets neue und gewaltige soziale Kategorien (potenziell) Befürsorgter wie Versehrte, Arme, Kranke, Veteranen oder Hinterbliebene. Diese werden im Laufe und mit Ende des Krieges einerseits zum staatlichen Objekt von Fürsorge (bzw. der Ausgrenzung davon). Andererseits werden sie zu sozialen Akteuren, die ihre gesellschaftliche, politische und soziale Position in Bezug auf Versorgung, Fürsorge und Anerkennung von Leistungen aus der Kriegszeit im Nachkriegskontext verhandeln.

Ausblick

Den Movens für das Netzwerk „Sozialfürsorge und Gesundheit in Ost- und Südosteuropa im langen 20. Jahrhundert" bildete die Beobachtung, dass die wenigen Wissenschaftler_innen, die aktuell zum Thema in Deutschland arbeiten, vereinzelt forschen und es keine übergeordnete Plattform für systematischen Austausch und Wissenschaftskooperation gibt. Insofern zielen wir auf eine erste systematische Bündelung institutioneller und inhaltlicher Forschungskapazitäten zu Fragen von Fürsorge und Gesundheit in der ost- und südosteuropäischen Geschichte. Auf inhaltlicher Ebene soll durch das Aufbrechen der bislang weitgehend nationalstaatlichen und die Stärkung einer historisch-anthropologischen Perspektive ein Vergleich der einzelnen Netzwerk-Fallstudien ermöglicht werden. Daraus können wesentliche Erkenntnisse zur übergeordneten Frage nach dem Zusammenhang von moderner Staatsbildung, Gesundheitsvorstellungen und Sozialfürsorge in Südost- und Osteuropa gewonnen werden. Die auf den fünf Arbeitstreffen diskutierten Ergebnisse des Netzwerks werden im Projektverlauf als auch abschließend in mehreren Publikationen veröffentlicht.

Für weitere Informationen zu den Ansprechpartnern und Mitgliedern des Netzwerkes siehe: http://www.uni-regensburg.de/philosophie-kunst-geschichte-gesellschaft/geschichte-suedost-osteuropa/medien/wissenschaftliches_netzwerk_sozialf__rsorge_und_gesundheit.pdf.

Philipp Tybus

Krieg(e) in Jugoslawien – Herausforderung für eine europäische Friedenskultur

Internationale Tagung: 29. November – 1. Dezember 2011, Alpen-Adria Universität Klagenfurt

Tybus, Philipp (2012): Krieg(e) in Jugoslawien – Herausforderung für eine europäische Friedenskultur. Internationale Tagung: 29. November – 1. Dezember 2011, Alpen-Adria Universität Klagenfurt. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 95–98.

Mögliche Lehren ziehen aus den Konflikten, die 20 Jahre zurück liegen, Friedensperspektiven aufzeigen, ein friedlicheres Europa schaffen – es waren keine kleinen Ziele, die sich die internationale Tagung „Krieg(e) in Jugoslawien – Herausforderung für eine Europäische Friedenskultur" setzte.

Denn auch 20 Jahre nach Beginn der Kriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, kommt die Region nicht zur Ruhe, die Auswirkungen sind bis weit über die Grenzen hinaus spürbar. Dass die Beschäftigung mit den Nachfolgestaaten Jugoslawiens daher heute genauso aktuell und akut ist wie damals als die Sozialistische Föderative Republik zerfiel, zeigt schon die Einbettung der Konferenz in den tagespolitischen zeitlichen Rahmen: Wieder einmal eskalierte die Gewalt als am Vorabend der Konferenz an der Grenze zwischen Kosovo und Serbien 30 KFOR-Soldaten bei Ausschreitungen verletzt wurden. Die politischen Fronten, in diesem Falle als Barrikaden an den Grenzübergängen sehr gut fassbar, sind verhärtet. Dass die Region gerade deshalb nicht außer Acht gelassen werden darf – und es darüber hinaus durchaus auch positive Entwicklungen gibt –, zeigt der Beschluss des Europaparlaments vom 01.12.2011., der Aufnahme Kroatiens in die EU zuzustimmen.

Die Herausforderung für eine europäische Friedenskultur und für gesamt Europa, die von der Balkanregion ausgeht, anzunehmen, war Ziel und Inhalt der Konferenz. Dabei wurde bewusst Wert darauf gelegt, einen interdisziplinären Zugang zu wählen, der Wissenschaft, Praxiserfahrung, Politik, Journalismus und Kultur vereint. Die Leitung übernahm **Bettina Gruber**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Klagenfurter Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik, die in ihrer Begrüßung darstellte, dass die Tagung erstens die vielfältigen Ursachen, die zur Eskalation des Konfliktes in den 1990er Jahren führten, aufzeigen soll, um anschließend zu untersuchen, welche Schlüsse daraus gezogen wurden und werden können; kurz gefasst, welche Friedensperspektiven sich für den Balkan bieten.

Einen Einstieg in die Tagung bot das einleitende Panel am Abend des ersten Tages, welches in seiner Zusammensetzung den umfassenden Ansatz der Konferenz widerspiegelte: Während der Autor **Dževad Karahasan** einen Auszug seines Buches „Berichte aus der dunklen Welt" vortrug, beleuchtete der Politikwissenschaftler **Vedran Džihić** in seinem Vortrag die schwere Stellung der Demokratie auf dem Balkan. Einem dreifachen demokratischen Versprechen für den Balkan, stellte er das dreimalige Scheitern desselben gegenüber: Die Losung von „Brüderlichkeit und Einheit" löste sich auf in der Beschwörung einer ethno-nationalen Einheit und Freiheit, die eigentlich nur dem Machterhalt und den Strategien einiger Weniger diente. Das Versprechen von Demokratie

und Wandel, das folgte, blieb auf halbem Wege stecken, so dass die Region heute schon von post-demokratischen Gesellschaften geprägt wird, obwohl es nie eine echte Demokratie gegeben hat. Diese permanente Krise des Demokratischen ist, laut Džihić, umso gefährlicher für Südosteuropa, da hier die Stabilität der demokratischen Institutionen fehle und somit ständig dem (Ethno-)Nationalismus neuer Nährboden geliefert werde. Dass dies auch mit dem drohenden Scheitern der Vision von der Europäischen Union zusammenhängt, griff Džihić ebenso auf wie die nach ihm sprechende **Ulrike Lunacek**, Abgeordnete im Europäischen Parlament. Obwohl die EU in den 90er Jahren ihre Unschuld verloren habe, sei ihr Friedensauftrag weiterhin von Bestand und müsse in Zeiten der Krise als Bewährungsprobe angesehen werden.

Der zweite Tag der Konferenz wurde eröffnet mit einem Vortrag von **Holm Sundhaussen** zum Thema „Massengewalt in den 90er Jahren“. Sundhaussens umfassender Bericht deckte ein breites Spektrum ab, ausgehend von den individuellen Tätern (am Beispiel Borislav Heraks), über das Phänomen der „Ethnischen Säuberungen“ bis hin zur Massengewalt. Die These Sundhaussens, dass eine Wiederholung der Ereignisse der 90er Jahre immer und überall auf der Welt möglich sei, unterlegte er mit einer beeindruckenden Analyse der Generierung von Massengewalt. Die drei Phasen, mentale Vorbereitung – Inszenierung von Gewalt – Eskalation, würden getrieben von einer Eigendynamik, die sich von Einzelnen letztlich auf eine gesamte Gruppe ausbreite. Die Menschen an sich seien im Westen nicht schlauer (oder weniger gewaltfähig) als anderswo auf der Welt: Was laut Sundhaussen jedoch am Balkan fehle, seien die schützenden, gefestigten demokratischen Institutionen. Die ständige menschliche Handlungsalternative „Gewalt“ wie Sundhaussen sie formulierte, begleitete die Konferenz besonders mit der Frage nach möglichen Friedensperspektiven.

Das erste Panel am Morgen des zweiten Tages, das sich mit ausgewählten Aspekten einzelner Länder und Regionen Jugoslawiens beschäftigte, eröffnete der Zeithistoriker **Kurt Gritsch**. Sein Vortrag stellte Anklage und Mahnung zugleich dar. Er beschrieb den Weg vom Kosovo-Konflikt zum Kosovo-Krieg und betrachtete dabei historische Ereignisse, ihre Interpretation durch westliche Medien und welchen Zielen diese dienten. Scharf kritisiert wurde die unausgeglichene Darstellung der Ereignisse während des Kosovo-Konflikts bis 1999 und des anschließenden Kosovo-Krieges ab März 1999. Gritschs Aussage, dass die Medien-Darstellungen einer NATO-Intervention den Weg bereiten sollten, verband er mit dem Plädoyer für den „Friedensjournalismus“. Dieser lege den Fokus auf die Opfer, weg vom Militarismus der Kriegsberichterstattung, um so deeskalierend zu wirken und friedliche Lösungen aufzeigen zu können.

Um den Ethnonationalismus und seine Konfliktpotentiale ging es **Vedran Džihić**, der eine Übersicht gab zu den verschiedenen Aspekten des Ethnonationalismus, ausgehend von der Frage, ob es sich beim Vorkriegs-Bosnien um ein „Multikulti“-Paradies gehandelt habe. Einem kurzen zeitlichen Überblick über die Ereignisse folgte eine Beleuchtung der Rolle der internationalen Gemeinschaft in den Kriegsjahren. Diese sei der Logik der Kriegsereignisse in Bosnien gefolgt, habe die „ethnische Logik“ des Konflikts akzeptiert und durch Dayton zementiert. Džihić wies aber auch darauf hin, dass Dayton nicht an allem schuld sei, momentan aber als beliebig formbare Deutungsmasse genutzt und instrumentalisiert würde. Die Ethnopolitik sei mittlerweile durch die Menschen internalisiert worden, verstärkt durch die bewusste Schaffung einer permanenten Krise zur Festigung der vorherrschenden

Meinungen und Autoritäten. Diesem Komplex könne die internationale Gemeinschaft mit ihrem Konstruktivismus und naiven Sichtweisen nur hilflos gegenüber stehen, woraus sich eine allgemeine „Bosnienmüdigkeit“ entwickelt habe.

Dass es tatsächlich, trotz der großen Herausforderungen, noch Grund zum Optimismus gibt, zeigte der Vortrag **Nenad Vukosavljevićs**, Vertreter der NGO *Centre for Nonviolent Action*, Sarajevo-Belgrad, welcher über seine Arbeit mit Veteranen aus Kroatien, Bosnien und Serbien sprach. Sein Ziel, die Schaffung einer Kultur der friedlichen Konfliktlösung, versucht er dadurch zu erreichen, dass er Veteranen der ehemaligen Kriegsparteien zusammenbringt, um somit Feindbilder abzubauen und zu einer Entdämonisierung beizutragen. Die Veteranen bekommen die Möglichkeit, ihre Geschichte zu erzählen, ohne dabei unterbrochen zu werden. Gleichzeitig werden ehemalige Kriegsstätten besucht, um so ein Bewusstsein zu entwickeln, dass allen Opfern Respekt gezollt werden muss und dass alle ehemaligen Kämpfer ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Daraus, dass die Menschen lernen, sich selbst zu hinterfragen und einen Dialog einzugehen, ergibt sich laut Vukosavljević zwar keine Weltveränderung, aber eine Veränderung der Menschen, die somit zu einem gesellschaftlichen Wandel in kleinen Schritten, hin zu einer Friedenskultur, beitrage.

Katarina Kruhonja, Friedensaktivistin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises, sprach ebenfalls darüber, wie wichtig es sei, aus dem Kreislauf der Gewalt auszubrechen. Dies sei nur über einen zweigleisigen Ansatz, erstens von unten aus der Gesellschaft heraus, zweitens von oben herab, möglich. Es gehe darum, einen gesellschaftlichen Konsens zu finden, der allen Opfern Gerechtigkeit verspricht und alle Verbrechen verdammt. Dies verband sie mit der Frage, ob mit der Abwicklung des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, gleichzeitig das vorzeitige Ende aller nationalen Anstrengungen für die gerichtliche, geschichtliche und gesellschaftliche Aufarbeitung erreicht sein werde.

„Die Politiker“, besser gesagt den Willen der Politik, stellte **Slavenka Drakulić**, die am Abend eine abschließende Lesung abhielt, in den Mittelpunkt ihrer Aussage. Um den langwierigen Prozess der Versöhnung durchhalten zu können – sie benutzte den treffenden Vergleich, dass Versöhnung wie das Kauen eines Kaugummis sei – zäh und auf Dauer anstrengend –, sei es unbedingt nötig dahingehend politischen Willen zu zeigen und auszudrücken. Laut Drakulić entstehen Krieg und Frieden nicht spontan: Da der Krieg in den 90ern „von oben“ gekommen sei, müsse es mit dem Frieden nun ganz genauso passieren. Als wichtige Bestandteile sieht sie dabei die Bewerbung unterschiedlicher, pluralistischer Werte an, sowie die Geschichtsaufarbeitung durch unabhängige Historiker, die in den einzelnen Ländern ausgebildet werden müssten.

Die Rolle der EU und europäischer Institutionen im Friedensprozess hatte das erste Panel des abschließenden Tages zum Thema. **Florian Bieber** von der Universität Graz beleuchtete in seinem Vortrag dementsprechend auch das Agieren der Europäischen Union gegenüber den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und zeigte ihre Probleme dabei auf. Das Wissen über die Region sei heute zwar vorhanden, auch stünde eine größere Palette an Fähigkeiten zur Verfügung als in den 90ern, jedoch ergäben sich daraus noch nicht automatisch Lösungen. Die EU hätte zwar immer wieder positive Signale in Richtung potentieller Mitgliedsländer gesendet, das Konditionalitätskonzept insgesamt sei aber gescheitert. Bieber plädierte für

neue, kreativere Ansätze, um den Willen auf beiden Seiten wieder zu stärken. Hierbei sollte den Ländern ein früher Kandidatenstatus gewährt werden, um positive Energien zu wecken, auch wenn die eigentliche Aufnahme dann doch länger auf sich warten ließe.

Praktische Erfahrungen konnten die drei weiteren Referenten teilen: **Axel Jaenicke** sprach über seine langjährigen Erfahrungen als OSZE-Mitarbeiter, vor allem im Bereich der Flüchtlingsrückkehr und Re-Integration in Kroatien. **Ulrike Hartmann**, Mitarbeiterin im Büro des Hohen Repräsentanten, gab einen Einblick in ihre Arbeit und einen Überblick über die Entwicklung Bosnien-Herzegowinas. Aufgrund der Stagnation oder sogar Rückschritten in der politischen Entwicklung Bosniens, sei es unerlässlich, sich alle Möglichkeiten für weitere Entwicklungen vor Augen zu halten. Das Land habe eine offene Zukunft vor sich, so dass es sich die internationale Gemeinschaft nicht erlauben dürfe, ihr exekutives Mandat aufzugeben. Dass der Hohe Repräsentant dabei allerdings nicht auf wirkungsvolle Sanktionierungsmechanismen zurückgreifen könne, läge auch an der internationalen Gemeinschaft selbst, in der individuelle Länderinteressen immer wieder hemmend auf seinen Handlungsspielraum einwirkten. **Marijana Grandits** forderte dementsprechend auch drastischere Sanktionen sowie ein gemeinsames europäisches Frühwarnsystem. Sie kritisierte einerseits die Passivität der EU, andererseits das zum Teil übertriebene Ausmaß von Einwirkungen seitens der internationalen Gemeinschaft in post-Konflikt Gesellschaften, das einen enorm negativen Einfluss auf das alltägliche Leben der dort lebenden Menschen habe und zu einem Verlust von nationalem Intellekt und nationaler Kompetenz führe.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit, egal ob zum Zweiten Weltkrieg, der sozialistischen Epoche oder den Jugoslawienkriegen, kommt, wie die Konferenz zeigte, nur stockend voran, der Ethnonationalismus sitzt fest eingefressen in den Gesellschaften. Die EU, als Stellvertreter der internationalen Gemeinschaft, kann oder will nicht effektiv eingreifen, eine erneute Eskalation der Gewalt ist nicht auszuschließen. Auch im Abschlusspanel der Konferenz wurde wieder deutlich: viele Details des Gebietes, dem wir uns widmen, sind deprimierend. Um einen Weg zu finden, dennoch mit Hoffnung in die Zukunft zu blicken, sich weiter zu engagieren, den Dialog zu suchen und zu vermitteln, braucht es vielleicht den von **Ekkehart Krippendorff** angesprochenen Kompass, der uns begreifen lässt, was Frieden überhaupt ist. Nämlich nicht nur die bloße Abwesenheit vom Krieg, sondern Gewaltfreiheit auf allen Ebenen der Gesellschaft, ausgehend vom ausgebildeten Empfindungsvermögen der Menschen, das sich nicht nur auf die eigene Gruppe erstreckt, sondern auch offen und verständnisvoll ist für die Anderen und ihre Werte. Dass dabei manchmal der Weg das Ziel sein muss, wurde nicht nur in Krippendorffs Vortrag sichtbar gemacht. So trug die Konferenz in Klagenfurt, wenn sie schon keine allgemeingültigen Lösungen finden konnte, doch dazu bei, ein Forum für den Austausch zu schaffen, das den Menschen in Südosteuropa oft noch fehlt. Die Konferenz war also bestes Beispiel ihrer eigenen pädagogischen Grundidee: das Aufeinanderhören und daraus lernen.

Rezensionen

Nataša Mišković

Calic, Marie-Janine (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), 415 Seiten, ISBN: 978-3-406-60645-8.

Mišković, Nataša (2012): Calic, Marie-Janine (2010): Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), 415 Seiten, ISBN: 978-3-406-60645-8. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 100–103.

Wie ist Jugoslawien entstanden? Was hielt den Vielvölkerstaat über siebzig Jahre zusammen? Weshalb löste er sich gewaltsam auf? Diese Fragen stellt Marie-Janine Calic an den Anfang ihres neuen Buches, mit dem sie der weitverbreiteten Tendenz, Jugoslawien „aus dem europäischen Kontext herauszuschreiben", gegensteuern will (S. 11). Die Münchner Südosteuropahistorikerin zog sich für eineinhalb Jahre ans Freiburger Institute for Advanced Studies zurück, um diesen frisch und gut lesbar geschriebenen Band für Ulrich Herberts Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert" vorzubereiten. Gemäß dem Konzept des Herausgebers, thematisiert sie „die jugoslawische Geschichte aus der Perspektive der großen sozialen, wirtschaftlichen und intellektuellen Veränderungen, die ganz Europa an der Wende zum 20. Jahrhundert erfassten und die den Übergang zur modernen Industrie- und Massengesellschaft markierten" (S. 11). Calic nimmt bewusst Abstand von den beliebten strukturgeschichtlichen Erklärungsmustern angeblich uralter ethnokultureller Gegensätze und notorischer Rückständigkeit des Balkans. Geschickt stellt sie die häufig vertretene These der Unausweichlichkeit des Zerfalls Jugoslawiens auf den Kopf, indem sie fragt, was den südslawischen Staat denn siebzig Jahre lang zusammengehalten habe. Zur Beantwortung dieser Frage rückt sie die Perspektive der handelnden Subjekte ins Zentrum und untersucht, wie sich die jugoslawischen Eliten Entwicklung und Fortschritt ihres Landes vorstellten und wie sie ihre Ziele zu realisieren versuchten. Damit verschiebt sie die Aufmerksamkeit auf die Leistung, aus den Bruchstücken des Osmanischen und des Habsburger Reiches einen Staat zu gründen und die historisch sehr unterschiedlich gewachsenen Regionen integrierend für ein gemeinsames Projekt zu begeistern.

Der Band ist entlang der Leitfragen chronologisch in sechs Teile und zwanzig Kapitel unterteilt, wobei das Schwergewicht mit rund 170 Seiten — der Hälfte des Textes — auf der Zeit während und unmittelbar nach Titos Herrschaft liegt: dem Zweiten Weltkrieg, dem sozialistischen Jugoslawien, und den 1980er Jahren (Teile III bis V). Fünf synchrone Momentaufnahmen zu den Jahren um 1900, 1925, 1965, zum Zweiten Weltkrieg sowie zu den 1990er Jahren sollen die Vergleichbarkeit innerhalb der Buchreihe sichern (Kapitel 1, 6, 8, 9, 12, 17). Dazu kommt ein ausführlicher Anhang, der auch eine Chronologie sowie sechs eigens angefertigte Karten umfasst.

Teil I behandelt die „Südslawische Bewegung und Staatsgründung" vom Berliner Kongress 1878 bis zum Ersten Weltkrieg. Calic macht das völlig verschiedene politisch-historische Erbe der habsburgischen Herrschaft im nördlichen sowie der osmanischen Herrschaft im südlichen Teil des späteren Jugoslawiens für die tiefen Gräben verantwortlich, die sich quer durch das Land zogen. Sie weist zu Recht darauf hin, dass sich die kroatischen und slowenischen Feudalherren ihren österreichischen und ungarischen Glaubensbrüdern

einst per Vertrag unterworfen hatten, während die christlich-orthodoxen Serben von den muslimischen Osmanen militärisch besiegt worden waren. Anhand mehrerer Beispiele zeigt die Autorin die Auswirkungen solcher Unterschiede. So verhielten sich die kroatischen Eliten im Vergleich zu den serbischen kompromissbereiter, unter anderem angesichts des steigenden Gewaltpegels nach der habsburgischen Annexion Bosniens, während des Wiener Zollkrieges mit Serbien sowie bezüglich diverser blockierter Reformvorhaben. Serbische Politiker pflegten in Fragen des ethnonationalen Interesses nach außen relativ geschlossen aufzutreten. Die kroatischen Eliten überließen dagegen extremistische Aktionen politischen Splittergruppen. Die Einmischung von außen beeinflusste den Gestaltungsspielraum der lokalen Eliten vor der Staatsgründung und durch das gesamte 20. Jahrhundert hindurch. Die aggressive österreichische Balkanpolitik bewirkte nicht zuletzt, dass sich die serbischen, kroatischen und slowenischen Standpunkte bezüglich eines vereinten südslawischen Staates annäherten: Die gemeinsame Sprache und das Bewusstsein eines gemeinsamen Gegners rückten anstelle der unterschiedlichen Kultur und Religion immer mehr in den Vordergrund, womit die Formel eines dreinamigen Volkes der Serben, Kroaten und Slowenen zunehmend an Akzeptanz gewann.

Das Kernproblem des „ersten" Jugoslawien von 1918 bis 1941 (Teil II, S. 83–136) bildete nach Calic der Verfassungskonflikt zwischen den Zentralisten und den Föderalisten, zwischen dem serbischen Staatsgedanken und der kroatischen Nationalpolitik. Angesichts der großen Diversität der Region, der daraus resultierenden politischen Asymmetrien sowie der sich laufend verschärfenden Interessenskämpfe kommt die Autorin zur Einschätzung, dass 1918 der Zeitpunkt bereits verpasst war, an dem die unterschiedlichen Identitäten der Region noch zu einem synthetischen jugoslawischen Nationsverständnis hätten verschmelzen können. Ob eine synthetische jugoslawische Nation im langen 19. Jahrhundert überhaupt hätte entstehen können, möchte ich allerdings bezweifeln — Bemühungen in dieser Richtung blieben nicht zuletzt aufgrund der bestehenden imperialen Verhältnisse seltsam vage und beschränkten sich generell auf den kulturellen Bereich. Im 20. Jahrhundert wiederum ging es eher darum, sich zusammenzuraufen und einen gemeinsamen politischen Nenner zu finden: Dazu war es 1918 keineswegs zu spät.

Teil III ist als buchreihenspezifisch synchroner Einschub konzipiert und behandelt den Zweiten Weltkrieg (S. 137–170). Knapp und prägnant beschreibt Calic das Grauen und die Zerstörung, die die deutsche nationalsozialistische Besatzungspolitik in Jugoslawien anrichtete. Diese hievte die faschistische Ustascha, eine extremistische Splittergruppe, an die Spitze des kroatischen Marionettenstaates und bereitete „durch den totalen Zusammenbruch und unwiederbringlichen Ansehensverlust des alten Systems" den Boden für die Machtübernahme der Kommunisten 1945 (S. 169). Die traumatischen Erblasten der deutschen Besatzung sieht sie als eine der Hauptursachen dafür, dass Jugoslawien in den 1990er Jahren „mit militärischer Gewalt" auseinanderfiel und nicht auf dem Verhandlungsweg aufgelöst werden konnte (S. 169f.).

Ein rundes Viertel des Buches ist dem sozialistischen Jugoslawien gewidmet, also der Periode von 1945 bis 1980 (Teil IV, S. 171–263). Die Machtübernahme Titos und der Aufbau des neuen Jugoslawiens scheinen Calic weniger zu fesseln, was an der zugrundeliegenden, etwas veralteten Literatur liegen mag. Ebenso wichtig wie richtig ist ihre Einschätzung, dass „Tito der so tief verletzten und gedemütigten Nation neues Selbstvertrauen einhauchte" und

seine Herrschaft auf „originäre Legitimität“ aufbauen konnte (S. 188, 338f.). Nebst dem Sieg der Partisanen samt dem dazugehörigen Kult sowie dem Bruch mit Stalin und dem daraus folgenden „Dritten Weg“ baute der jugoslawische Präsident, Partei- und Armeechef in Personalunion sein Regime auf der Politik der Blockfreiheit auf, welche maßgeblich zur Stabilität des Landes beitrug und ihm persönlich weltweit unerhörtes Renommee einbrachte (S. 200ff.). In Kapitel 12, einem synchronen Abschnitt über die 1960er Jahre, zeichnet Calic ein faszinierendes Bild der sozialen und kulturellen Errungenschaften des Landes während einer Periode, in der Jugoslawien weltweit als Erfolgsmodell galt und international hohes Ansehen genoss. Nebst den tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur, insbesondere dem Anwachsen der Schicht der Arbeiter-Bauern, der Alphabetisierung, der Industrialisierung und Urbanisierung, den Einflüssen durch Arbeitsmigration und Tourismus sowie den aufbrechenden Geschlechterbeziehungen, weist Calic auf die Veränderung der Eliten hin: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens mutierte von einer Bauern- und Arbeiterpartei zu einer mittelständischen Angestelltenpartei. Es bildete sich eine neue Führungsschicht, die Calic „das sozialistische Bürgertum“ nennt (S. 222). Der Begriff des Bürgertums erscheint mir insofern als problematisch, als er gleichberechtigte Partizipation in einem liberalen, kapitalistischen Wertesystem impliziert. Die neue Mittelschicht im sozialistischen Jugoslawien sicherte sich ihre Privilegien wohl durch Partizipation am politischen System, mittels Parteimitgliedschaft. Dazu gesellte sich jedoch ein weitverbreiteter Klientelismus (*„veze“*) sowie eine vom sozialistischen ebenso wie vom lokalen, kollektiv-patriarchalischen Eigentumsverständnis geprägte Korruption, wonach gesellschaftliches Eigentum dem Kollektiv gehörte, der Staat aber für das Wohlergehen der Einzelnen zuständig war und folglich, in zugespitzter Form, als Selbstbedienungsladen missbraucht werden konnte. Wichtig ist die Erkenntnis, dass die Partei bereits Mitte der 1950er Jahre die wirtschaftlichen Prioritäten vom Ausbau der Industrie auf gesellschaftlichen Wohlstand und Konsum verlagerte — in erstaunlicher Parallele zur sowjetischen Politik unter Chruschtschow übrigens. Die Kehrseite dieser Entwicklung war, dass die sozialistischen Werte wie Solidarität, Arbeitsmoral und Bescheidenheit untergraben wurden und, „hinter der ideologischen Fassade […] die jugoslawische Gesellschaft dem westlichen Europa immer ähnlicher“ wurde (S. 226). Zusammen mit der in den 1960er Jahren eingeleiteten Dezentralisierung begünstigte das System der Selbstverwaltung die Verschleuderung von und Verteilungskämpfe um die Gewinne, anstatt sie optimal zu reinvestieren (S. 227, 230). Jugoslawien schlitterte in eine tiefe Krise, der die Parteiführung mit als Demokratisierung verstandener Föderalisierung und der Aufnahme von Krediten begegnete. Spätestens der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei stoppte weitergehende Reformen. Bis in die späten 1970er Jahre merkten viele Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht, in welch existentiellen Schwierigkeiten sich das Land befand; die Lust auf Konsum und Auslandsreisen war ungebrochen. Unterdessen öffneten sich in Partei- und Regierungsspitzen tiefe Gräben. Die Absetzung der nationalen Parteiführungen in Zagreb und Belgrad zu Beginn der 1970er Jahre machte offensichtlich, dass der Jugoslawismus angeschlagen war (S. 254). Die Föderalisierung setzte einen Entsolidarisierungsprozess in Gang, in dessen Verlauf immer deutlicher wurde, dass die Republikgrenzen insbesondere in Kroatien und im Kosovo nicht mit den ethnischen Grenzen übereinstimmten. Dem Streit, den dies zwischen und innerhalb der Republiken anfachte, begegnete die Zentralregierung

mit Repressionen. Der nun über 80-jährige Tito wurde zum einzigen gemeinsamen Nenner des gemeinsamen Staates, dessen Tod mit Angst und Sorge erwartet wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bandes liegt auf den 1980er Jahren, den zehn Jahren von Titos Tod 1980 bis zum Auseinanderbrechen Jugoslawiens (Teil V, S. 264–307). Das Kapitel veranschaulicht die verhängnisvolle Beschleunigung des jugoslawischen Zerfallsprozesses und das Zusammentreffen widriger Umstände, die verhinderten, dass das Ruder noch herumgerissen werden konnte. Wirtschaftskrise, Jugendarbeitslosigkeit, die Entwurzelung der in die Städte abgewanderten, ehemaligen Landbevölkerung, die sich verschärfenden sozialen Unterschiede zwischen einer sich immer schamloser bereichernden Oligarchie und der zunehmend wieder verarmenden breiten Bevölkerung, die schwer unter der grassierenden Geldentwertung litt — das alles bereitete den „Nährboden für einfache Erklärungen und radikale Ideen“ (S. 279), auf dem partikuläre Nationalismen wucherten und das Undenkbare schließlich denkbar wurde.

Der sechste und letzte Teil (S. 308–332) behandelt den Nachfolgekrieg ab 1991 und die Nachkriegsordnung, ein Abschnitt, in welchem Calic aus dem Vollen schöpfen kann. Unter dem Strich sieht sie den Zerfallskrieg in der „Kontinuität jenes säkularen Nations- und Staatsbildungsprozesses, der im 19. Jahrhundert mit dem Zusammenbruch der Fremdherrschaft über den Balkan begann und der in periodischer Folge zu bewaffneten Konflikten und ‚ethnischen Säuberungen' führte.“ (S. 327). Neu daran sei nicht die Art des Krieges gewesen, sondern die Weise, wie er von außen wahrgenommen wurde. Das internationale Konfliktmanagement war noch wenig entwickelt und versagte, doch die Lösung des Problems musste auf politischer Ebene gefunden werden — und hier waren die betroffenen lokalen und internationalen Akteure uneins.

Insgesamt bietet Calics neues Buch eine dichte, ausgewogene Einführung in die Geschichte Jugoslawiens. Als bisher erstes in deutscher Sprache ragt es aus der Masse der in den letzten zwei Jahrzehnten erschienenen Publikationen zum Nachfolgekrieg oder zur Geschichte der Nachfolgestaaten hinaus, die allesamt an der Tendenz leiden, die gemeinsame jugoslawische Geschichte als vernachlässigbare oder fehlgeleitete historische Episode gering zu schätzen. Umsichtig, nüchtern, und dennoch gepfeffert mit einer angemessenen Prise Leidenschaft bewertet es sieben Jahrzehnte realer Existenz des südslawischen Staates historisch neu. Es verdient eine möglichst breite Leser/innenschaft.

Stefanie Rämmler

Gromes, Thorsten (2012): Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen. Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Makedonien nach den Bürgerkriegen. Baden Baden: Nomos (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 17), 256 Seiten, ISBN: 978-3-832-97330-8.

Rämmler, Stefanie (2012): Gromes, Thorsten (2012): Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen. Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Makedonien nach den Bürgerkriegen. Baden Baden: Nomos (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 17), 256 Seiten, ISBN: 978-3-832-97330-8. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 104-106.

Mit seiner sehr gut strukturierten Arbeit „Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen“ liefert Thorsten Gromes, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, eine umfassende Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Demokratie, Staat und Nation. Die Studie ist durch die gute Darstellung der umfassenden Empirie auch für Einsteiger in die Thematik geeignet. Ausgehend von der These, dass in ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften im Demokratisierungsprozess Staats- und Nationsbildung oftmals parallel laufen müssen, sich Staat und Nation jedoch wechselseitig bedingen, sieht Gromes einen Teufelskreis in der Gleichzeitigkeit von Staats- und Nationsbildung. Da Demokratisierung ohne staatliche Institutionen und ohne Akzeptanz einer gemeinsamen Nation nicht durchsetzbar sei, die Friedensstrategie der internationalen Gemeinschaft meist aber genau darin besteht, in Nachbürgerkriegsgesellschaften sowohl den Aufbau und die Existenz staatlicher Strukturen als auch die Unterstützung der gemeinsamen Nation durch alle Bevölkerungsgruppen zu fördern, stellt sich der Autor die Frage, „[…] ob und unter welchen Umständen der vermutete Teufelskreis von fehlender Staats- und Nationsbildung bei der Demokratisierung ethnisch gespaltener Nachkriegsgesellschaften aufbricht“ (S. 26). Diese Fragestellung ist von empirischer Relevanz für die Erforschung von Nachkriegsgesellschaften und der Friedenspolitik der internationalen Gemeinschaft. Sie ist zudem von theoretischer Bedeutung für die Demokratisierungsforschung.

Anhand der Fallbeispiele Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Makedonien widmet sich der Autor der Frage, ob und inwiefern ohne Staat und Nation eine Demokratie zu realisieren sei. Diese Länder wählte er, da sie ethnisch gespaltene Nachbürgerkriegsgesellschaften sind, konstant hohe Zustimmungsraten zur Demokratie aufweisen und nach den jeweiligen Auseinandersetzungen Staats- und Nationsbildungsprozesse durchlaufen mussten, die jedoch bis heute deutliche demokratische Defizite aufweisen.

Die Studie gliedert sich in drei große Bereiche. Zunächst wird der Analyserahmen für die Fallstudien aus einem kurzen *State of the Art* zu Demokratisierung, Staats- und Nationsbildung erarbeitet (Kapitel II). Nach Thorsten Gromes´ Demokratiebegriff benötig „[…] Demokratie sowohl staatliche Strukturen als auch die Akzeptanz dieses Staates und seiner Grenzen“ (S. 37). In den ethnisch gespaltenen Nachbürgerkriegsgesellschaften können weder die Nationsbildung noch die Staatsbildung vorangestellt werden, so die Argumentation des Autors, denn diese Prozesse müssen gleichzeitig erfolgen (S. 49). Das Dilemma dieser Gleichzeitigkeit besteht für Gromes nun darin, dass gerade die

unterschiedlichen ethnischen Gruppen bzw. ihre Vertreter diese zwei Prozesse blockieren und dadurch wiederum die auch der Demokratisierungsprozess stark gefährdet sei (S. 49).

Für seine Studie entwickelte Gromes einen anspruchsvollen Analyserahmen, der nach den Merkmalen eines demokratischen Staates (S. 53), nach dem Funktionieren und der Relevanz der demokratischen staatlichen Institutionen (S. 54) sowie nach Kriterien der Nationsbildung (S. 55) fragt. Neben diesen zentralen Fragen erscheint dem Autor auch die Rolle externer Mächte von Bedeutung, da diese in Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und Makedonien versucht hatten, den Teufelskreis zwischen Staats- und Nationsbildung zu durchbrechen. In allen drei Fällen war die internationale Gemeinschaft bei der Befriedung der jeweiligen Staaten involviert und in Friedensmissionen aktiv. Für alle Staaten besteht zudem die Aussicht auf einen Beitritt zur Europäischen Union.

Im zweiten Abschnitt der Studie folgen die auf einer breiten Quellenbasis fundierte diachrone Darstellung der jeweiligen Konflikte, der sich daraus ergebenden Ausgangslage, der Fortschritte und Rückschläge im Bereich Staats- und Nationsbildung bis 2010 sowie die Skizzierung eines Ausblicks für Bosnien-Herzegowina (Kapitel III), den Kosovo (Kapitel IV) und Makedonien (Kapitel V). Für Bosnien-Herzegowina und den Kosovo schlussfolgert der Autor, dass deutliche Mängel bei der Staatsbildung zu verzeichnen seien. Es können aber auch Fortschritte ausgemacht werden, wie etwa in der Frage der freien Wahlen, der Freiheit der Medien und beim Gewaltrückgang (S. 91–93; 131–135). Für den Stand der Nationsbildung fällt Gromes für beide Länder dagegen ein negatives Urteil. In Bosnien-Herzegowina würden die Serben einen gemeinsamen Staat ablehnen und im Kosovo würden sie die Existenz eines von Serbien unabhängigen Staates ebenfalls verneinen. Makedonien stehe dagegen sowohl im Bereich der Staats- als auch der Nationsbildung anders da. Das Land habe einen Konflikt und keinen Krieg erlebt und die makedonische Nation werde von der dort lebenden albanischen Minderheit nicht infrage gestellt. Folglich bewertet der Autor hier die Nationsbildung positiv. Auch im Bereich der Staatsbildung seien weniger Mängel festgestellt worden (S. 159–162).

Auf den diachronen Teil der Studie folgt im dritten Teil des Buches ein synchroner Vergleich zwischen der Politik der Friedenskonsolidierung und der Politik der Demokratisierung (Kapitel VI). Thorsten Gromes zeigt hier zum einen, dass in Makedonien kein Teufelskreis zwischen Staats- und Nationsbildung besteht, was auf die günstigeren Ausgangsbedingungen zurückzuführen sei. Zum zweiten zeigt er, dass die Demokratisierung in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo trotz fehlender vollständiger Staats- und Nationsbildung bis 2010 durchaus Fortschritte gemacht hatte (S. 200ff.).

Bei allen drei Länderanalysen fällt jedoch auf, dass die Rolle der jeweiligen im Land aktiven externen Akteure nicht systematisch betrachtet wurde, obwohl der Autor deren Funktion anfangs betont hatte. So spricht Gromes die Bedeutung der Friedensmissionen für Bosnien-Herzegowina immer wieder an, setzt sich jedoch nicht im Einzelnen (bspw. EUPM und EUFOR) mit ihr auseinander. Auch die Rolle des Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, seine jeweilige Persönlichkeit und Akzeptanz in der bosnischen Politik und Bevölkerung müssten kritischer hinterfragt werden. Für Makedonien werden die dort tätigen Friedensmissionen gar nicht näher beleuchtet. Diese Lücke schränkt auch die Gültigkeit von Gromes´ Urteils ein, wonach Friedensmissionen, verglichen mit der

Staatsbildung, geringere Erfolge bei der Akzeptanz eines gemeinsamen Staates herbeiführen (S. 204).

Aus den empirischen Befunden der Studie zieht Thorsten Gromes mehrere Schlussfolgerungen. Zentral ist dabei sein Urteil, dass „[…] es keinen Teufelskreis aus mangelnder Staats- und Nationsbildung [gibt], der unter allen Bedingungen jeglichen Fortschritt der Demokratisierung verhindert“ (S. 201), denn im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina seien trotz Schwierigkeiten in der Staats- und Nationsbildung positive Demokratisierungstendenzen erkennbar. Die Bedingungen für das Entstehen eines Teufelskreises zwischen beiden Prozessen bestünde, „[…] wenn der Großteil der Repräsentanten einer Konfliktpartei aus den gemeinsamen Institutionen ausscheidet und der Großteil der Bürger dieser Konfliktpartei den gemeinsamen Staat ablehnt“ (S. 202). Zwar vermag der Autor, die Schwelle zwischen Existenz und Abwesenheit des Teufelskreises nicht zu bestimmen, seine Feststellung ist für die Demokratisierungsforschung trotzdem sehr wichtig. Die These „Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen“ bleibt nämlich sowohl für die Demokratietheorien als auch für die Friedenspolitik der internationalen Gemeinschaft bestehen.

Đorđe Tomić

Haselsteiner, Horst; Wastl-Walter, Doris (Hg.) (2011): Mosaik Europas. Die Vojvodina. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag, 217 S. ISBN 978-3-631-59123-9.

Tomić, Đorđe (2012): Haselsteiner, Horst; Wastl-Walter, Doris (Hg.) (2011): Mosaik Europas. Die Vojvodina. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag, 217 S. ISBN 978-3-631-59123-9. In: Südosteuropäische Hefte 1 (2), S. 107–110.

Der 2011 unter dem erwartungsvollen Titel „Mosaik Europas“ erschienene Band greift mit seinem Fokus auf die Vojvodina ohne Zweifel ein Desiderat der deutschsprachigen Südosteuropaforschung auf. Der Sammelband gehört zu den wenigen neueren deutschsprachigen Publikationen, die sich der Geschichte und der aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage der Region wissenschaftlich annähern.

Das Anliegen der Herausgeber_innen und der Autor_innen, die Region in ihrer historischen Entwicklung, politischen Komplexität und kulturellen Vielfalt – daher der Titel des Bandes – abzubilden, ist als willkommene Initiative zu bewerten. Die Art und Weise der Umsetzung dieser Initiative lassen dagegen zu wünschen übrig.

Im kurzen Vorwort des Bandes erklären die Herausgeber den Anlass für die Entstehung der Publikation und versuchen die „These“ vom „europäischen Mosaik“, d.h. von einem „bunten“ Bild der Vojvodina bereits anhand der am Projekt beteiligten Institutionen und Autor_innen zu „belegen“. Das Buch stellt nämlich das Ergebnis einer studentischen Exkursion in die Vojvodina dar, die als ein „rollendes Seminar“ (S. 7) konzipiert wurde und von Wien über Szeged, Timişoara und Novi Sad nach Beograd und über Sombor und Budapest zurück nach Wien führte. Bei den Reisenden handelte es sich um Studierende und Dozent_innen des Geographischen Instituts der Universität Bern, des Instituts für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien und der Fakultät für Mitteleuropäische Studien der Andrássy Universität Budapest (ebd.). Betont wurden merkwürdigerweise auch die Herkunftsstaaten der Studierenden (ebd.), ohne dabei zu erklären, was es damit, abgesehen von der vermeintlichen Vielfalt, auf sich hat. Erst die Lektüre einzelner Beiträge offenbart die Bedeutung der Herkunft einzelner Autor_innen, scheinen doch persönliche Bekenntnisse die Analyse und Interpretation der jeweiligen Forschungsgegenstände maßgeblich bestimmt zu haben wie z.B.: „Als Ungarin sei mir jedoch eine Schlussbemerkung erlaubt: […].“ (S. 32).

Der Band umfasst neben einer Karte der Vojvodina (S. 9) und einem Ortsnamenregister mit serbisch-, ungarisch- und deutschsprachigen Bezeichnungen der Ortschaften (S. 205–217), dessen Funktion im Band an keiner Stelle erklärt wird, insgesamt neun Beiträge, die im Wesentlichen chronologisch gegliedert sind. Die ersten vier Aufsätze widmen sich der Geschichte der Region unter der Habsburger Herrschaft und befassen sich jeweils mit der Geschichte der serbischen orthodoxen Kirche im Habsburger Reich (Horst Haselsteiner), der (Rück-)Eroberung von Territorien unter osmanischer Herrschaft durch die Habsburger (Márta Fazekas), der Kolonisierung des Banats (Karl Werner Holy) und mit der Geschichte der Stadt Subotica bis zum Ersten Weltkrieg (Gunter Wagner). Ein Aufsatz erörtert die Migrationsgeschichte der Vojvodina nach dem Ersten Weltkrieg (Péter Schmidt).

Das Ende des Zweiten Weltkrieges sowie der Zeitraum unmittelbar nach dem Krieg sind Thema des Beitrages über die Militärverwaltung für das Banat, die Bačka und die Baranja (Michael Portmann).

Die letzten drei Aufsätze umreißen den Zeitraum der 1990er Jahre und behandeln jeweils die politische Opposition in der Vojvodina und die Konstruktion regionaler Zugehörigkeitsgefühle (Daniel Matter), die wirtschaftliche Transformation in der Vojvodina (Béla Filep), die zwischenstaatliche und regionale Kooperation der Vojvodina bzw. Serbiens mit den Nachbarstaaten (Béla Filep und Doris Wastl-Walter).

Angesichts der beachtlichen Themenbreite und des Umfangs des in den verschiedenen Beiträgen untersuchten Zeitraumes ließe sich der Band als interessante Einstiegslektüre zum Thema auffassen, die unter dem Motto „von Studierenden für Studierende" zu empfehlen wäre. Einige der Aufsätze bieten zudem einen tieferen Einblick in einzelne Aspekte der Geschichte der Vojvodina und sind aufgrund ihres wissenschaftlichen Anspruchs besonders zu erwähnen. Neben den letzten beiden Aufsätzen des Bandes, die trotz eines selektiven empirischen Materials – der Grund dafür sind nicht nur bei diesen Aufsätzen fehlende Sprachkenntnisse des Serbischen/Kroatischen – einen guten Überblick über die jeweiligen Themen liefern, ist der Beitrag von Michael Portmann über das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Einrichtung der Militärverwaltung der jugoslawischen Partisan_innen in der Vojvodina hervorzuheben. Dieser Aufsatz, der gleichzeitig den einzigen auf Archivmaterial gestützten geschichtswissenschaftlichen Beitrag in diesem Band darstellt, liefert nicht nur wertvolle Erkenntnisse über den Ausgang des Zweiten Weltkrieges und die politischen Verhältnisse in der Vojvodina in dieser Zeit, sondern untersucht kritisch „das Schicksal" der Jugoslawiendeutschen unmittelbar nach dem Krieg. Problematisch wirkt dagegen die anhand von zahlreichen Festnahmen, Lagerinternierungen und Hinrichtungen von Deutschen formulierte Schlussfolgerung Portmanns: „Zu tief saß der Hass allen voran bei Slowenen und Serben auf alles Deutsche, um nach vier Kriegsjahren zwischen einheimischen, deutschen Kriegsverbrechern und Verrätern und unschuldigen Zivilisten differenzieren zu können oder zu wollen. Das Prinzip, Menschen ausschließlich auf Grund ihrer ‚Volkszugehörigkeit' zu klassifizieren und demgemäss mit ihnen zu verfahren, hatten die Partisanen schließlich von den deutschen Nationalsozialisten übernommen und konsequent weitergeführt." (S. 109) Ausgehend von der gründlichen Untersuchung des Archivmaterials wirkt die zwar emotional aufgeladene, aber deshalb nicht weniger verkürzte „Erklärung" des Autors über den Umgang jugoslawischer Partisanen mit den Deutschen in Jugoslawien nach dem Krieg – es sei lediglich „Hass" gewesen – ziemlich überraschend. Außerdem ist vor allem die Behauptung, die jugoslawischen Partisanen hätten sich nicht nur nicht von den Nazis unterschieden, sondern hätten vielmehr ihre Prinzipien übernommen, mehr als problematisch und stellt die Aussagekraft des gesamten Aufsatzes in Frage.

Während die meisten Beiträge in diesem Band kaum die „Mosaik-These" zu belegen suchen, hinterlässt der Band als Ganzes den Eindruck von einer ganz anderen Art von Vielfalt. Diese äußert sich nicht nur in Form von unterschiedlichen Themen, Ansätzen, untersuchten Zeiträumen oder Methoden der größtenteils geschichtswissenschaftlichen Beiträge – Ausnahmen sind die politikwissenschaftlichen Aufsätze am Ende des Bandes. Vielmehr liegt die Vielfalt des Bandes in der äußerst unterschiedlichen Qualität, d.h.

Wissenschaftlichkeit der einzelnen Beiträge. Trotz des Verweises der Herausgeber im Vorwort, die Aufsätze seien überarbeitete Versionen der Referate, die während der Exkursion zum Teil „im Bus“ vorgetragen wurden, stellen schon die Form – etwa als aus Stichpunkten bestehendes Thesenpapier (Horst Haselsteiner) – sowie die zahlreichen Mängel im Hinblick auf den wissenschaftlichen Apparat einzelner Beiträge eine negative Überraschung dar. Leider bietet auch der Inhalt der einzelnen Beiträge keinen entsprechenden Ausgleich gegenüber der mangelhaften Form, da die meisten Aufsätze grundsätzlich deskriptiv oder bestenfalls von einer bescheidenen analytischen Kraft gekennzeichnet sind.

Darüber hinaus weist das Buch auch thematische Lücken auf. Während in einigen Aufsätzen aufgrund von fehlender Kontextualisierung unklar bleibt, in welcher Weise die Ausführungen mit dem Thema des Bandes – der Vojvodina – überhaupt zusammenhängen (Márta Fazekas) oder die Vojvodina nur teilweise im Fokus des Beitrages liegt (Béla Filep und Doris Wastl-Walter), werden viele Themen- und Fragenkomplexe vollkommen ausgeblendet. Dazu gehört zum Beispiel der gesamte Zeitraum zwischen 1945 und 1990, der auch in diesem Band überhaupt keine Erwähnung findet. Das Politische, ob nun in Form von Politikgeschichte oder Politikwissenschaft, dominiert den Sammelband. Der Beitrag über die wirtschaftliche Entwicklung der Vojvodina seit Beginn der 1990er Jahre von Béla Filep und die Passagen über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Subotica im Aufsatz von Gunter Wagner, lassen einen weiteren, obgleich weitaus weniger ausgeprägten wirtschaftsgeschichtlichen Schwerpunkt des Bandes erkennen. Andere sozial-, kultur- oder etwa alltagsgeschichtliche Fragestellungen scheinen dagegen für die Herausgeber_innen von gar keinem Interesse gewesen zu sein.

Auch wenn sich aus der Themenauswahl sowie den einzelnen Beiträgen schwerlich irgendeine „Vielfalt-These“, die dem Titel des Bandes entsprechen könnte, auch nur erkennen, geschweige denn belegen lässt, zeichnet sich anhand der im Band präsentierten Beiträge dennoch ein gewisser gemeinsamer Interpretationsrahmen ab. Dieser beruht auf der Hervorhebung der Geschichte der Vojvodina und dabei insbesondere der Zugehörigkeit der Region zur Habsburgermonarchie bzw. zum Königreich Ungarn. Während diese zeitlichen Abschnitte der Geschichte der Vojvodina bis zum Ende des Ersten Weltkrieges den „(mittel-) europäischen“ Charakter der Region zu erklären scheinen, wird die Geschichte der Vojvodina im 20. Jahrhundert – im Rahmen der beiden jugoslawischen Staaten, des Königreichs bzw. des sozialistischen Jugoslawiens – mehr oder weniger explizit als Geschichte der Vertreibung und Repression dargestellt, die seitens jugoslawischer oder serbischer herrschender Eliten gegen ethnische Minderheiten, allen voran Ungarn und Deutsche, gerichtet und verübt wurde. Die politische Dominanz des „Zentralstaat[es] Serbien[s]“, wird auch im Hinblick auf die Gegenwart als „Hindernis auf dem Weg nach Europa“ (S. 182) gedeutet (Béla Filep und Doris Wastl-Walter).

Angesichts des überwiegend politischen Themenschwerpunktes des Buches wirft eine derart fragwürdige Interpretationsstoßrichtung vor allem im Hinblick auf die entsprechenden Schlussfolgerungen eine Reihe von Fragen auf. Eine wesentliche bezieht sich auf die zentrale Aussage des Bandes: Was genau sollte das Buch erklären oder beweisen? Um was für eine Art von „Mosaik Europas“ sollte es denn gehen?

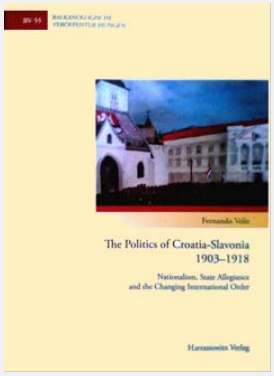
Was dieses Buch als Mosaik aussehen lässt ist höchstens die Themenauswahl und die selektive Darstellung historischer und politischer Entwicklungen auf dem Gebiet der Vojvodina. Bedenkt man den äußerst überschaubaren Forschungsstand der deutschsprachigen Forschung zu diesem Thema, aber auch die innerhalb der serbischen Geschichtsschreibung überwiegende Beschäftigung mit der Geschichte der Serben in der Vojvodina, lassen sich die in diesem Band veröffentlichten Beiträge dennoch als wichtige Mosaiksteinchen bewerten. Eine Trendwende in Richtung kritischer geschichtswissenschaftlicher Untersuchung der Vojvodina stellen sie jedoch nicht dar.

Neuerscheinungen

Vulesica, Marija (2012): Die Formierung des politischen Antisemitismus in den Kronländern Kroatien-Slawonien 1879–1906. Berlin: Metropol Verlag (Studien zum Antisemitismus in Europa, 2). 352 S. ISBN: 978-3-86331-071-4.

„Kroatien und Slawonien, Kronländer der Habsburgermonarchie, galten bisher als Region mit kaum ausgeprägtem Antisemitismus. Dagegen zeigt Marija Vulesica, dass der Antisemitismus auch in die kroatische politische Kultur Eingang gefunden hatte. Insbesondere die oppositionellen Parteien, die sich gegen die deutsche und ungarische Vormachtstellung in Kroatien-Slawonien richteten, machten Juden als deren Handlager aus. Antisemitismus war jedoch nicht nur ein Symptom nationaler, sondern ebenso sozialer Konflikte. Indem sie vor allem Zeitungen der Opposition auswertet, arbeitet die Autorin die Wirkmacht der transnationalen antisemitischen Bewegungen innerhalb der Habsburgermonarchie heraus." (*Titelinfo des Verlages*)

Weitere Informationen...



Veliz, Fernando (2012): The Politics of Croatia-Slavonia 1903-1918. Nationalism, State Allegiance and the Changing International Order. Wiesbaden: Harrasowitz Verlag (Balkanologische Veröffentlichungen, 55). 217 S. ISBN: 978-3-447-06700-3.

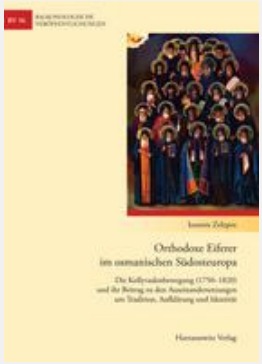
„[...] The subject of Fernando Veliz' study is the fundamental alteration of state allegiance, political claims and their respective legitimating arguments by political elites in Croatia-Slavonia during the last fifteen years of the Habsburg Monarchy. The argument has been developed by following a chronological narrative that incorporates a comparative analysis of the main political parties and actors in the Croatian parliament in Zagreb between 1903 and 1918. The analytical approach moves beyond the main paradigmatic debates of the literature of nationalism studies by conducting a theoretically informed historical analysis that seeks to contextualise local events within the wider framework of the changing international order. [...]" (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...

Omerika, Armina (2012): Islam in Bosnien-Herzegowina und die Netzwerke der Jungmuslime (1918-1991). Wiesbaden: Harrassowitz Verlag (Balkanologische Veröffentlichungen, 54). 499 S. ISBN: 978-3-447-06582-5.

„Armina Omerika widmet sich in ihrer Studie der Geschichte des Islams und der muslimischen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina im 20. Jahrhundert, mit einem Schwerpunkt auf der Zeit zwischen 1918 und 1991. Untersucht wird das Spannungsverhältnis zwischen den wechselnden staatlichen, politischen und institutionellen Vorgaben, den religiösen Netzwerken und den internen Entwicklungen innerhalb der islamischen religiösen Diskurse. [...]" (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...



Zelepos, Ioannis (2012): Orthodoxe Eiferer im osmanischen Südosteuropa. Die Kollyvadenbewegung (1750-1820) und ihr Beitrag zu den Auseinandersetzungen um Tradition, Aufklärung und Identität. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag (Balkanologische Veröffentlichungen, 56). 428 S. ISBN: 978-3-447-06750-8.

„Die Kollyvadenbewegung (1750-1820) war eine orthodoxe Eifererbewegung im osmanischen Südosteuropa, die in der kritischen Forschung bislang weitgehend unbeachtet geblieben ist. Sie formierte sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts als Gruppe von Dissidenten unter Athosmönchen, die von dort aus jedoch bald auf die Ägäis, Westkleinasien und den Südbalkan ausgriff und ein Netzwerk aufbaute, das bis nach Rumänien reichte und im 19. Jahrhundert auch die russische Orthodoxie beeinflusste. Ioannis Zelepos' Grundlagenuntersuchung bietet eine historische Rekonstruktion dieser Bewegung und ihres Umfeldes und liefert nicht nur einen Beitrag zur Schließung kirchengeschichtlicher Forschungslücken, sondern ist in einen übergreifenden religionssoziologischen wie geistesgeschichtlichen Fragenkontext eingebettet. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...

Pekesen, Berna (2012): Nationalismus, Türkisierung und das Ende der jüdischen Gemeinden in Thrakien 1918-1942. München: Oldenbourg Verlag (Südosteuropäische Arbeiten, 145). 334 S. ISBN: 978-3-486-70715-1.

„1934 widerlegte ein Pogrom in Thrakien die Legende vom Fortbestand einer jahrhundertealten türkisch-jüdischen Symbiose. Einen scharfen Umbruch im wechselseitigen Verhältnis hatte bereits die Gründung der Republik Türkei 1923 markiert. Türkischer Nationalismus und wirtschaftliche Diskriminierungsmaßnahmen setzten die jüdischen Gemeinden unter schweren Druck. Berna Pekesen beschreibt eindrucksvoll, wie in der Türkei im Zeichen von Nationsbildung und Modernisierung eine explosive Mischung aus Frustration und Chauvinismus entstand, die sich gegen alles "Fremde" entlud, auch gegen Juden, und wie dadurch ein uraltes Loyalitätsverhältnis zerstört wurde.“ (*Titelinformation des Verlages*)

Weiterlesen...

Daskalova, Krassimira; Hornstein-Tomic, Caroline; Kaser, Karl; Radunovic, Filip (Hg.) (2012): Gendering Post-Socialist Transition. Studies of changing gender perspectives. Berlin et al.: LIT Verlag (ERSTE Foundation Series, 1). 328 S. ISBN: 978-3-643-90229-0.

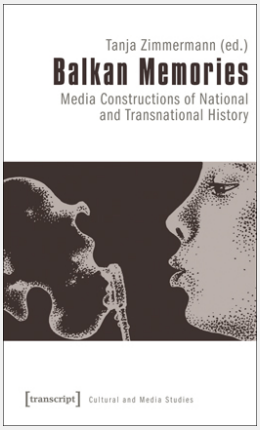
„The studies of Gendering Post-Socialist Transition presented in this volume follow the economic, political, social and cultural effects and traces of system changes in the lives of women and men after 1989 in eleven countries of Central and South Eastern Europe. The contributions from nine research teams from different Central and South Eastern European countries look into the meaning of these changes for the relationships between men and women, for gender roles and representations, and for the development of normative discourses about femininity and masculinity. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen…

Erstic, Marijana; Kabic, Slavija; Künkel, Britta (Hg.) (2012): Opfer – Beute – Boten der Humanisierung? Zur künstlerischen Rezeption der Überlebensstrategien von Frauen im Bosnienkrieg und im Zweiten Weltkrieg. Bielefeld: Transcript (Gender Studies). 244 S. ISBN: 978-3-8376-1672-9.

„Der Krieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1995) gilt als ein Krieg, bei dem die systematischen Vergewaltigungen von Frauen als politische Strategie eingesetzt wurden. Dies blieb nicht ohne mediales Echo. Im Mittelpunkt des Bandes steht daher die Analyse von künstlerischen Werken, die sich nach dem Krieg mit den weiblichen Überlebensstrategien unter diesen Umständen beschäftigen. Ergänzt werden die Aufsätze mit überblicksartigen Beiträgen zur Geschichte des Bosnienkrieges und den Einfluss der Medien sowie mit exemplarischen Beiträgen über die Rolle der Frauen in Deutschland und Polen um die Zeit des Zweiten Weltkrieges.“ (*Titelinformation des Verlages*)

Weitere Informationen...



Tanja Zimmermann (Hg.) (2012): Balkan Memories. Media Constructions of National and Transnational History. Bielefeld: Transcript (Cultural and Media Studies). 270 S. ISBN: 978-3-8376-1712-2.

„This book gives an insight into the media constructions of historical remembrance reflecting transnational, national or nationalistic forms of politics. Authors from post-Yugoslavia and neighbouring countries focus on the diverse transnational (such as Austro-Hungarian, Yugoslav etc.) and national (such as Bosnian, Croatian, Serbian etc.) memory cultures in South-Eastern Europe, their interference and rivalry. [...]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...

Kirn, Gal; Sekulić, Dubravka; Testen, Žiga (2012): Surfing the Black. Yugoslav Black Wave Cinema. Maastricht: Jan van Eyck Academie. 216 S. ISBN: 978-90-72076-51-9.

„The Yugoslav black wave cinema of the sixties and the seventies is one of the grand, though hidden, chapters of cinema history. […] This book is the result of a multi-disciplinary research attempting to cross over politics, philosophy, design, art, architecture, and some speculative thinking. Starting from archival work, interviews, seminars, screenings and a conference, Surfing the Black has found its (temporary) conclusion in a publication consisting of six theoretical essays and three fanzines that open up the black wave film experience to current affairs. This is Yugoslavia, and modern cinema, at its blackest and brightest. […]“ (*Aus der Beschreibung des Verlages*)

Weiterlesen...

Autor_innen

Feltes, Tilmann

Studium der Politikwissenschaft und Geografie (B.A.) an den Universitäten Bochum und Dundee sowie Studium der Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit (M.A.) am Arnold-Bergstraesser-Institut der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Brsg. Arbeitsgebiete: Internationale Beziehungen, Partizipationsforschung, Demokratie und Entwicklung.

Grandits, Hannes

Professor für Südosteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Studium, Promotion (1996) und Habilitation (2006) im Fach Südosteuropäische Geschichte an der Universität Graz. Gastwissenschaftler/wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universiät Graz, dem Internationalen Forschungszentrum Kulturwissenschaften (IFK) in Wien, dem Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle (Saale), dem Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas (ZVGE) in Berlin. Lehre der Südosteuropäischen Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, der Universität Wien, der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Humboldt-Universität zu Berlin. Leitung mehrere Forschungsprojekte: „Kinship and Social Security in Europe“ (6. Rahmenprogramm der EU); „Tourism and Leisure Cultures in Socialist Yugoslavia“ (Österr. Wissenschaftsfond – FWF); „Ambiguous Nationbuilding in Southeastern Europe (VW-Stiftung/FWF); seit 2011 „Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa“ (BMBF). Arbeitsgebiete: Sozialgeschichte; Nationalismusforschung; Kulturgeschichte; Alltagsgeschichte; historische Anthropologie; Familienforschung.

Guidi, Andreas

Masterstudent am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Studium der Germanistik und Slawistik in Milano. Stipendiat der Rosa Luxemburg Stiftung. Arbeitsgebiete: Erinnerungsgeschichte; Faschismusforschung; Politikgeschichte.

Karge, Heike

Seit 2008 als Akademische Rätin am Lehrstuhl für Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg tätig. Promovierte am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz mit einem Thema zu den Formen und Funktionen jugoslawischer Erinnerungskultur. Ihr Buch „Steinerne Erinnerung – versteinerte Erinnerung? Kriegsgedenken im sozialistischen Jugoslawien“ erschien im Jahre 2010 im Harrassowitz-Verlag und wird derzeit ins Serbische übersetzt. Arbeitsgebiete: Erinnerungsgeschichte; Sozialgeschichte; Geschichte Südosteuropas.

Mišković, Nataša

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar in Zürich, Abteilung für Osteuropäische Geschichte. Ihr Habilitationsprojekt unter dem Titel „Tito, Nehru, Nasser und die Blockfreienbewegung 1950–1965. Beziehungsgeschichte einer Politikerfreundschaft“ wird vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert. Arbeitsgebiete: Geschichte Jugoslawiens; Geschichte der Politik; Internationale Beziehungen.

Pistrick, Eckehard

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Musikethnologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Magisterstudium der Fächer Musikwissenschaft, Kunstgeschichte und Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitsgebiete: Musikethnologie; Gesangspraktiken in Albanien, Griechenland, Bulgarien und Mazedonien.

Tomić, Đorđe

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des Forschungsprojektes „Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa“; promoviert zum Thema Alteritätsdiskurse in der Vojvodina im Laufe der 1990er Jahre; Arbeitsgebiete: Geschichte Jugoslawiens; Sozialgeschichte; soziale Bewegungen; Nationalismus; Diskursgeschichte.

Troebst, Stefan

Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig. Stellvertretender Direktor und Leitender Wissenschaftler für das Gebiet Kulturstudien Ostmitteleuropas am GWZO und Ko-Direktor des Global and European Studies Institute (GESI). Arbeitsgebiete: Internationale and interethnische Beziehungen in Osteuropa; vergleichende Kulturgeschichte; Zeitgeschichte Europas; Migrationsforschung.

Venuß, Jacob

Masterstudium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Arbeitsgebiete: Politikwissenschaft; Politische Systeme; Demokratietheorien.

Vulesica, Marija

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin; 2011 Promotion zum Thema „Die Formierung des politischen Antisemitismus in den Kronländern Kroatien und Slawonien 1879 bis 1906“; Arbeitsgebiete: Geschichte des Antisemitismus; Holocaustforschung und jüdische Geschichte in Südosteuropa.